

Grünes Gedächtnis 2014/15



GRÜNES GEDÄCHTNIS 2014/2015

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Grünes Gedächtnis 2014/2015

Bildnachweise

- S. 10 Wilhelm Knabe, © Argus Fotoagentur
- S. 26/27 «Autofahren muß bezahlbar bleiben» (Helmut Kohl), Kampagnenplakat von Bündnis 90/Die Grünen (1994): Archiv Grünes Gedächtnis
- S. 34 Sibylle Plogstedt, © Christel Becker-Rau: FFBIZ – Das Feministische Archiv
- S. 46 «Wir sind für Frauenbewegung», Agentur Christian Padberg, Kommunalwahlplakat Nordrhein-Westfalen (1994): Archiv Grünes Gedächtnis
- S. 65 «Atomwaffenfreies Europa von Polen bis Portugal», Manfred Kraft: © Umbruch Bildarchiv Berlin
- S. 74 Logo WIP: Archiv Grünes Gedächtnis, B.II.3, Sign.1107
- S. 96 Plakat «Gorleben Ostern 1980», Grafik: U. Götz, W. Kremser: Archiv Grünes Gedächtnis; © Gorleben-Archiv
- S. 97 «Ich bin dabei! Die neue Landwirtschaft», Agentur Company Berlin, Kampagnenplakat von Bündnis 90/Die Grünen (2001): Archiv Grünes Gedächtnis



Diese Publikation wird unter den Bedingungen einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht:

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de> Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt). Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Grünes Gedächtnis 2014/2015

Hg. von der Heinrich-Böll-Stiftung

1. Auflage, Berlin 2015

Coverfoto: © Marily Stroux

1986 trat die Grün-Alternative Liste (GAL) Hamburg zur Bürgerschaftswahl mit einer reinen Frauenliste an. Hier einige Kandidatinnen vor dem Hamburger Rathaus.

Gestaltung: feinkost Designnetzwerk, Sebastian Langer

Druck: Druckerei Arnold, Großbeeren

ISBN 978-3-86928-147-6

Bestelladressen:

Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung, Eldenaer Straße 35, 10247 Berlin

T +49 30 28534260 **E** archiv@boell.de **W** www.boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin

T +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** buchversand@boell.de **W** www.boell.de

INHALT

Vorwort	7
1 BEITRÄGE ZUR ZEITGESCHICHTE	
Interview mit Wilhelm Knabe «Eine Hälfte des Lebens für andere einsetzen»	11
Interview mit Sibylle Plogstedt «Die Frauenpolitik bei den Grünen war nicht viel besser als bei der SPD»	28
Anne-Laure Briatte-Peters Die Grünen auf die Probe gestellt: Die Geschlechterparität zwischen Anspruch und Praxiswirklichkeit	44
Christie Miedema «Hätten wir doch mehr auf die polnischen Ratschläge gehört» Die Grünen und die polnische Opposition in den 1980er Jahren	59
2 DAS HISTORISCHE DOKUMENT	
Die Bundesarbeitsgemeinschaften «Frieden und Gewaltfreiheit» und «Waldsterben» Kommentar: Christoph Becker-Schaum	84
Die Neugründung der Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen Kommentar: Anne Vechtel	89
3 ARCHIVBESTAND	
Stefanie Schultz und Anne Vechtel Der Aktenbestand Bundesfrauenreferat der Grünen Von der Gründung bis zur Assoziation mit Bündnis 90 (1980-1993)	94
4 ARCHIVPROJEKT	
Eva Sander Beständeübersicht des AGG im Archivportal Europa	100
5 REZENSIONEN	
Eva Sander Ökologische Erinnerungsorte	106
Anne Vechtel Greenpeace. Von der Hippiebewegung zum Ökokonzern	109

Christoph Becker-Schaum West Germany in the Global Sixties	113
Christoph Becker-Schaum Die Grünen und die Pädosexualität	116
Christoph Becker-Schaum Bündnis 90/Die Grünen Hessen	124
Die Autorinnen und Autoren	127

VORWORT

Das Erscheinen des letzten Jahrbuchs Archiv Grünes Gedächtnis liegt bereits anderthalb Jahre zurück. Wir sind etwas aus dem Takt geraten. Zum Ausgleich legen wir nun ein Heft mit gleich zwei Schwerpunkten vor: Feminismus und Ökologie. Wie in den vergangenen Jahren haben wir zu diesen Themen wieder Interviews geführt, diesmal mit Wilhelm Knabe und Sibylle Plogstedt. Beide führen uns zugleich zu den Anfängen der grünen Geschichte.

Wilhelm Knabe war einer der führenden Experten für Waldschäden und Immissionsschutz. Wir haben ihn nach seinem Weg zu den Grünen gefragt, deren Vorsitzender er von 1982 bis 1984 war. Damals war das Waldsterben das große ökologische Thema in Deutschland. Den Kampf dagegen hatte er sich auf die Fahnen geschrieben.

Sibylle Plogstedt hat die erste bundesweit gelesene feministische Frauenzeitschrift *Courage* mit herausgegeben und hier besonders Gewalt gegen Frauen thematisiert. Für die erste grüne Bundestagsfraktion bearbeitete sie das Thema sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und war am Entwurf zum Antidiskriminierungsgesetz beteiligt.

Was Wilhelm Knabe und Sibylle Plogstedt eint, ist das Engagement gegen den Stalinismus, in Falle Knabes in der DDR, im Falle Plogstedt in der ČSSR. Passend dazu veröffentlichen wir ein Kapitel aus Christie Miedemas Doktorarbeit über die Beziehungen der westdeutschen Grünen zur polnischen Opposition in den 1980er Jahren, das für die deutschen Grünen besonders interessant sein dürfte.

Ein Aufsatz von Anne-Laure Briatte-Peters gibt Aufschluss darüber, welche Ideen und Instrumente grüne Feministinnen in ihrer Partei verankern konnten. Ihr Aufsatz ist ursprünglich in *Allemagne d'aujourd'hui* erschienen. Unter anderem geht es darin auch um die Rolle der Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen (BAG Frauen) bei den Grünen, die in den Akten des Bundesfrauenreferats umfänglich überliefert ist. Stefanie Schultz, Archivstudentin an der Fachhochschule Potsdam, hat die noch unbearbeiteten Akten der BAG und der Bundesfrauenkongresse im Rahmen eines Praktikums bearbeitet. Der gemeinsam mit Anne Vechtel verfasste Bericht stellt die Ergebnisse der Erschließung vor.

Der Einfluss der BAG Frauen, insbesondere ihre Rolle gegenüber den Forderungen aus der BAG SchwuP, ist in den beiden vergangenen Jahren öffentlich debattiert worden. Wir zeigen anhand von drei Dokumenten, wie mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag 1983 die basisdemokratische Verankerung der Bundesarbeitsgemeinschaften vertieft und dadurch ihre Rahmenbedingungen so verändert worden sind, dass die inhaltliche Arbeit auf die Gesamtpartei orientiert wurde, statt wie anfangs primär auf den Bundesvorstand.

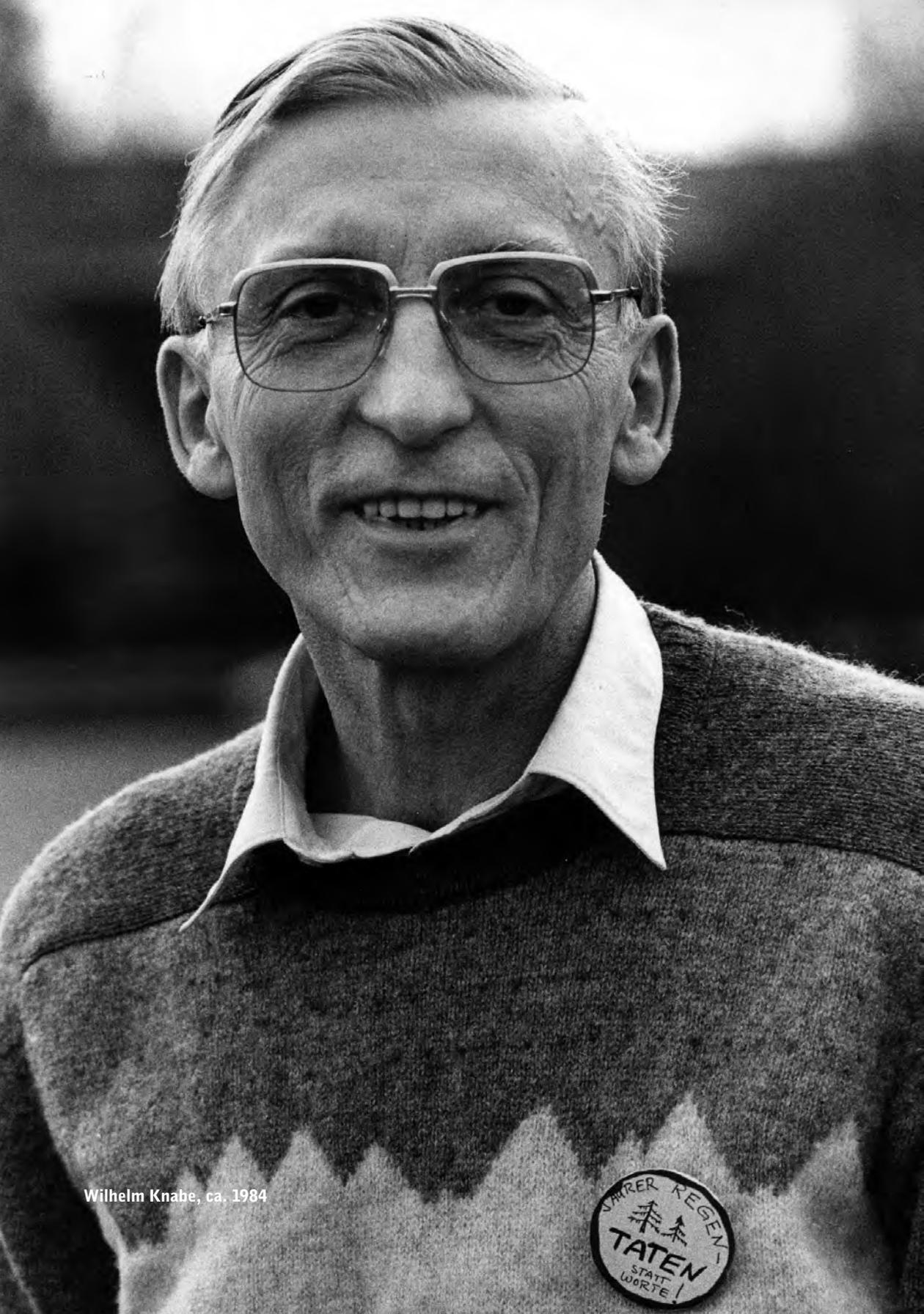
Eva Sander stellt mit dem Aufbau einer neuen Beständeübersicht im Rahmen des Archivportals Europa ein Projekt vor, an dem alle Mitarbeiter/innen des Archivs beteiligt sind. Und schließlich haben wir aus der jüngst erschienenen Literatur fünf Bücher ausgewählt und besprochen, von denen wir denken, dass sie für die Leser/innen unseres Jahrbuchs interessant sind: Frank Zerkos Geschichte von Greenpeace, Timothy Browns Geschichte der antiautoritären Bewegung der 1960er und 1970er Jahre, einen von Frank Uekötter herausgegebenen Sammelband über ökologische Erinnerungsorte, die von der Partei beauftragte Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung «Die Grünen und die Pädosexualität» sowie Zoë Felders Dissertation über die Geschichte des hessischen Landesverbands der Grünen.

Für das Zustandekommen des Jahrbuchs möchten wir uns bei allen unseren Autorinnen und Autoren bedanken. Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünschen wir Interesse und Vergnügen bei der Lektüre.

Berlin, im November 2015

Anne Vechtel und Christoph Becker-Schaum
Archiv Grünes Gedächtnis

1 Beiträge zur Zeitgeschichte



Wilhelm Knabe, ca. 1984

«Eine Hälfte des Lebens für andere einsetzen»

Wilhelm, du bist 1923 geboren. Wie haben dich deine Familie und euer Leben im sächsischen Arnsdorf geprägt?

Wilhelm Knabe: Ich stamme aus einem evangelischen Pfarrhaus. Wir waren neun Geschwister. Ich habe also schon früh Partei- oder Gruppenbildung erlebt, wenn die Großen den Kleinen gegenüberstanden. Marie zum Beispiel, als Fünfte in der Mitte, ging je nach Gunst der Lage mit den einen oder den anderen.

Warst du bei den Großen oder Kleinen?

Wilhelm Knabe: Ich war Kleiner, das siebte von neun Kindern. Mein Vater war Pfarrer mit starkem Sozialbezug, er arbeitete in Landesanstalten für Geisteskranke, heute würde man sagen für psychisch Kranke. Ich ging auf ein Internat, die Fürstenschule in Meißen, die aus heutiger Sicht erstaunlich fortschrittlich war, mit weitgehender Schülerselbstverwaltung. Die Schule war christlich geprägt, zur NS-Zeit wurde das natürlich anders. Zu Bibelstunden zu gehen, wurde für uns zu einer schwierigen Entscheidung. Ich wollte ein guter Deutscher und ein guter Christ sein, doch das schien sich plötzlich auszuschließen, denn Hitler war die oberste Instanz geworden – und nicht mehr Gott.

Wie funktionierte die Selbstverwaltung in der Schule?

Wilhelm Knabe: Es gab zehn Stuben mit je 13 Jungs unterschiedlichen Alters. Jeweils ein Stuben- und ein Tischinspektor sollten für Ruhe und Ordnung sorgen. Sie kontrollierten die Schränke und passten auf, dass jeder seine Schularbeiten machte, bevor er zur Selbstbeschäftigung etwas anderes las.

Ich habe dort viel über die Führung einer kleinen Gruppe und über Verantwortung gelernt. Wenn Inspektoren unfähig waren, wurde gemacht, was die Rowdys wollten. In meiner Stube gab es zwei davon. Sie hatten ihren Spaß daran, mich als Kleinsten in einen Papierkorb zu setzen und auf den Schrank zu wuchten. Dann

¹ Das Interview haben Christoph Becker-Schaum und Robert Camp am 24. und 25. November 2014 geführt. Der Text wurde von Petra Kirberger redaktionell bearbeitet.

zogen sie langsam an dem Papierkorb, bis er nach hinten vom Schrank kippte. Ich wusste nie, ob sie mich auffangen würden und hatte Todesangst. Ein grausames Ritual um zu beweisen, dass sich der Stärkere durchsetzt.

Was sind deine stärksten Erinnerungen aus der Schulzeit?

Wilhelm Knabe: Ich konnte schnell lesen, habe die Schulbücherei sicher komplett verschlungen. Für mich war immer das interessant, was im Unterricht noch nicht dran gewesen war, vor allem Geschichte und Geografie. Wann immer Zweifel an der Partei auftauchten, versuchte ich durch die *Zeitschrift für Geopolitik* von Karl Haushofer Klarheit zu gewinnen. Sie war hochinteressant für mich, denn sie zeigte Vergänglichkeit und Missbrauch von Macht und Wissenschaft für politische Zwecke. Durch den Nichtangriffspakt zum Beispiel war die Sowjetunion plötzlich Halbverbündeter. Dabei waren Russen zuvor als «Räuber der Steppe» bezeichnet worden.

Warst du in der Hitlerjugend?

Wilhelm Knabe: 1933, mit zehn, wurde ich zunächst wie alle Klassenkameraden ins Jungvolk aufgenommen. Die Sommerlager waren spannend aufgezogen, aber ansonsten fand ich die HJ uninteressant. Ich hatte in der frühen Kindheit unheimlich viel von der Natur gelernt. Ich kannte wirklich alle heimischen Vögel, konnte die Raubvögel am Flug unterscheiden und beobachtete die Jagdstrategien von Mäusebussard, Turmfalke und Krähe. Die Turmfalken horsteten in einem Wasserturm am Rande der Landesanstalt Leipzig-Dösen. Ihren Flügen zuzusehen, war für mich eine riesengroße Freude. Meine Liebe zur Natur ist vor allem bei der Beobachtung der Vögel gewachsen.

Wie standen deine Eltern zum Nationalsozialismus?

Wilhelm Knabe: Meine Mutter hielt Hitler von Anfang an für einen bösen Menschen. Sie sah mit Entsetzen die Spuren der Reichspogromnacht 1938 in Leipzig und erwartete, dass Gott dieses Unrecht bestrafen würde. Mein Vater ist wohl von Deutschnationalen politisiert worden, die den Versailler Vertrag für ungerecht hielten, und ist sehr früh in die Partei eingetreten. Doch später hat er sich eher der Meinung meiner Mutter angeschlossen. Als wir nach Moritzburg bei Dresden umzogen, wurde mein Vater Rektor einer Brüderanstalt der evangelischen Kirche. Sein Sekretär war stellvertretender Ortsgruppenleiter, ein strammer Nazi, der auch über meinen Vater berichtete. Mein Vater wurde später in den Kampf innerhalb der lutherischen Kirche hineingezogen. Er wollte die Gemeinde aufbauen und nicht für eine Kirche arbeiten, in der Gott abgesetzt war. Er hat sich dann immer weiter von den Nazis entfernt. Als die ersten geistig Behinderten beziehungsweise geistig Erkrankten im Zuge der Euthanasiepolitik der Nazis abgeholt wurden, hat er sich als ihr Seelsorger massiv gewehrt. Er fuhr nach Berlin und hoffte, durch Appelle bei NS-Funktionären die Tötung zu verhindern. Von dieser Reise kam er krank zurück. Am nächsten Tag wurde er zur SS nach Dresden

beordert, fuhr krank hin und kehrte noch kränker zurück. Wenige Tage darauf ist er an einer Lungenentzündung gestorben. Sein Nachfolger als Rektor hat in die Transporte eingewilligt. Dabei waren manche der Heimbewohner nur Bettnässer oder Epileptiker. Die Nazis verfolgten eine Politik der Ausmerzung «unwerten Lebens».

Das war 1940/41?

Wilhelm Knabe: Mein Vater ist im April 1940 verstorben. Im selben Jahr hat die systematische Ermordung im «Sonnenstein» und in anderen Kliniken eingesetzt.

1942 wurdest du zur Wehrmacht eingezogen.

Wilhelm Knabe: In der Hitlerjugend erlebte ich in der Nachrichten-HJ eine gewisse vormilitärische Ausbildung. Dort habe ich Morsen gelernt. Noch immer kenne ich die Signale «didadidi – ich liebe dich». Ich wollte unbedingt zur Luftwaffe, bekam aber die Einberufung zur Marine-Artillerie. Um meinen Willen durchzusetzen, ging ich direkt zum Wehrkreiskommandanten, anstatt mit dem zuständigen Feldwebel zu sprechen, denn das hätte nicht funktioniert. Mit einem Chef kann man Argumente diskutieren, ein Subalterner handelt nur nach Vorschriften. Der hätte gesagt: «Sie haben dort zu dienen, wo der Führer Sie braucht.» Mein Vater hat immer gesagt: «Geh nie zum Schmiedele, geh immer zum Schmied.»

Mein Vater hat mir auch die Unterscheidung zwischen Verboten beigebracht. Er sagte: «Eintritt verboten-Schilder» verbergen oft etwas Interessantes, bei einem gelben Schild mit roten Blitzen «Vorsicht!» ist es aber wirklich lebensgefährlich.

Konntest du dich durchsetzen? Bist du zur Luftwaffe gekommen?

Wilhelm Knabe: Ja. Das hat mir wohl das Leben gerettet, denn die Desorganisation der Luftwaffe führte zu Versetzungen an immer neue Ausbildungsorte. Zunächst sollten wir 1942/43 an der belgischen Kanalküste schon als Rekruten Truppenpräsenz zeigen. Dann kamen Flugplatz-Bewachung und Segelflugausbildung. Anschließend sollten wir in Großenhain als Fernaufklärer ausgebildet werden. Dann ging es zur Besatzungsausbildung für Seeaufklärung in Perleberg. Halt! Herman Göring brauchte Jagdflieger zur Reichsverteidigung gegen die feindlichen Bomberflotten, also ab zu den Flugzeugführerschulen in Prenzlau und Kaufbeuren. Doch die Ausbildung zum Piloten stockte, denn es gab keinen Sprit mehr, und so konnten wir nicht fliegen. Nächste Versetzung zu den Fallschirmjägern nach Berlin-Reinickendorf, dort haben wir aber nicht etwa Fallschirmspringen gelernt, nein! Wir wurden nur neu eingekleidet und an die Ostfront geschickt, an die Oder. Das war im Frühjahr 1945. Am 20. April erlebten wir dort unseren ersten Luftangriff der Russen, als wir gerade zum Geburtstag des Führers Spalier standen. Wir glaubten, wir seien wegen einer dünnen Wolken-schicht geschützt, da sausten Bomben herunter.

Wie habt ihr den Rückzug geschafft?

Wilhelm Knabe: Man hatte uns im Stich gelassen! Wir waren Gefechtsvorposten, aber niemand hatte uns Bescheid gesagt, dass die anderen schon abgehauen waren. So zogen wir uns auch nach Westen zurück. Auf dem Rückzug der ganzen Armee versuchte eine SS-Einheit einen neuen Trupp für die Front zusammenzustellen. Doch ein Fallschirmjäger-Leutnant verhinderte das. «Luftwaffe kämpft nicht unter SSI!», rief er. Später sagte er zu uns: «Der Krieg ist verloren, seht zu, wie ihr nach Hause kommt!» Jeder von uns hätte ihn laut Führerbefehl erschießen müssen, aber keiner hat es getan. Dieser mutige Mann!

Auf abenteuerlichen Wegen kam ich bis über die Elbe, wurde aber schließlich geschnappt.

Auf einem Bauernhof führte ein Amerikaner die Vernehmungen durch. Er sprach sehr gut deutsch. Er war 1937 mit seiner jüdischen Familie aus Nürnberg emigriert. Jahre später sah ich ein Bild von ihm in der Zeitung: Es war Henry Kissinger.

Erst im Gefangenenlager kam ich zu neuen Einsichten. Der Krieg war verloren, es gab einen neuen Anfang, und vor allem: Es war ein Wunder, dass ich noch lebte. Da habe ich gedacht: «Du hast dein Leben neu geschenkt bekommen. Die Hälfte gehört dir, damit kannst du machen, was du willst. Die andere Hälfte musst du für andere einsetzen oder für Ziele, die du für wichtig hältst, die für die Allgemeinheit wichtig sind.» Das habe ich nicht eins zu eins umsetzen können, aber es war doch meine Lebensmaxime.

Wie ist es zu deiner Berufswahl gekommen?

Wilhelm Knabe: Nach dem Krieg wollte ich Forstwirtschaft studieren. Doch die Hochschule war geschlossen. Aus dem Ministerium hieß es, der Studiengang sei abgeschafft. «Brauchen wir nicht.» Auch eine forstlich-praktische Lehrzeit gab es nicht mehr. Was also tun? Gleichzeitig hatte die Sowjetische Militär-Administration alle früheren NSDAP-Mitglieder aus dem Staatsdienst entlassen. Deshalb wurden dringend Lehrer gesucht, ich bewarb mich. Die Anmeldung beim Kreisschulrat Dresden-Land verlief abenteuerlich. Obwohl kein Sprechtag war, wurde ich aufgrund meines außerordentlich guten Abiturzeugnisses vorgelassen. Oberschulrat Petzold sagte: «Ach, wissen Sie, entweder sind Sie ein rein theoretisches Genie, dann hören Sie von alleine auf, oder Sie schaffen das.» Und dann habe ich ein Jahr unterrichtet. 5. Klasse: alle Fächer, 8. Klasse: Mathe und Physik – ohne Schulbücher, ohne Lehrmaterial, ohne Lehrplan und ohne Erfahrungen. Da lernst du, anschaulich zu reden und anderen Leuten etwas beizubringen. Das war eine sehr gute Erfahrung.

Wann hast du mit dem Studium begonnen?

Wilhelm Knabe: Die Forstliche Hochschule in Tharandt bei Dresden hatte 1946 wieder geöffnet. Als Bewerber wurde ich angenommen. Bereits vor meiner Zeit als Soldat hatte mich mein ältester Bruder nach Leipzig eingeladen, um die unterschiedlichen Fachbereiche kennenzulernen. Ich wollte Chemie oder Forstwirtschaft studieren. Doch die Chemielabore stanken damals fürchterlich, so dass ich mich für

Forstwirtschaft entschied. Die Nähe zur Natur hat mich begeistert und die Möglichkeit, nach der sinnlosen Zerstörung des Krieges etwas aufbauen zu können. Es war ein sehr interessantes Studium, es umfasste juristische Fragen, Naturkunde ebenso wie Management und die Behandlung von Wald. Mein Hauptanliegen im neuen Beruf war es, ein umweltfreundliches Verfahren zur Braunkohlegewinnung zu finden, und zwar so, dass die abgebauten Flächen wieder urbar gemacht werden konnten.

Wo lag das Problem?

Wilhelm Knabe: Die Braunkohlenflöze liegen zwischen verschiedenen geologischen Schichten. Wenn die Kohle und die darüber liegenden Schichten abgebaut sind, bleibt eine Kippenlandschaft zurück, eine von Menschen geschaffene neue Struktur. Für die weitere Nutzung ist es entscheidend, welche der Schichten an die Oberfläche kommen. Sand, Ton, Kies und so weiter haben einen unterschiedlichen Wert für die spätere Landeskultur. Ich habe bei jedem einzelnen Schritt des Tagebaus untersucht, welchen Einfluss er auf die spätere Landnutzung hat. Je nach Baggertyp können einzelne Schichten direkt voneinander getrennt werden. Meist wurden sie aber miteinander vermischt, so dass giftige Substanzen an die Oberfläche kamen, auf denen keine Pflanzen wachsen konnten. Auf manchen Kippen stand nach vierzig Jahren noch kein einziger Grashalm. In meiner Doktorarbeit habe ich die Ursachen ermittelt und neue Methoden für den Bergbau entwickelt. Die Arbeit wurde als Buch veröffentlicht.

«Allgemeine Darstellung des Problems der Wiederurbarmachung und spezielle Untersuchungen im Lausitzer Braunkohlebergbau». Es ist erschienen im VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1959.

Wilhelm Knabe: Man wusste, dass extreme Säure für das Pflanzenwachstum schädlich ist. Es ging also darum, die Säure mit Kalk zu neutralisieren. Ich hatte eine Versuchsreihe aufgebaut, aber das Verrückte an den Ergebnissen war: Die Bodenproben wurden trotz Kalkzusatz saurer. Dann habe ich herausgefunden, dass sie Schwefeleisen enthielten. Wenn sich das unter Sauerstoffeinfluss zersetzt, entstehen Schwefelsäure und Eisensulfat. Beide Substanzen sind so sauer, dass nichts wachsen kann.

Hast du die Dissertation in Berlin geschrieben?

Wilhelm Knabe: Ja, an der Humboldt-Universität Berlin habe ich 1951 mit dem Thema meiner Dissertation angefangen. Ich habe viele Versuchsflächen mit diversen Baum- und Straucharten angelegt, aber meine Leitfrage war: Was muss man tun, damit überhaupt etwas wachsen kann? Erst musste ich herausfinden, was die einzelnen Schichten für Eigenschaften haben und wie sie sich entwickeln. Es gab keine Erkenntnisse darüber, es war wirklich reine Pionierarbeit. Ich teilte die Bodenschichten nach ihrer späteren Nutzungsmöglichkeit ein: «für Landwirtschaft gut geeignet», «für Landwirtschaft noch geeignet», «für Forstwirtschaft geeignet», «für eine Bodennutzung ungeeignet». Meine Ergebnisse zeigten: Erst wenn man der frisch von der

Baggerfront geholten Probe das Zehnfache der von den Bodenkundlern berechneten Menge an Kalk zusetzte, wurde deren Säure ausreichend neutralisiert, so dass Pflanzen wachsen konnten.

Werden deine Erkenntnisse heute berücksichtigt, wenn die Bagger die Erde ablagern?

Wilhelm Knabe: Dreimal ja und vielfach nein. Zu Beginn der DDR gab es eine kurze Zeit, in der volkswirtschaftlich gedacht wurde. Nach dem Motto: Wir sind nicht auf Profit angewiesen, wohl aber darauf, dass hier langfristig etwas wachsen kann. Das vergiftete Abraummateriale wurde deshalb möglichst nicht an die Oberfläche gebracht. Sowohl die Humboldt-Universität als auch einzelne Bergbaubetriebe haben meine Forschung in der DDR unterstützt, obwohl ich mich nicht politisch angepasst verhielt. So bin ich nicht zur Wahl gegangen und habe die Leute, die mit der Wanderwahlurne kamen, nicht rein gelassen, sondern das Licht ausgemacht. Das war ein Hindernis für eine weitere wissenschaftliche Karriere. Schon von der DDR aus habe ich versucht, Auslandskontakte zu schmieden. Carl Alwin Schenck, der Gründer der ersten amerikanischen Forsthochschule, hat mich an einen ungarischen Kollegen vermittelt, der in Ohio im Rekultivierungsbereich arbeitete. Von ihm erhielt ich schließlich eine Einladung. 1962 habe ich die Kohleregionen der Oststaaten bereist und deren Rekultivierungspraxis studiert. Meine Erkenntnisse habe ich in Fachvorträgen, wissenschaftlichen Veröffentlichungen (Benchmark Papers on Energy, Coal Part 1) und Gutachten in die Diskussion eingebracht und damit die Novellierung der dortigen Umweltgesetze beeinflusst. Eine ähnliche Kooperation habe ich mit den tschechischen Kollegen aufgebaut. Im Rheinland sorgten die Aufsichtsbehörden für entsprechende Abläufe und selbst in den USA fielen meine Vorschläge auf fruchtbaren Boden.

Das «Nein» bezieht sich auf die spätere DDR, besonders nach der Ölkrise, und all die vielen Fälle weltweit, in denen der Drang, Kohle möglichst billig zu fördern, alles andere überwiegt.

Du hast zwei Bäume aus den USA im Vorgarten stehen. Wie lange hast du sie?

Wilhelm Knabe: Seit 1967. Als ich den Mammutbaum pflanzte, waren die Chancen für einen Nadelbaum, im Ruhrgebiet groß zu werden, äußerst dürrtig. Sie sind kaum gewachsen, weil die Luft so belastet war. Dank verbesserter Luftqualität wächst er heute so, wie es sich für einen Mammutbaum geziemt. Er kann bis 90 m hoch werden.

1959 bin ich aus der DDR geflüchtet. Die Wohnung war schon ausgeräumt, meine Familie war im Westen, teils legal, teils illegal. Meine Frau erwartete ihr viertes Kind und durfte in den Westen fahren, um sich gesundheitlich zu erholen. Ein Kind durfte sie mitnehmen, zwei haben wir schwarz rüber fliegen lassen. Ich selbst habe in der Wohnung mit vielen leeren Kleiderbügel ausgeharrt. Mein Manuskript für das erste Handbuch der Rekultivierung im Braunkohlebergbau lag zur Veröffentlichung bereit, aber der Druck verzögerte sich. So hoffte ich, dass das Buch herauskam, bevor meine Flucht bekannt wurde. Das ist zum Glück der Fall gewesen, sonst hätte man

vielleicht meinen Professor als Verfasser eingesetzt. So habe ich immerhin diese Spur hinterlassen.

Warum hast du die DDR verlassen?

Wilhelm Knabe: Mein Ältester kam in die Schule. Für uns Eltern war es ein Graus, dass die Kinder in der Schule anders reden mussten als zu Hause. Außer der ideologischen Bevormundung hatten wir die schlechte Versorgung und die Zuteilung in den Läden satt. Und schließlich waren meine Berufschancen in der DDR denkbar schlecht. Ich gehörte zwar zum wissenschaftlichen Nachwuchs, aber als nicht konformer Mensch hätte ich keine großen beruflichen Chancen gehabt. Die Genossen haben meine fachlichen Leistungen zwar anerkannt, aber sie hätten mich nicht weiter hochkommen lassen. Der wissenschaftliche Nachwuchs musste auch eine gesellschaftswissenschaftliche Prüfung ablegen. Die Prüfer stellten mir die Fangfrage: «Wie vereinbart sich der Ausspruch Lenins ›Imperialismus bedeutet Krieg‹ mit den Worten Stalins ›Der Friede kann erhalten bleiben, wenn die Völker die Sache des Friedens in ihre Hand nehmen?‹» Jede Antwort musste mich als Gegner Lenins oder Stalins entlarven, doch ich fand blitzschnell einen Ausweg. Ich antwortete dreist: «Wenn man diese Frage Friedrich Engels stellte, hätte er sie als willkommenen Anlass genommen, einen dialektischen Essay zu schreiben, wie man eigentlich Unvereinbares vereinbaren kann.» Mich selbst mit Engels zu vergleichen, war für die Prüfer natürlich mehr als anmaßend.

Hast du dann unmittelbar in Hamburg beim Institut für Weltforstwirtschaft angefangen?

Wilhelm Knabe: Mein Start als Flüchtling war sehr schwierig. Von meinen acht, neun Jahren Berufserfahrung wurde für den Forstdienst nichts angerechnet. Nichts! Bezahlung sollte ich während einer Referendarzeit von drei Jahren keine bekommen. «Und bilden Sie sich bloß nicht ein», sagte der zuständige Oberforstrat, «dass Sie eingestellt werden, wenn Sie das alles geschafft haben». Mein Diplom wurde nicht anerkannt, der Doktor schon. Da bekam ich zum Glück ein Angebot von Professor Weck in Hamburg vom Institut für Weltforstwirtschaft des Bundes. Ich sagte zu und begann meine zweite Stelle in Westdeutschland. Vorher war ich zwei Jahre Geschäftsführer beim Deutschen Pappelverein.

Das ist Begrüßungskultur.

Wilhelm Knabe: In einem anderen Land anzukommen, ist – damals wie heute – schwierig. Mit dem beruflichen Einstieg hatte ich die größte Hürde überwunden, so war die Existenz unserer Familie gesichert. Es war interessant, über Wald und Wasser in weltweiten Trockengebieten zu forschen. Wir sollten eigentlich in den Irak, nach Mossul, gehen, wo eine Forstschule gegründet wurde. Aber meine Frau hat sich

geweigert. Unser Ältester hatte Toxoplasmose und brauchte eine kompetente medizinische Behandlung.

Ich war nur wenige Jahre in Hamburg und habe dort meine Forschung auf dem Gebiet der Rekultivierung von Industrie-Ödland und hinterlassenen Arealen des Steinkohlenbergbaus fortgesetzt. So besuchte ich England und die USA mehrmals und studierte dort die Rekultivierung.

Warum bist du schließlich aus Hamburg weg?

Wilhelm Knabe: Ich hätte länger bleiben können, aber Professor Weck, bei dem ich habilitieren wollte, verstarb leider. Sein Nachfolger setzte andere Schwerpunkte. Da erreichte mich ein Anruf von der Landesanstalt für Immissionsschutz. Sie suchten dringend einen Forstmann, der die zunehmenden Umweltschäden aufnahm und diese Fragen auch öffentlich vertreten konnte. So fing ich als Oberregierungsrat in Essen an. Mein Ziel war die Langzeitwirkung von Luftverunreinigungen zu erforschen. Zusätzlich konnte ich Anfragen des Ministeriums durch kurzfristige Untersuchungen beantworten.

1966 habe ich über die Luftverunreinigung in den USA und ihre Folgerungen für Deutschland einen Aufsatz geschrieben. Es hatte sich herausgestellt: Mit hohen Schornsteinen ließ sich die Luftverunreinigung nicht so verteilen, dass Schäden vermieden wurden. Vielmehr können die vielen Rauchfahnen aus den Industriegebieten zusammen einen sauren Niederschlag bilden, durch die der Wald abstirbt oder aber zumindest bedroht ist.

Was hast du gegen diese Hohe-Schornstein-Politik unternommen?

Wilhelm Knabe: Mich leitete die Frage, wie wirkt sich die Luftverunreinigung aus und was können wir dagegen machen? Ich habe dazu ein landesweites Messnetz etabliert, um die Belastung der Wälder zu erfassen. Die Forstämter hatten zusätzlich zu ihrer zehnjährigen Inventur der Forsteinrichtung auch den Gesundheitszustand der Fichten erfasst. Sie haben an deren Benadelung und den schadstoffempfindlichen Flechten nach Hinweisen auf Luftverunreinigungen gesucht. Die Nadeln können Schadstoffe wie Schwefel, Fluor, Blei und Kadmium anreichern. Ozon dagegen schädigt zwar das Chlorophyll der Pflanzen, aber es gibt keine Akkumulation von Schadstoffen. Die Pflanzen wachsen einfach weniger oder der Baum geht ganz ein.

Mit Hilfe des Messnetzes und unseren Untersuchungen konnte nachgewiesen werden, dass viele Wälder auch außerhalb der Industriegebiete ernstlich bedroht waren, so dass zusätzliche Maßnahmen der Luftreinhaltung notwendig wurden. Ursprünglich hatte man nur Passivmaßnahmen geplant. Man wollte Bäume anbauen, die die Schadstoffe besser vertragen, und dachte nicht daran, die Schadstoffe generell zu reduzieren. Mit meiner Arbeit konnte ich dazu beitragen, das zu ändern.

1966 bist du aufgrund dieser Fragen erneut in die USA gereist.

Wilhelm Knabe: Ich hatte damals zwei Gutachten zu erstellen, eins für das US-Innenministerium zur Verhütung saurer Bergbauabwässer und das andere für das US-Gesundheitsministerium zur Beurteilung der amerikanischen Forschung über die Wirkung von Luftverunreinigungen auf Pflanzen aus europäischer Sicht. Diese Arbeit wirkte als Impuls zur verstärkten internationalen Diskussion, besonders zwischen Europa und den USA.

Ich kenne von dir eine lange Literaturliste. Stammt die aus deiner Zeit in Essen?

Wilhelm Knabe: Zum großen Teil sind die Arbeiten in dieser Zeit entstanden, einige später, in der Landesanstalt für Ökologie NRW in Düsseldorf bzw. Recklinghausen, in der ich bis zu meinem Einzug in den deutschen Bundestag 1987 tätig war.

Du warst also ein Vierteljahrhundert in Essen?

Wilhelm Knabe: Eigentlich wollte ich alle sieben bis zehn Jahre wechseln, um mich weiterzuentwickeln, doch das konnte ich auch in den 49 Jahren meiner Zeit im Ruhrgebiet. Der Einstieg in die Politik stellte viele neue Anforderungen. Die Grünen haben gegenüber rein hierarchischen Parteistrukturen den großen Vorzug, dass man Debatten argumentativ führt und nicht nach «Ordre de Mufti» entscheidet.

Die Ökologen der 1980er Jahre hatten in erster Linie ein Generalinteresse. Wie war das bei den Verbänden der 1960er Jahre? Vertrat der Pappelverband zum Beispiel Pappelbesitzer mit ökonomischen Interessen?

Wilhelm Knabe: Träger des Pappelvereines waren Baumschulen, die ihre Produkte vermarkten wollten und auf eine Qualitätssicherung angewiesen waren. Auch die Waldbesitzerverbände hatten ökonomische Interessen, leisteten aber gleichzeitig entscheidende Hilfe, denn sie haben den Schutz des Waldes als wichtiges Thema benannt. Auch in der Wissenschaft gab es Partikular- und Allgemeininteressen. Nur einzelne Forscher haben Umweltthemen als ihre Hauptaufgabe angesehen. Die Zurückhaltung vieler beruhte auf der ungenügenden Anerkennung als wissenschaftliche Disziplin, denn für den Umweltschutz gab es damals keine Lehrstühle und damit keine Karrierechancen. Die Zeit war noch nicht reif. Auch deren Verbände haben sich auf die Diskussion völlig ungenügend eingelassen. Ausnahmen waren Dr. Karl Friedrich Wentzel sowie die Professoren Bernhard Ulrich aus Göttingen und Peter Schütt aus Saarbrücken. Letzterer hat den Begriff des Waldsterbens geprägt und versucht, das Umweltthema als wissenschaftliche Disziplin mit zu begründen.

Die Vorläufer der Grünen waren in der Regel keine Wissenschaftler, sondern von Verkehrsprojekten Betroffene und Menschen aus der Anti-Atombewegung, die etwas Einblick in die Langzeitfolgen einer Nutzung von Radioaktivität hatten.

In den frühen 1970er Jahren kam das Thema in der Bundesregierung an. Genscher, als Innenminister für Umwelt zuständig, legte den ersten Umweltbericht der Regierung vor.

Wilhelm Knabe: Das bedeutete eine politische Anerkennung! Wir haben aber auch viel den Amerikanern zu verdanken. Es war Jimmy Carter, der den Begriff «Environmental Protection», also Umweltschutz, in die politische Diskussion einbrachte. 1969 wurde dort die Environmental Agency gegründet. Bedauerlich ist, dass damals das von den Deutschen Geleistete nicht so recht durchgedrungen ist: Ich hatte schon zwei Jahre vor der Gründung des Club of Rome herausgefunden, dass sich die exponentielle Zunahme der Verunreinigung nicht durch lokale Maßnahmen aufhalten lässt. Die Tragweite dieser These wurde 1966 nicht erkannt. Kooperation mit ausländischen Kollegen war für mich immer sehr wichtig. 1970 habe ich in Essen ein internationales Symposium durchgeführt, in dem erstmals amerikanische Forstwissenschaftler gleichzeitig mit osteuropäischen ihre Beiträge über die Wirkung von Luftverunreinigungen abgeben konnten. Das war ein großer Fortschritt, weil so die Forschung auf einen die Nordhemisphäre überspannenden Bereich ausgedehnt wurde. Mein Versuch, in Essen ein internationales Kompetenzzentrum aufzuziehen, scheiterte an mangelnder Unterstützung.

Wie habt ihr als Wissenschaftler wahrgenommen, dass der Gegenstand eurer Arbeit zunehmend gesellschaftliches Thema, ein Politikum, wurde? Gab es Debatten zwischen euch darüber?

Wilhelm Knabe: Debatten gab es, aber auch Reglementierungen kritischer Wissenschaftler. Schon bei der Landtagsanhörung 1976 wurde meine offene Kritik an der veralteten radioaktiven Überwachung der Kernkraftwerke als störend empfunden. Als ich dann 1982 Sprecher der Grünen Partei wurde, sahen der nordrhein-westfälische Umweltminister und manche Vorgesetzte in meiner Person parteipolitische Konkurrenz.

Als der Landtag NRW wegen der zunehmenden gesellschaftlichen Bedeutung des Umweltschutzes und des Waldsterbens zusätzliches Personal bewilligte, kamen die Leute aber nicht zu meiner Arbeitsgruppe. Das war 1982/83. Der Präsident der Landesanstalt für Ökologie, Albert Schmidt, bildete stattdessen eine neue Gruppe «neuartige Waldschäden». Völlig widersinnig! Als ich ihn darauf ansprach, sagte er: «Ich kann doch nicht zulassen, dass Sie täglich im Fernsehen sind.» Es gab also die Sorge, dass das Thema von mir beziehungsweise den Grünen besetzt würde. Ich hatte der Aussage des Arbeitsministers, dass nicht Schwefeldioxid, sondern nur Ozon für die Waldschäden verantwortlich sei, in einem Interview mit der WAZ widersprochen. Daraufhin verpasste man mir einen Maulkorb. Ich durfte nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Präsidenten mit den Medien sprechen. Man wollte verhindern, dass ein «Grüner» sich mit wissenschaftlichen Fakten politisch profilierte.

Die gesellschaftliche Notwendigkeit eurer Forschung war also überall anerkannt, nur nicht bei den Spitzen des Instituts?

Wilhelm Knabe: Es zeigte sich: Politische Beschlüsse können nur politisch aufgehalten werden und nicht durch wissenschaftliche Gutachten. Das war für mich der

entscheidende Grund, mich dringend um eine Umwelpartei zu bemühen. Präsident Schmidt vertrat die Ansicht, die Landesanstalt sei dem «Staate verpflichtet» und nicht «irgendwelchen anderen Werten wie Natur». Sie haben meinen Wirkungsbereich begrenzt und meine Mitarbeiter aufgehetzt, mich dazu zu bringen, die politische Tätigkeit einzustellen.

Wo hast du Unterstützung erfahren?

Wilhelm Knabe: In dieser Zeit mehr bei den Bürgerinitiativen, etwa gegen den Autobahnbau der A31. Das war toll, die Initiativen von Bottrop und Oberhausen bis Siegburg zu einem schlagkräftigen Verbund zu führen. Wir sammelten 100.000 Unterschriften dagegen und überreichten sie feierlich im Ministerium.

Du hast die Grüne Liste Umweltschutz (GLU) Nordrhein-Westfalen mit ins Leben gerufen. Wie kam es dazu?

Wilhelm Knabe: Es kamen Gerüchte auf, dass in einer Düsseldorfer Bahnhofsgaststätte eine Umwelpartei gegründet werden sollte. Ich fuhr hin und wurde als gelernter Ökologe gerne als Gründungsmitglied beteiligt. Etwa 20 Leute waren dabei. Das war 1978.

Und du warst anderthalb Jahre Vorsitzender der GLU Nordrhein-Westfalen?

Wilhelm Knabe: Bis zu ihrem Aufgehen in den Grünen. Die wichtigste Aufgabe der Grünen Liste Umweltschutz NRW war es, die lokalen Gruppen enger zusammenzuführen. Wir brauchten etwas, das uns nicht nur ideologisch, sondern auch per Organisation verband. Es war klar: Nur wenn sich auch unterschiedlich Denkende zusammenfinden, sind wir stark genug, um uns zu behaupten. Die Unterschiede waren so groß, dass eine Zusammenarbeit zunächst unmöglich erschien. Beim Gründungsparteitag der Grünen NRW im Dezember 1979 habe ich dann durch die «Zollstock-Legende» geholfen, dass diese Unterschiede in den Hintergrund getreten sind. Ich habe dafür plädiert, statt Links-Rechts-Mitte einen ökologischen Maßstab, quasi einen ökologischen Zollstock, anzulegen. Das ermöglichte die gemeinsame Arbeit ansonsten unterschiedlicher Kräfte. In Erinnerung daran hat mir der Landesverband 2014 einen vergoldeten Zollstock geschenkt.

Im Oktober 1980 war Bundestagswahl. Hast du kandidiert?

Wilhelm Knabe: Ja. Das Ergebnis war erbärmlich: 1,5 Prozent. In diesem Tief der Grünen habe ich 1982 auf dem Parteitag in Hagen als einer der Sprecher kandidiert und bin dort gewählt worden. Joseph Beuys hatte mich dringend gebeten zu kandidieren.

Berufstätig zu sein und dann noch einen missgünstigen Arbeitgeber zu haben, das war bestimmt verdammt hart, oder?

Wilhelm Knabe: Das war Wahnsinn. Als Sprecher der Bundespartei bekam ich keinerlei Bezüge. Allein die dreifache Aufgabe als Wissenschaftler in Recklinghausen, Politiker in Bonn und Familienvater in Mülheim an der Ruhr war extrem belastend. Länger als zwei Jahre hätte ich das nicht durchgehalten. Aber in meiner Zeit als Parteisprecher sind die Grünen ins Europaparlament und in den Bundestag eingezogen.

Damals war die «Hohe Zeit» der Friedensbewegung gegen die Aufstellung der neuen Pershing II-Raketen bzw. die Zeit des verschärften Ost-West-Gegensatzes. Du hast dich klar zur Solidarität mit der Solidarność ausgesprochen.

Wilhelm Knabe: Ich hatte schon in den 1960er und 1970er Jahren gute Verbindungen zu polnischen, tschechischen und auch westlichen Fachkollegen, die sich mit den Wirkungen von Luftverunreinigungen auf Wälder befassten. Dadurch hatte ich die Möglichkeit, die Ausbreitung der Waldschäden außerhalb Deutschlands zu studieren und gleichzeitig auch die politische Entwicklung in Polen zu beobachten. Beschwingt vom Gründungsprozess der ersten grünen Parteien in Deutschland mischte ich mich dann 1979 auf einer UN-Umwelttagung in Warschau sogar in die polnische Innenpolitik ein. Auf Drängen polnischer Freunde sprach ich die Umweltprobleme Polens auf dem vollbesetzten Festbankett der Tagung ganz offen an und suchte gleichzeitig inoffiziell nach Kontakten zu KOR (Komitee zur Verteidigung der Arbeiterrechte), einem Vorläufer von Solidarność. Nach dem Verbot dieser Gewerkschaft unter Ausrufung des Kriegsrechts beteiligte ich mich an der Mobilisierung von Unterstützern dieser Opposition in Westdeutschland. So habe ich auf der grünen LDK in Bochum durch das Tragen eines doppelten Pappschildes mit der Aufschrift «Freiheit für Solidarność!» an Brust und Rücken auf das Thema «Freiheit und Menschenrechte» aufmerksam gemacht. Ich hatte mich mit dieser polnischen Freiheitsbewegung identifiziert und für deren Unterstützung durch die Grünen geworben. Es gab ja durchaus auch Gegenstimmen, da manchen Grünen Solidarność verdächtig vorkam, weil man dort wohl auch eine Unterstützung durch die NATO akzeptiert hätte. Meine Haltung bestärkte auch andere Grüne in ihrer Kritik an der Ausrufung des Kriegsrechtes in Polen. Später hat die Bundestagsfraktion eine Extrastelle für Osteuropa geschaffen und die engagierte Elisabeth Weber damit beauftragt. Sie erhielt ebenso wie ich für ihren Einsatz später den Verdienstorden der Republik Polen.

Den Abschlussbericht meiner zweijährigen Zeit als Bundessprecher der Grünen habe ich 1984 unter das Motto gestellt: «Für Ökologie und Menschenrechte», beides gehörte für mich zusammen. Diese Einsicht hat sich bei den Grünen durchgesetzt und gehalten, auch wenn immer wieder Tagesthemen und politische Rücksichten zeitweilig andere Schwerpunkte setzten.

Drei Jahre später bist du selbst in den Bundestag eingezogen und warst in der Enquete-Kommission «Schutz der Erdatmosphäre».

Wilhelm Knabe: Die Kommission wollte die Risiken einer Veränderung der Erdatmosphäre und die nötige Vorsorge ausloten. Alle beteiligten Wissenschaftler und

Politiker waren hoch motiviert. Wir hatten hervorragende Arbeitsbedingungen. Wir konnten weltweit Experten und Betroffene einladen und befragen, sowohl Indios aus den Regenwäldern als auch amerikanische Vertreter der NASA.

Mit den Kollegen in der Kommission habe ich einen respektvollen Umgang gepflegt. Die Verbindung von überzeugenden Argumenten, Herausarbeitung gemeinsamer Ziele und persönlicher Achtung des Gegenübers haben in dieser Kommission mehrfach einstimmige Beschlüsse des Bundestages ermöglicht.

Wie war die Arbeit in der Kommission?

Wilhelm Knabe: Sie war getragen von einer Bereitschaft aller, etwas erfahren zu wollen. Die Wissenschaftler betrachteten mich als ihren Kollegen. Sie konnten sich darauf verlassen, dass ich in der Kommission nur vorschlage, was ich auch wissenschaftlich vertreten kann. Dank meiner Studien und Reisen war ich auf dem neuesten Stand. Bei neun Abgeordneten und neun Wissenschaftlern in der Kommission konnte ich auch als einziger grüner Abgeordneter zusammen mit den Wissenschaftlern eine Mehrheit bilden. So wurden 80 Prozent meiner Vorschläge akzeptiert. Der Vorsitzende Bernd Schmidbauer suchte einstimmige Ergebnisse, weil diese sowohl im Bundestag als auch in den Medien stärker beachtet wurden.

Dank dieses Einsatzes der Grünen forderte die Enquete-Kommission den Bundestag schließlich auf, eine 30-prozentige CO₂-Reduktion zu beschließen. Das ging 1990 einstimmig durch, ein Riesenerfolg!

Du warst außerdem im innerdeutschen Ausschuss. Die Deutschlandpolitik hat dich natürlich sehr interessiert, zumal seit 1988 die Bürgerbewegung immer stärker auf den Plan trat.

Wilhelm Knabe: Wir müssen über die Unterstützung der Umweltschützer/innen und Bürgerrechtler/innen der DDR durch die Grünen sprechen, denn diese war und ist Teil der Grünen Geschichte. Diese Unterstützung wurde arg behindert durch die Einreiseverbote der DDR gegen alle Grünen, abgesehen von Bundestagsabgeordneten. Die westdeutschen Grünen, vertreten durch einzelne grüne Politiker, waren die einzige Partei, die es in den 1980er Jahren gewagt hatte, eine nicht zugelassene Opposition in der DDR direkt zu unterstützen, so bescheiden diese Unterstützung auch ausfiel. Egon Bahr erklärte mir einmal, die SED würde erst dann wieder mit den Grünen über eine Aufhebung der Einreiseverbote reden, wenn diese ihre Beziehungen zu den unabhängigen Gruppen aufgeben, die in den Augen der Stasi zu den «feindlich-negativen Kräften» gehörten.

Hier muss die Umweltbibliothek der Zionsgemeinde in Ost-Berlin als zentrale Kontaktstelle für den Ost-Ost- und den Ost-West-Austausch genannt werden. Eine Aktion, an der ich aktiv beteiligt war, erlangte eine besondere Bedeutung. Roland Jahn hatte in West-Berlin eine Druckmaschine besorgt. Diese Maschine sollte unbedingt zur Umweltbibliothek in Ost-Berlin gebracht werden. Ich übernahm diese riskante Aufgabe als Kontaktmann, denn eine direkte Unterstützung durch Abgeordnete

gehörte sicher nicht zum Status als «Diplomat». Die Stasi entdeckte erst später, dass der Drucker von einem Wilhelm Knabe herüber geschmuggelt worden war. Mein Transport zur Umweltbibliothek ermöglichte den dortigen Freunden, in dieser politisch hochbrisanten Periode im Herbst 1987 ihre Öffentlichkeitsarbeit verstärkt fortzusetzen.

Das war wiederum der Anlass für einen von Minister Mielke gebilligten nächtlichen Überfall der Stasi auf das Gebäude der Zionskirche. Dabei wurden die in dieser Nacht aktiven Drucker festgenommen.

Durch diesen Zugriff in einem kirchlichen Gebäude kam eine Lawine ins Rollen. Erstmals verlegten die Menschen ihren Protest vom Inneren der Kirche in die Öffentlichkeit vor der Kirche. Die erste Protestgruppe wurde noch von der Stasi «abgeräumt», doch im Nu fanden sich andere, um den Protest am Leben zu halten.

Der Staat gab auf, denn die Außenpolitik der DDR erschien gefährdet, hatte doch sogar die *New York Times* ein Bild der Kirche auf Seite 1 gezeigt.

Du warst bis 1990 im Bundestag. Vier Jahre später hast du wieder ein politisches Amt übernommen und bist Bürgermeister von Mülheim an der Ruhr geworden.

Wilhelm Knabe: Ich war Zweiter Bürgermeister, von 1994 bis 1999. Der damalige Sprecher des grünen Kreisverbandes, Hartmut Kremer, hatte mich in die aktive grüne Politik zurückgeholt. Bei der Kommunalwahl erreichten wir ein gutes Ergebnis und konnten entscheiden, mit wem wir koalieren wollten.

Wie war die Konstellation nach der Wahl?

Wilhelm Knabe: Die SPD war nach wie vor die stärkste Partei, aber die CDU hatte aufgeholt. Ich wollte mit beiden sprechen. Die Beton-SPD, die auf Straßenbau und Großindustrie setzte, beherrschte in Mülheim den öffentlichen Raum; es wurde im Grunde kein Hausmeisterposten ohne SPD-Parteibuch vergeben.

Wir Grüne einigten uns dann darauf, als erstes mit der SPD zu verhandeln. Die fragten uns: «Welche Posten wollt ihr haben, damit wir unsere Politik fortsetzen können?» Mit der CDU dagegen sprachen wir über unser Programm. Wir hatten uns intern auf unsere grünen Schwerpunkte verständigt. Es gab auch bei der CDU einige, die für Umweltschutz eintraten, aber natürlich nur wenig durchsetzen konnten. Zusammen mit den Grünen war dies möglich. Die Prioritäten in der kommunalen Entwicklung konnten sich verändern.

Hat das im Kreisverband der Grünen zu Zerreißproben geführt?

Wilhelm Knabe: Die Mehrheit der Fraktion hat das Bündnis getragen. Wir haben damals mit der CDU einen Waldentwicklungsplan verabschiedet, wir haben Container für Flüchtlinge durch normale Wohnungen ersetzt und wir haben erreicht, dass umweltgerechte Produktion und Energieeinsparung als Wirtschaftsziele der

Energie-Unternehmen festgeschrieben wurden, soweit die Stadt Einfluss hatte. Eine Minderheit der Grünen war grundsätzlich gegen eine Zusammenarbeit mit der CDU.

Nach fünf Jahren war es vorbei?

Wilhelm Knabe: 1999 kam der Knall. Die schwarz-grüne Koalition ist schließlich an einer Personalfrage gescheitert. Bei der Neuwahl des Rates kandidierte die grüne Minderheit, die grundsätzlich gegen eine Koalition der Grünen mit der CDU war, als Bürgerinitiative MBI und nahm den Grünen viele Stimmen weg. Als Folge wurden später all die positiven Veränderungen, die wir erreicht hatten, unter SPD/CDU-Stadtreregierungen wieder abgeschafft.

Wir Gründer der Grünen waren erfüllt von dem brennenden Wunsch, die Erde für unsere Kinder zu retten. Dazu müssen wir das exponentielle Wachstum, das Ausufernd der menschlichen Ansprüche an den Planeten begrenzen. Wenn wir dabei Kompromisse schließen, müssen wir in jedem Einzelfall prüfen, ob er uns einen Schritt näher an die formulierten Ziele unserer Präambel «Ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei» bringt oder davon wegführt.

Wir Grünen haben viel erreicht, doch es bleibt noch mehr zu tun. Die Kraft der Hoffnung wird uns helfen, diese Ziele zu erreichen.





AUTO- FAHREN

muß bezahlbar bleiben

(Helmut Kohl zur Eröffnung der IAA im September 1993)

Wenn Sie mehr über unsere Alternativen zum Verkehrsinfarkt und über unsere Vorstellungen von einer ökologischen Steuerreform wissen wollen, schreiben Sie an:
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
im Bundestag; Berliner Büro;
Scheidemannstraße 02
10577 Berlin

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

«Die Frauenpolitik bei den Grünen war nicht viel besser als bei der SPD»

Sibylle, man kennt dich als Buchautorin, freie Filmemacherin und Journalistin, wenig bekannt ist aber dein familiärer Hintergrund. Wo kommst du eigentlich her?

Sibylle Plogstedt: Meinen Familienhintergrund habe ich erst nach und nach recherchiert. Meine Mutter führte nach dem Krieg einen Lesezirkel und brachte uns damit durch. Als ich sieben war, heiratete sie. Ihr Mann war zunächst bei ihr beschäftigt, danach wurde er Bausparkassenvertreter. In seinem Beruf brachte er es zu relativem Wohlstand. Aber eigentlich kommt meine Mutter aus wohlhabenden Verhältnissen. Ihre Familie stammte aus Ostpreußen, sie waren Industrielle, Großindustrielle sogar. Ich habe mir 2010 die Waggonfabrik angesehen, die einem Teil der Familie gehört hat. Andere Teile der Familie besaßen eine Gießerei, andere wiederum eine Garnfabrik oder einen Holzhandel. Die Gullideckel in Kaliningrad tragen immer noch den Namen der Familie Steinfurt oder den der Unions-Gießerei.

Früher hatte ich immer gedacht, meine Mutter sei hochstaplerisch, wenn sie so bürgerlich daher kam. Ich sah ja nur den Lesezirkel. Dann war ich sehr verblüfft, wie großbürgerlich ihr Hintergrund tatsächlich war. Eine Verwandte fuhr mit mir durch Kaliningrad und zeigte mir all die Villen, die Familienmitglieder bewohnt hatten. In meiner unmittelbaren Herkunftsfamilie war der Urgroßvater Arzt, ein Großvater war Architekt. Mein Großvater kam in den 1920er Jahren in die Weltwirtschaftskrise, so dass meine Mutter relativ arm aufwuchs. Auf Seiten der Großmutter besaß der Urgroßvater eine Stuhlfabrik in Bad Münde. Das Haus habe ich auch besucht. Und auch ein Stuhlmuseum. Das zählte zu meiner Spurensuche. In meinem eigenen Leben habe ich wenig von dem einstigen Großbürgertum gespürt.

Wo bist du geboren?

Sibylle Plogstedt: Ich wuchs in Berlin auf, in Ruhleben. Dort ging ich zur Schule. Später wohnten wir in Zehlendorf. Nach dem Abitur studierte ich in Berlin. Meine Mutter

¹ Das Interview haben Christoph Becker-Schaum und Anne Vechtel am 7. November 2014 geführt. Der Text wurde von Tina Hüttel redaktionell bearbeitet.

wollte, dass ich studiere. Ihr war wohl immer klar, dass ich die intellektuelle Seite der Familie fortführen sollte. Mein Stiefvater hätte mich am liebsten zur Reisekauffrau gemacht.

Was hast du studiert?

Sibylle Plogstedt: Soziologie. Ich war ein halbes Jahr im Argumentclub, bevor ich 1965 in den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) eintrat, den ich für aktiver hielt. Dort habe ich mit Rudi Dutschke den Vietnam-Kongress vorbereitet, zusammen mit Gaston Salvadore und Bahman Nirumand. Ich habe mich auch bei der Kritischen Universität und beim Springer-Tribunal engagiert. Am meisten beschäftigte mich aber der Prager Frühling. Da ich eine Seminararbeit über die Industriesysteme in Ost und West schreiben sollte, entschied ich mich, nicht in der Bibliothek zu studieren, sondern Interviews vor Ort zu führen. So geriet ich im August 1968 mitten in den Einmarsch ...

... und wurdest mehr und mehr in die Prager Geschichten verstrickt.

Sibylle Plogstedt: Ja, ich konnte das nicht einfach ruhen lassen und fuhr immer wieder hin. Für mich war die Zeit nach dem Prager Frühling die spannendste Bewegungszeit überhaupt: der Widerstand gegen die Invasion. In Prag suchte ich Leute, die ähnlich dachten wie wir im SDS. Auch Rudi Dutschke hatte ja vorher schon Kontakte geknüpft. Es formierte sich in Prag gerade eine Widerstandsgruppe, mit der ich zusammenarbeitete. Das war die Bewegung der Revolutionären Jugend, die *Hnutí revoluční mládeže*. Wir haben Treffen organisiert, Flugblätter gedruckt und verteilt. Ende 1969 wurden wir alle verhaftet. Im Grunde waren wir damals eine Vororganisation der Charta 77. Später sind die meisten Mitglieder von uns in der Charta gelandet und waren Sprecher/innen der Charta. Nach der Samtenen Revolution sind fast alle Minister geworden oder haben andere hochrangige Positionen besetzt. Dafür saßen sie aber auch viele Jahre im Gefängnis. Mein damaliger Partner Petr Uhl saß sogar mehr als neun Jahre im Gefängnis.

Wie lange warst du inhaftiert? Drei Jahre?

Sibylle Plogstedt: Nein, nein. Ich wurde zu zweieinhalb Jahren verurteilt, saß dann anderthalb Jahre und kam im Mai 1971 frei. Die anderthalb Jahre waren allerdings Untersuchungshaft. Das ist die härteste Zeit, weil es Verhöre gab, Spitzel in der Zelle waren und es keine Arbeit gab.

Nach meiner Entlassung reiste ich herum und hielt Vorträge über Prag und die Opposition in der ČSSR – in den USA, in England, in Belgien und Frankreich, in Italien, aber auch in Frankfurt und in Berlin.

Ab Sommer 1971 ging es dann los mit den Berufsverboten in Deutschland. Bei dir an der Freien Universität Berlin lehrte der marxistische Ökonom Ernest Mandel, der 1972

mit dem Berufsverbot belegt wurde. Du warst doch auch Mitglied in der Gruppe Internationale Marxisten (GIM), eine revolutionär-trotzkistische Organisation, die die deutsche Sektion der 4. Internationale war.

Sibylle Plogstedt: Ja, ich war zu dieser Zeit in der GIM, also bei den Trotzlisten, auch stellvertretend für Petr Uhl, weil der noch im Gefängnis saß. Meine Haft hat mich innerhalb der 4. Internationalen hochkatapultiert, so dass es mir 1974 in Berlin das Berufsverbot einbrachte. Zudem war ich verdächtig, weil ich in der Roten Hilfe mitarbeitete, die auch inhaftierte RAF-Mitglieder im Gefängnis unterstützte. Der Verfassungsschutz misstraute ohnehin allen, die in Osteuropa gesessen hatten, weil sie nicht wussten, ob die von der Stasi umgedreht wurden. Für mich war das Berufsverbot so kurz nach der Haft ein regelrechter Schock.

Wie hast du dich gewehrt? Bist du gegen das Berufsverbot vorgegangen?

Sibylle Plogstedt: Zuerst musste ich gegen den Senat kämpfen, beziehungsweise die Freie Universität gegen den Senat. Dann riss der Berliner Senat die Personalhoheit an sich, so dass ich gegen die Uni kämpfen musste, die das durchführen musste, was der Senat wollte. Das hat über zwei Jahre gedauert, bis 1976. Die Prozesse wurden nie zu Ende geführt. Am Schluss verlängerten sie einfach meinen Vertrag an der Uni nicht. Und versetzten eine Richterin, die möglicherweise für mich entschieden hätte.

Aber du hast 1974 dein Diplom gemacht?

Sibylle Plogstedt: Ja, ich habe das Studium abgeschlossen, anscheinend habe ich eine hohe Resilienzfähigkeit. Meine Diplomarbeit schrieb ich über Arbeitskämpfe und Betriebsräte in der ČSSR, weil ich Material von der Akademie der Wissenschaften anvertraut bekommen hatte. Sie selbst durften das ja schon lange nicht mehr.

Was waren das für Erhebungen, und zu welchen Ergebnissen kamst du?

Sibylle Plogstedt: Es ging um die Entstehung von Betriebsräten. Dabei zeigte sich, dass der Widerstand mobilisierend wirkte und der größte Teil der Betriebsräte erst nach der Invasion entstand. Und da ich schon beim Thema war, knüpfte ich mit einer Dissertation über die Arbeitskämpfe nach der Revolution in Russland an. Dazu musste ich erst einmal Russisch lernen. Ich konnte es zwar nie sprechen, aber mit etwas Training könnte ich es heute zumindest wieder lesen und verstehen.

Das klingt sehr aufwendig, wann hast du die Promotion abgeschlossen?

Sibylle Plogstedt: Ich glaube 1978/79, während ich schon bei der *Courage* arbeitete.

Wie viel Zeit lag zwischen deinem Engagement bei der GIM und der Gründung der Courage? War das ein fließender Übergang?

Sibylle Plogstedt: Mein Austritt aus der GIM erfolgte 1975. Die Berliner Gruppe fing an, mir Vorwürfe zu machen, ich sei nicht engagiert genug. Mich hat das empört, weil ich voll in der Kampagne gegen Berufsverbote arbeitete und mich ja auch selber verteidigen musste. Schließlich sollte ich nicht mehr für das ZK kandidieren. Da bin ich ausgetreten. Erst danach begann ich mit Frauen im Frauenzentrum das Projekt einer Frauenzeitung zu diskutieren. Es gab zwei Gruppierungen: Wir wollten eine Zeitung machen, die auf den Markt kommt. Die andere Gruppe wollte ein internes Blatt gründen. Beide sind zustande gekommen. Das interne Blatt hieß *Birkenfall*.

Warum?

Sibylle Plogstedt: Es bedeutete Blätter, die fallen. Es existierte nur ein paar Ausgaben lang. Die Gruppe, der ich angehörte, gründete die *Courage*. Wir trafen uns im Wendland, als Redaktionsräume diente eine Ferienwohnung. Dort entwickelten wir ein Konzept und eine Null-Nummer, für die jede von uns einen Artikel schrieb. Wir organisierten ein Fest, um Geld für das erste Heft einzusammeln. Diese Art von Crowdfunding war damals das Mittel der Wahl: Wer Geld brauchte, organisierte ein Frauenfest. Es fand im Juni 1976 in der Fasanenstraße im Literarischen Colloquium statt.

Wie viel habt ihr eingesammelt?

Sibylle Plogstedt: Wir bekamen etwa 3000 Mark zusammen und konnten davon den Druck für eine Nummer finanzieren, und aus den Verkäufen wiederum den nächsten. Wir waren etwa acht bis zehn Frauen, die das stemmten.

Welche Hintergründe hatten die anderen Frauen, waren sie wie du links oder spielte das keine Rolle?

Sibylle Plogstedt: Bis auf eine war keine von uns eine gelernte Journalistin. Unter uns waren vor allem Studentinnen oder relativ junge Wissenschaftlerinnen, die eine erste Assistenzstelle hatten. Wir kamen aus der Psychologie, Soziologie und Geschichte, doch am Ende blieben viele beim Journalismus. Wir alle waren eher links und wollten nicht mehr darauf warten, ob die Revolution irgendwann auch die Unterdrückung der Frauen beseitigt. Denn die Linken versprachen einem ja immer die Emanzipation der Frauen nach der Revolution. Wir wollten gleich damit anfangen.

Waren auch sozialdemokratische Frauen dabei?

Sibylle Plogstedt: Eine. Sophie von Behr hat kurz bei uns mitgearbeitet. Später kam eine FDP-Frau zu uns, die aber erst nach ihrer *Courage*-Zeit politisch Karriere machte.

War es eigentlich ein Ein-Generationen-Projekt, das heißt, wart ihr alle ungefähr im gleichen Alter?

Sibylle Plogstedt: Die Gründerinnen in der Redaktion waren so 30 bis 35. Nur im Archiv gab es eine, die älter war. Es hat sich relativ schnell differenziert, es waren Hausfrauen und Rentnerinnen mit dabei, und es kamen mehr Jüngere dazu. Wir Gründerinnen hatten unser Studium abgeschlossen und waren gerade dabei, unseren Berufsweg zu finden. Dass wir eine Zeitung machten, die sich eine Weile am Markt behaupten würde, hätte keine von uns für möglich gehalten. Die studentischen Zeitungen hatten alle eine Auflage von 3000 Exemplaren. Die *taz* gab es noch nicht. Wir erreichten in Berlin bald eine Auflage von 20000, 30000 und bundesweit bis zu 70000 Heften. Das war vergleichbar mit der Auflage von *Konkret* – nur ohne DDR-Unterstützung.

Und eure Leserinnen? Was wusstet ihr über sie?

Sibylle Plogstedt: In einem Heft veröffentlichten wir durch Leserinnenumfragen erhobene Alters- und Verdienstangaben, ich weiß das Ergebnis nicht mehr genau. Wir waren Trend. In Filmen aus dieser Zeit lag immer eine Ausgabe *Courage* am Nachttisch, obwohl unsere Leserinnen uns eher konzentriert am Schreibtisch lasen, wie sie uns schrieben. Es war richtig Arbeit für sie, vor allem emotionaler Art. Wir prägten neue Inhalte, die man nicht einfach so konsumieren konnte, ohne sich ihnen auszusetzen, zum Beispiel beim Thema «Gewalt gegen Frauen».

Wie seid ihr mit diesem sensiblen Thema umgegangen?

Sibylle Plogstedt: Wir fragten uns immer: Ist die Gewalt wirklich so verbreitet? Wenn man bisher keiner Frau begegnet ist, die geschlagen wurde, und es einem selbst nicht passiert ist, dann sollte man erst einmal darüber nachdenken, ob es so ist. Und hier war wichtig, dass wir eine gewisse Heterogenität in der Gruppe und somit im Erfahrungsspektrum hatten. Von uns leiteten einige etwa Volkshochschulkurse, wo sie auf Frauen trafen, die häuslicher Gewalt ausgesetzt waren. Insofern haben wir dann darüber berichtet.

Als Zeitungsmacherinnen habt ihr sicherlich sehr genau überlegt, welche Themen ihr setzt. Was waren weitere Themen? Und gab es einen speziellen Fokus bei jeder Ausgabe?

Sibylle Plogstedt: Ja, wir entschieden uns aber erst nach drei, vier Zeitschriftennummern für ein Konzept mit Schwerpunkten. Anfangs brachten wir immer etwas aus den Bereichen Kultur, Arbeit und vor allem Gewerkschaft – uns gelang es sogar noch, Maria Weber in der *Courage* zu interviewen. Natürlich druckten wir auch Nachrichten aus der Frauenbewegung und aus dem Ausland. Und Leserinnenbriefe waren uns auch sehr wichtig. Erst nach und nach schälte sich dann ein Schwerpunktthema heraus, das wir in seinen verschiedenen Aspekten in drei, vier Artikeln beleuchteten.

Wie habt ihr euch in der Redaktion organisiert?

Sibylle Plogstedt: Wir hatten um die sechs Frauen in der Redaktion, glaube ich, und dann noch drei, vier im Layout und noch ein bis zwei im Satz, im Archiv und im Büro. Das waren die unterschiedlichen Arbeitsbereiche. Damals galt es noch als Pflicht, dass jede alles machen können muss, bzw. wir haben das auf zwei Bereiche reduziert. Ich war keine Anhängerin der Rotation, weil das auch einen Qualitätsverlust bedeutet hätte, zum Beispiel gehen Kontakte verloren, die man sich gerade erarbeitet hat. Deswegen hat die Redaktion nicht rotiert, und im Grunde auch das Layout nicht, aber das blieb immer strittig. Diejenigen, die das Abo machten, wollten gern in die Redaktion; und diejenigen, die für das Layout verantwortlich waren, bekamen einen Berichtsteil, etwa die Nachrichten aus der Frauenbewegung oder die internationalen Nachrichten, die sie betreuten. Die Artikel blieben bei der Redaktion.

Die Gründerinnen kamen zwar alle aus einem linken Hintergrund, waren aber durch die unterschiedlichen linken Gruppen verschieden geprägt. Was waren eure politischen Diskussionen in der Redaktion, gab es große Auseinandersetzungen?

Sibylle Plogstedt: Die größten Konflikte gingen immer um die Arbeitsteilung und die Rotation. Wie bei den Grünen.

Und wirklich nicht um Inhalte in der Courage?

Sibylle Plogstedt: Unser inhaltliches Prinzip war: Wenn wir uns streiten, dann ist das Thema offensichtlich wichtig und muss ins Blatt. Das war zwar anstrengend und nährte Konflikte, das Ergebnis war aber lohnend und gut.

Inwiefern reflektierte die Courage vor allem spezifisch Berliner Diskussionen? Oder wurde aus der ursprünglich Berliner Zeitung bald ein bundesdeutsches Projekt?

Sibylle Plogstedt: Wir nannten uns Berliner Frauenzeitung, waren aber zumindest in allen deutschen Großstädten an den Bahnhofsbuchhandlungen präsent. Und auf dem Land waren wir eher durch Abos verbreitet. Im Wendland zum Beispiel erholen sie sich heute noch vom Schock wegen einer unserer Aktionen.

Von welcher sprichst du?

Sibylle Plogstedt: Als *Courage* hatten wir 1979 oder 1980 im Wendland zu einem Kongress aufgerufen, bei dem es eigentlich um einen Gebärestreik ging. Ich glaube, es kamen um die tausend Frauen. Das Land war nicht darauf vorbereitet, auf so viele junge Lesben zu treffen. Als ich kürzlich ins Wendland zog und zum Gorleben-Archiv ging, kam diese Erinnerung wieder hoch. Es existieren Filmaufnahmen aus der Zeit. Ich sah mich, wie ich eine Rede zum Thema Gebärestreik hielt. Ich war sehr erstaunt, ich hatte das total vergessen. Es war unter uns auch immer strittig, wo wir als *Courage* nach außen eingreifen und wo wir uns engagieren als Gruppe.

Sibylle Plogstedt als Gutachterin bei der Sachverständigenanhörung am 21./22.1.1982 in Bonn zum Thema: Kann die Situation der Frau durch ein Antidiskriminierungsgesetz verbessert werden?



Also, die Courage als Aktivistin der Frauenbewegung?

Sibylle Plogstedt: Ja, es gab mehrere Aktionen und Kongresse. Ich erinnere mich an den Kongress in Köln gegen Atom und Militär. Dann an ein Go-in bei der *taz*. Und als Alexander Haig, der damalige amerikanische Außenminister kam, hatten einige von uns die Idee, in Berlin die Brunnen rot wie Blut zu färben. Wir engagierten uns auch bei den Grünen, also immer da, wo es Konflikte um die Frauen gab.

Das heißt, die Courage bildete nicht nur Konflikte ab, die sich aus den Veränderungen in der Republik mit all den Bewegungen ergaben, sondern sie war selber aktiver Teil. Ihr berichtetet nicht nur, sondern ...

Sibylle Plogstedt: ... wir machten auch mit. Richtig. Wir hielten auch öffentliche Redaktionssitzungen ab, zu denen *Courage*-Leserinnen kommen konnten. Wir prägten damals den Begriff der Expertise in eigener Sache – also etwas, was im Journalismus damals noch nicht üblich war, was es aber heute ist. Früher musste die Berichterstattung immer neutral sein und möglichst unemotional. Wir hielten es für richtig, die Betroffenen selbst schreiben zu lassen, etwa beim Thema Krebs. Redaktionell haben wir dann den Betroffenen jemanden zur Seite gestellt, die das begleitete und redigierte. Wir verstanden uns im Grunde mehr als Lektorinnen.

Wie viele Hefte erschienen insgesamt?

Sibylle Plogstedt: Ich habe es nie gezählt, aber es ist leicht zu rechnen: Wir erschienen zwölf Mal im Jahr. Im ersten Erscheinungsjahr 1976 gab es nur fünf Ausgaben, im letzten, 1984, waren es nur noch zwei, drei Monate, bis wir eingingen. Also knapp 70 Ausgaben – plus die Sonderhefte zum Thema Zweiter Weltkrieg oder zur Menstruation. Das war das bestverkaufte Heft je.

Ja? Ist das aus deiner Sicht das beste Heft, an das du dich am liebsten erinnerst?

Sibylle Plogstedt: Schwer zu sagen, es gab eine Menge an Themen, die man mochte oder eben nicht. Mir waren die Osteuropa-Themen sehr wichtig, die keineswegs immer ich schrieb. Aber ich denke schon, ohne mich hätte es nie so viel Berichterstattung aus Osteuropa gegeben. Das hat sich dann auf mehrere Schultern verteilt. Ich hätte ja nicht nach Ost-Berlin gekonnt. Wir hatten zum Beispiel ein Titelbild mit Bärbel Bohley oder Berichte über die Charta 77-Frauen und die Frauen in der Solidarność. Hier waren wir Vorreiterinnen, niemand sonst hatte das im Blatt. Über Frankreich bekamen wir Kontakt zu den russischen Frauen vom *Almanach Maria*.

Konntet ihr Courage-Frauen zumindest teilweise oder anteilig davon leben?

Sibylle Plogstedt: Anfangs noch nicht, aber mit der Zeit erarbeiteten wir uns einen Einheitslohn, der sich aus etwa 800 Mark Grundlohn und dann noch den festen Ausgaben für Auto, Telefon und Miete zusammensetzte. Wir wollten nicht, dass die Einzelnen ihren Lebensstandard absenken müssten, aber auch nicht, dass sie ihn erhöhten. Später tauchte noch das Problem auf, wie wir mit denen verfahren, die Kinder hatten, und ob wir etwas dafür drauflegen.

Welche Sicht hatte die Courage auf die Gründung der Grünen bzw. der Alternativen Liste 1978 in Berlin? Habt ihr gut geheißsen, was sich da frauenpolitisch oder feministisch tat?

Sibylle Plogstedt: Anfangs gab es bei den Grünen ja eine seltsame Mischung von Rechten, konservativer Politik, Linken und Ökologen. Und bei der Frage des § 218 nahmen die Diskussionen zum Teil grauenhafte Züge an, im Sinne von «Abtreibung ist Mord».

Wart ihr euch in der Redaktion einig in eurer Beurteilung der Grünen?

Sibylle Plogstedt: Es gab keinen Zwang, sich so oder so zu ihnen zu verhalten. Die Grünen bekamen den Rang, den vorher die SPD hatte, nämlich das kleinere Übel zu sein. Es war deutlich, dass die Frauenbewegung eigentlich nur eigene Strukturen akzeptieren konnte, ohne dass sie jetzt aber die Frauenpartei, die es auch gab, gut fand. Die war ihnen dann wieder zu unbedeutend. Von daher befand sich die

feministische Bewegung in einem inneren Konflikt, wie sie sich zu den Grünen und zu anderen Parteien verhalten sollte. Bei manchen Themen arbeiteten wir mit Grünen-Frauen zusammen. Ein Teil der Feministinnen hat sich entschieden, bei den Grünen mitzumachen.

Mit wem habt ihr damals zusammengearbeitet?

Sibylle Plogstedt: Delphine Brox und Christine Bernbacher zum Beispiel. Sie beschrieben in der *Courage*, wie sie selbst grüne und feministische Ansprüche in ihrem eigenen Alltag realisierten, und welche komfortable Position die Männer eigentlich noch immer hätten. Marianne Fritzen hat es sogar auf ein Titelbild der *Courage* geschafft.

Die Grünen waren also privilegiert, was den Courage-Blick auf Parteien anbelangt?

Sibylle Plogstedt: Ja, sie bekamen mehr Aufmerksamkeit als die anderen Parteien. Hätte es uns als *Courage* noch länger gegeben, hätten sicher auch die SPD oder die Gewerkschaften mit ihrer Forderung nach der Quote diese Aufmerksamkeit bekommen.

Die Grünen haben sich ja explosionsartig vermehrt. Gleichzeitig sind viele, die ganz am Anfang dabei waren, auch bald wieder rausgegangen.

Sibylle Plogstedt: Ich denke, dass Feministinnen zu denen gehörten, die gleich am Anfang die Grünen wieder verließen, und dann später immer neue Generationen von Feministinnen zu den Grünen stießen und mitmachten.

Welche Konflikte gab es zwischen der ersten Feministinnen-Generation und der AL bzw. den Grünen?

Sibylle Plogstedt: Ich denke, es war ein gegenseitiger Konflikt: Die Feministinnen misstrauten der immer noch dominanten linken Kultur. Umgekehrt misstrauten die Männer in der AL den Feministinnen. Das war aber nicht der einzige Punkt. Es gab zum Beispiel auch Dirk Schneider, der IM war, also Kundschafter und DDR-Spion, und der die Frauen in der Fraktion sehr aktiv gegen mich aufwiegelte, als ich in Bonn für die Grünen arbeitete und in ihrem Auftrag die erste Studie über sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz schrieb. Ich war am Überlegen, ob ich bei den Grünen mitmachen sollte oder nicht. Ich hatte ein gutes Verhältnis zu Petra Kelly und ich hatte auch ein Angebot von Otto Schily, der damals noch bei den Grünen war, mit ihm ein Tandem zu bilden. Es gab also verschiedene Angebote, doch da, wo ich mich am ehesten angedockt hätte, bei den Frauen, da wurde es durch Dirk Schneider, also durch die Stasi konterkariert. Sie haben aber wohl weniger meine feministischen Ziele als meine Prager Verbindungen gefürchtet.

Verstehe ich das richtig? Du hättest dir eine Mitarbeit bei den Grünen gut vorstellen können? Denn interessanterweise waren ja gleichzeitig die grünen Frauen auf der Suche nach einem wichtigen feministischen Thema für die Grünen und angewiesen auf die Vorschläge der Feministinnen.

Sibylle Plogstedt: Ja. Ich habe zum Beispiel mit Klaus Bertelsmann² für den DGB Untersuchungen mit qualitativen und empirischen Studien zur sexuellen Belästigung von Frauen in Büros und Betrieben gemacht, woraus dann 1984 zusammen mit Kathleen Bode³ das Buch «Übergriffe» entstand, was eine Dokumentation der grünen Frauen im Bundestag war. Als die Grünen die flächendeckende Kampagne mit den Übergriffen machten, hat das gut funktioniert. An dieser Stelle hätten sie weitermachen müssen. Stattdessen bin ich wieder nach Berlin zurückgegangen, um die *Courage* auf ein wöchentliches Blatt umzustellen, was dann leider den Untergang einleitete.

Welche Fehler unterliefen euch?

Sibylle Plogstedt: Statt das Erscheinen der *Courage* auf eine Ausgabe alle zwei Monate zu reduzieren, machten wir genau den verkehrten Schritt. Leider hatten wir kein unabhängiges Gremium wie etwa die *taz*, um Krisensituationen und Konflikte zu lösen. Wir hätten entlassen müssen, um die Kosten zu senken. Aber niemand von uns hatte die Macht und den Mut dazu. Nach acht Jahren Feminismus war ich inhaltlich einmal mit den Themen durch. Das ist eine lange Zeit. Nach vier Jahren wiederholen sich in allen Medien die Themen.

Nach dem Ende der Courage 1984 gingst du direkt weg aus Berlin?

Sibylle Plogstedt: Nein, nicht sofort. Es muss 1985 gewesen sein, als ich gefragt wurde, ob ich für das Abgeordnetenhaus kandidiere, in Kreuzberg. Und in einem Schnellschuss – unerwartet und nicht abgesprochen – konkurrierte ich plötzlich um Platz 1. Ich hatte fast die Hälfte der Stimmen und wäre wohl ins Abgeordnetenhaus gekommen, doch statt weiter anzutreten, zog ich meine Kandidatur zurück. Ich musste mich offenbar erst einmal mit mir beschäftigen, ehe ich mir etwas Neues vornahm. Das Ende der *Courage* hatte mich ziemlich mitgenommen.

Was war das Neue, das dann kam?

Sibylle Plogstedt: Ich ging zum *Vorwärts*, von 1986 bis etwa 1990, danach arbeitete ich frei für den *WDR*, erst für den Funk, später für das Fernsehen. Und anschließend arbeitete ich freiberuflich.

-
- ² Sibylle Plogstedt, Klaus Bertelsmann: Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Frauen wehren sich, 2. Auflage 1988.
 - ³ Sibylle Plogstedt, Kathleen Bode: Übergriffe. Sexuelle Belästigung in Büros und Betrieben, 1984.

Dein Wechsel nach Bonn: War das für dich ein starker Bruch oder hast du an deinen Themen kontinuierlich weitergearbeitet?

Sibylle Plogstedt: Ich sehe den Wechsel nach Bonn als einen Eintritt in die Gesellschaft. Ich kam aus einer selbst organisierten radikalen Ecke und war nun Teil einer Institution. Für mich war das eine nachgeholte Professionalisierung, die wir in der *Courage* immer angestrebt hatten. Doch offensichtlich hatten uns dort die Instrumente gefehlt, uns gegenseitig zu kritisieren oder das zu fördern, was wir ursprünglich an journalistischer Ausbildung nicht hatten.

Wie viel von den Inhalten und Themen der Courage hast du beim Vorwärts weiterverfolgt?

Sibylle Plogstedt: Ich schrieb zum Beispiel eine Titelgeschichte über Vergewaltigung in der Ehe, auch mit Hinweisen darauf, wann die SPD was in welcher Justizreform verhandelt hatte. Es gab damals noch den Kuppelei-Paragrafen, der völlig veraltet war. In einer Strafrechtsreform strich die SPD die Kuppelei, die Vergewaltigung in der Ehe blieb aber weiterhin straffrei. So etwas schrieb ich und das führte zu Konflikten. Ich hatte gleich zu Beginn einen Riesenkonflikt mit dem Chefredakteur. Nicht nur ich, auch ein anderer, der wie ich aus der alternativen Szene kam, sollten noch in der Probezeit wieder entlassen werden. Eva Rühmkorf und Hans-Jochen Vogel setzten sich für uns ein. Wir konnten bleiben. Der Kollege ging später zum *Stern*, ich freiberuflich zum WDR.

Die späten 1980er Jahre sind in einem gewissen Sinne die prototypischen rot-grünen Jahre – etwa mit der Koalition in Frankfurt 1989, wo das Rot-Grüne Projekt auch seinen Namen erhielt. Inwiefern habt ihr das im Vorwärts thematisiert?

Sibylle Plogstedt: Dass Rot-Grün für die SPD eigentlich auch die einzige Machtalternative zu Kohl war, weil die FDP wegfiel, wurde als strategische Option so nicht diskutiert. Es wurde höchstens berichtet. Ich beschäftigte mich zu dieser Zeit vor allem mit der Quote, der Quote innerhalb der SPD und der Quote in der Regierung, die dann unter Walter Momper in Berlin auch kam.

Verfolgtest du auch Osteuropa, dein Thema, weiter?

Sibylle Plogstedt: Die Opposition in Osteuropa kam im *Vorwärts* nicht vor. Ich hätte damals gerne geschrieben, dass der Kanzlerkandidat der SPD und Ministerpräsident von NRW, Johannes Rau, kein Interesse hatte, die Oppositionellen zu besuchen. Aber ich durfte nie über Osteuropa schreiben ...

... wohl deswegen. Änderte sich das nach 1989 und der Wiedervereinigung? Warst du dann frei zu schreiben, was du wolltest?

Sibylle Plogstedt: Der *Vorwärts* wurde zu einem reinem Mitglieder magazin umgemodelt und 1989 wurden alle Redakteur/innen mit Abfindung entlassen. Danach wollte ich mich nicht mehr binden. In der Geschichts- bzw. in der Nachrichtenredaktion des WDR bot man mir eine halbe Stelle an, ich wollte aber lieber freiberuflich für den WDR arbeiten, parallel kam dann die Arbeit für die Hans-Böckler-Stiftung dazu.

Was uns noch interessiert: Wer vertrat und förderte den Feminismus, den du schon sehr früh lebstest, deiner Meinung nach mehr – die Gewerkschaften oder die Grünen?

Sibylle Plogstedt: Ich denke, die Feministinnen bei den Grünen waren die ersten. Sie haben, was etwa Fragen der Quote oder den Frauenvorstand betrifft, die Institution Grüne vorangebracht. Ich bin der Meinung, dass auch die Gewerkschafterinnen die Instrumente des Feminismus geschärft haben. Zwar ist die Quote nach der Einheit weiterentwickelt worden, aber die Quote allein ist noch kein Feminismus. Es braucht eine gesellschaftliche Perspektive dazu.

Die Konflikte, die bei den Grünen in Erinnerung bleiben, drehten sich einmal um die Mütterpolitik, die dann als Frage der Kindererziehung, Berufstätigkeit und Arbeitsteilung in der Fraktion diskutiert wurde. Innerhalb der Grünen gab es einen Gegensatz zwischen denjenigen, die einem realen Sozialismus eher positiv gegenüberstanden, und anderen, die ihm abgrundtief kritisch gegenüberstanden. Und der schlug in das Feminismuskonzept rein. Das begann schon mit dem Müttermanifest.

Sibylle Plogstedt: Ja. Ich schrieb neulich auf Basis eines Vortrags, den ich in der Guardini-Stiftung in Berlin gehalten hatte, einen Artikel, für den ich mir alles, was die *Courage* über Mütter geschrieben hatte, noch mal ansah. Gisela Erler war bei dem Vortrag in der Guardini-Stiftung die Referentin nach mir. In dem Artikel stimmte ich Gisela Erler in ihrer Kritik zu, dass die Frauenpolitik bei den Grünen nicht viel besser war als bei der SPD. Gisela Erler wurde von beiden Seiten angegriffen, und zwar völlig parallel. Sie war die, die über das, was sich auf die reine Frauenpolitik bezog, hinausdachte. Ihr ging es nicht nur um Mütterzentren, das ist ja erst mal nicht mehr als ein Ort, wo Mütter sich treffen, sondern um Kindergärten – Betriebskindergärten, die sie an Betriebe knüpfte. Auch die Idee der Mehrgenerationenhäuser stammt mit von ihr. Jetzt ist Gisela Erler Staatsrätin in der baden-württembergischen Landesregierung. Ich finde sie genial in dem was sie macht – und das seit 1968 in der Kontinuität und in völliger Unabhängigkeit. Und man kann noch weiter zurück, zu ihrem Vater, dem SPD-Politiker Fritz Erler – trotz dieser Herkunft ist sie in der SPD genauso aufgelaufen wie bei den Grünen.

Vielen Grünen war sie nicht radikal genug. Und die, die sie unterstützt haben – zum Beispiel in der Fraktion Christa Nickels – haben zu einem radikaleren Feminismusverständnis nichts beigetragen und das Müttermanifest, das Gisela Erler 1987 mit einem Dutzend anderer Frauen veröffentlichte, untergraben.

Sibylle Plogstedt: Doch in den verschiedenen Müttermanifesten, egal, ob man Gunhild Feigenwinter in der Schweiz oder Gisela Erler ansieht, geht es um die soziale Frage schlechthin. Da gibt es noch viel aufzuarbeiten, ohne dass man dafür viel Geld aufwenden müsste – doch leider gibt es bei dem Thema Mütter viel Diskriminierung. Und das Gemeine war: Allein bei dem Wort Mütter kam gleich der Faschismusverdacht.

Nach wie vor ist das das einfachste Argument, um etwas zu bremsen.

Sibylle Plogstedt: Ja, beim Müttermanifest hat es funktioniert.

Es funktioniert immer. Gerne würden wir aber mit dir noch über eine andere wichtige Grüne sprechen: Petra Kelly, du hast sie gekannt. War sie in deinen Augen eigentlich eine Feministin?

Sibylle Plogstedt: Petra war keine Feministin, aber frauenpolitisch orientiert. Im Grunde war sie eine radikale Sozialdemokratin mit ökologischem Background. Was ich bei den Grünen nie verstand, war der Umgang mit dem Tod von Petra Kelly am 1. Oktober 1992. Diese Geschichte ist nie richtig aufgeklärt worden, ich finde das erschreckend. Ich erinnere mich noch gut an diese Beerdigung, die beide gleich behandelte, als ob es von Gert Bastian keinen Mord an ihr gegeben hätte. Alle gingen davon aus ...

...sie hätten sich gemeinsam für den Tod entschieden. Und nur er, Gert Bastian, führte das aus ...

Sibylle Plogstedt: Ja. Und das halte ich für eine Selbstlüge der Grünen.

Heute behaupten die Grünen das im Gegensatz zu damals nicht mehr. Wir haben öfter Anfragen zu diesem schwierigen Thema. Was war denn der Grund aus Parteiperspektive? Etwa: So etwas kann es bei uns in einer pazifistischen Partei nicht geben? Und deswegen behandeln wir das so verquer? Wie erklärst du dir das?

Sibylle Plogstedt: Ich denke, die Geschichte von Bastian ist nicht genügend aufgearbeitet. Wenn er wirklich im Auftrag der DDR gehandelt hat, dann ist die Konstellation eigentlich relativ klar, wer wen bespitzelt hat.

Gut. Aber warum erschießt er sich dann? In dem Buch «Petra Kelly. Eine Erinnerung» gibt es einen Artikel von Udo Baron, in dem gemutmaßt wird, dass er unter Druck geraten ist, weil amerikanische Stellen im Begriff waren, Stasi-Unterlagen oder Geheimdienstunterlagen freizugeben, die ihn enttarnt hätten.

Sibylle Plogstedt: Diese These halte ich für richtig. Aber warum gab das Aktenmaterial das nicht her? Ist das nicht überprüft worden?

Mit den Unterlagen, die tatsächlich übergeben worden sind, ist nichts bekannt geworden, das darauf hindeutete. Es waren die «Rosenholz-Dateien», sicherlich haben sehr viele Leute diese Akten studiert.

Sibylle Plogstedt: Sie sind durchgesehen worden, die Frage ist nur, ob dabei alles mit rechten Dingen zugeht. Was jedenfalls hanebüchen ist, ist die These eines gemeinsamen Selbstmords, in den Petra eingewilligt hätte. Petra hatte noch so viele Verabredungen, Pläne und Projekte.

Hattest du Kontakt zu ihr?

Sibylle Plogstedt: Nicht intensiv. Ich traf sie in Bonn nachts oft am Kopierer. Und da unterhielten wir uns natürlich auch.

Auch die Staatsanwaltschaft kam zum Ergebnis, dass es keinerlei Hinweise auf eine Selbstmordabsicht von Petra gab und dass von einer Ermordung auszugehen sei. Das heißt also: Aus einer Selbstmordakte wird eine Mordakte. Das ist inzwischen auch offiziell für die Grünen.

Sibylle Plogstedt: Ich denke, dass an dieser Frage im Grunde die Frauenpolitik der Grünen obsolet wurde, weil sie weder die Politik, die dahinter steckte, noch die Gewalt dahinter begriffen. Petra Kelly hatte zum Zeitpunkt ihrer Ermordung kein politisches Amt mehr, das sie schützte.

Stimmt. 1990 kandidierte sie für den Bundestag, 1991 zum Bundesvorstand. Beide Versuche endeten schrecklich.

Sibylle Plogstedt: Ja, es gibt die These: Wenn man nicht mehr in Funktion ist, gerät man in Gefahr, weil ein Amt eine Schutzfunktion hat, weil der Aufschrei viel größer ist, wenn jemand in einer Funktion umgebracht wird und weil die Aufklärungsbereitschaft der Polizei höher ist.

Zwischen der Anerkennung von Petra Kelly, die sie in der Öffentlichkeit für die Grünen genoss, und ihrer parteiinternen Wahrnehmung, klafft eine große Diskrepanz.

Sibylle Plogstedt: Ja, das gibt es oft. Die Grünen waren nicht bereit, ihr den Kredit zu geben, obwohl sie von ihr von Anfang an profitiert hatten. Ihre internationale Popularität wurde ihr eher geneidet.

Nochmal zurück zu dem Mord. Über den Umgang der Grünen sagtest du, sie hätten damit auch den Frauen keinen Dienst erwiesen. Im Gegenteil. Das ist eine interessante Interpretation, die ich in dieser Verdichtung noch nicht gehört habe.

Sibylle Plogstedt: Die Grünen konnten sich von ihrer Führungsfigur Bastian nicht trennen. Sie wollten und konnten die Erkenntnisse der Frauenbewegung über Gewalt in Beziehungen nicht anwenden, geschweige denn, es noch mit dem Thema Stasi zusammenbringen. Bastian war ein Ex-Militär, der zu den Grünen ging, mit einer sanften Ausstrahlung. Dabei hatte Bastian aber dieses Typische von Militärs, die sich anpassen können und nur in der Hierarchie gemeinsam aggressiv agieren. Daher ist die Frage: Innerhalb welcher Hierarchie hat er Petra gegenüber aggressiv reagiert? Warum hat Petra seiner sanften Ausstrahlung geglaubt? Auf Fotos sieht man die beiden immer gemeinsam abgebildet, sie sitzen zusammen im Parlament, auf Reisen stehen sie nebeneinander. Eine größere Eins-zu-Eins-Bewachung kann man sich nicht vorstellen. Sie hat dem Märchen, dass man einen General pazifizieren kann, wohl geglaubt. Das ist das Drama dabei – von ihr aus gesehen.

Als Filmemacherin hast du es bestimmt mitbekommen. Die ARD sendet am 11.11.2014 einen Film mit dem Titel «Mordakte Kelly / Bastian». Die Reaktionen, die bisher von den Grünen zu hören waren, bezogen sich vor allem auf den Titel. Ein historischer Film über Petra mit dem Titel «Mordakte» erschreckt sie.

Sibylle Plogstedt: Aufarbeitung ist bei dem Thema wichtig. Ich fände gut, wenn alles noch einmal auf den Tisch käme, auch wenn es ein bisschen spät dafür ist. Es ist in jedem Fall eine Mordakte. Erst neulich ist es mir wieder passiert. Ich war auf einer Veranstaltung der Böll-Stiftung, wo ehemalige Bürgerrechtler mit leuchtenden Augen erzählten, dass Gert Bastian – obwohl ein General – auch in der Küche aktiv war und kochte. Da musste ich unterbrechen und sagen: Ja, nur leider hat er sie umgebracht. Ich erntete betretenes Schweigen.

Lass uns zum Schluss noch beim Fernsehen bleiben und deiner weiteren Karriere nach der Courage und dem Vorwärts. Als Journalistin gingst du zum WDR, was wurden deine wichtigsten Themen bei dem Sender?

Sibylle Plogstedt: Zuerst arbeitete ich fürs Radio. Beim WDR habe ich den «Abwasch» mit entworfen, das war ein feministisches Hörfunk-Magazin. Nach und nach machte ich aber mehr Fernsehfilme und veränderte meinen Themenschwerpunkt in Richtung Familie und ihre sozialen Aspekte. Zum Beispiel drehte ich drei Filme über eine Familie mit 16 Kindern, die sozial vernachlässigt wurden. Ich hätte die Reihe problemlos fortsetzen können, in dieser Familie passierte immer etwas, mal kam das Jugendamt und holte ein Kind aus der Familie, mal war etwas anderes. Ich verfilmte auch meine eigene Geschichte, die Zeit in Prag und die psychische Folter in der Zelle. Darüber schrieb ich auch ein Buch⁴.

Die langen Dokumentationen zum Thema Kindesverwahrlosung, deine Filme zum Thema Frauenhandel, Kinderpornografie, Kindesentführung, dein autobiografischer

⁴ Sibylle Plogstedt: Im Netz der Gedichte. Gefangen in Prag nach 1968, 2001.

Film über die Haft in Prag – hast du das alles innerhalb von einigen wenigen Jahren gemacht, bis du dann zur Hans-Böckler-Stiftung gegangen bist?

Sibylle Plogstedt: Nein, die Böckler-Stiftung kam so langsam dazu, ich arbeitete für beide parallel. Nur wurden die Projekte immer größer, so dass ich am Schluss nicht mehr so viele Filme machte, sondern eher mit dicken Büchern unterwegs war. Erst mit der «Knastmauke»⁵, in dem ich das Schicksal von politischen Häftlingen der DDR nach der deutschen Wiedervereinigung beschreibe. Das Buch ist im September 2010 erschienen. Dann kam die Geschichte der DGB-Frauen⁶. Allein das sind zwei Bände. Davor schrieb ich aber auch andere Bücher, etwa 2004/2005 eins über Frauenprojekte⁷ und wie sie intern funktioniert hatten, und zwar mit den Frauen, die aus der Gründungszeit immer noch dabei waren.

Das heißt, das Buch ist ein Rückblick über zwanzig Jahre?

Sibylle Plogstedt: Ja, genau. Und ich schrieb über Erben, Erbinnen und den Streit in Familienbetrieben⁸. Es musste immer ein Betriebsthema sein, sonst hätte ich es nicht bei der Böckler-Stiftung unterbringen können. Es ist aber ein spannendes Thema, und derzeit sitze ich an zwei DGB-Büchern, für die ich von 1990 bis 2010 Daten ausgewertet habe. Jetzt arbeite ich gerade die Vorschläge der Lektoren ein und muss Mitte des Monats abgeben.

Das klingt nach ziemlich viel, was du machst ...

Sibylle Plogstedt: Ja. Ich bin offenbar belastbar. Das ist wohl die Resilienz, von der ich vorhin sprach.

-
- 5 Sibylle Plogstedt: Knastmauke. Das Schicksal von politischen Häftlingen der DDR nach der deutschen Wiedervereinigung, 2010.
 - 6 Sibylle Plogstedt: Wir haben Geschichte geschrieben. Zur Arbeit der DGB-Frauen (1945-1990), 2013; Sibylle Plogstedt: Mit vereinten Kräften. Die Gleichstellungsarbeit der DGB-Frauen in Ost und West (1990-2010), 2015.
 - 7 Sibylle Plogstedt: Frauenbetriebe. Vom Kollektiv zur Einzelunternehmerin, 2006.
 - 8 Sibylle Plogstedt: Abenteuer Erben. 25 Familienkonflikte, 2012.

Die Grünen auf die Probe gestellt: Die Geschlechterparität zwischen Anspruch und Praxiswirklichkeit

In ihrem Grundsatzprogramm von 1980 stellte sich die neu gegründete Partei Die Grünen als «Alternative zu den herkömmlichen Parteien»¹ dar. Damit wollte sie deutlich machen, dass sie eine neue politische Kultur anstrebte. Als grundlegende Alternative wollten die Grünen andere politische Zielvorstellungen und eine andere politische Praxis entwickeln. Im Gegensatz zu den etablierten Parteien, die, so der Vorwurf, den Kontakt mit der Bevölkerung verloren und deren Abgeordnete sich von den Wählerinnen und Wählern entfernt hätten, verstanden sich die Grünen als Bindeglied zwischen den politischen Institutionen und der Basis, die in den 1970er Jahren aus den Neuen Sozialen Bewegungen entstanden war. Die Grünen rekrutierten sich aus zahlreichen Bürgerinitiativen für Umwelt- und Naturschutz, aus der Anti-Atomkraft-Bewegung, der Friedensbewegung und der Frauenbewegung.

Mit der Einführung des Frauenstatuts und der Quote, die den Frauen in den Parteigremien und Parlamentsfraktionen die gleiche Anzahl an Sitzen zusicherte wie den Männern, steigerten die Grünen den Frauenanteil in der Politik deutlich und trugen so dazu bei, die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland weiterzuentwickeln.² Die Quote hat bis heute Bestand, anders als beispielsweise die Rotation oder die Ehrenamtlichkeit auf allen Ebenen der Partei, zwei weitere symbolträchtige Regelungen, die die Partei inzwischen aufgegeben hat. Andere politische Parteien haben die Frauenquote so oder in ähnlicher Form aufgegriffen, ohne sie zur Vorschrift zu machen, wie das in Frankreich geschah. In Deutschland entscheidet jede Partei selbst über ihre Frauenquoten und ihre Ziele für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern.

Bis heute unterscheiden sich die Grünen von anderen Parteien Deutschlands dadurch, dass bei ihnen die Gleichberechtigung der Geschlechter am weitesten fortgeschritten ist. Im Nachfolgenden geht es um die Frage, inwiefern sich die Beteiligung und die Möglichkeiten einer politischen Karriere grüner Frauen von Frauen in

- 1 Die Grünen, Das Bundesprogramm [1980], http://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/publikationen/1980_001_Grundsatzprogramm_Die_Gruenen.pdf (besucht am 24.10.2013).
- 2 Silke Mende, Von der «Anti-Parteien-Partei» zur «ökologischen Reformpartei». Die Grünen im Wandel des Politischen, *Archiv für Sozialgeschichte*, 52/2012, S. 283 ff.

anderen Parteien unterscheiden. Dass die Quote unverzichtbar bleibt, da sind sich grüne Frauen heute einig, denn ohne die Quote kann die Parität nicht aufrechterhalten werden.³ Es geht daher zunächst um die Quote und andere vorbeugende Maßnahmen gegen Mechanismen, die Frauen ausschließen. Danach wird analysiert, welche Wege Feministinnen bei den Grünen einschlugen und was sie an den Parteistrukturen kritisierten. Zuletzt geht es um die Hindernisse für eine politische Karriere von Frauen und die Frage, inwiefern sich der Normalisierungsprozess der Grünen als Partei auf die Partizipation von Frauen auswirkt.

Vorbeugende Maßnahmen gegen den Ausschluss von Frauen

Bei ihrer Gründung 1980 führten die Grünen eine Vielzahl von heterogenen politischen Kräften zusammen, die von ökologisch-konservativen bis hin zu kommunistischen Gruppen reichte.⁴ Es gab keinen Konsens darüber, welche Rolle Frauenpolitik spielen und welche Position die Partei im Hinblick auf die Gleichstellung von Frauen einnehmen sollte. So forderten die Feministinnen in der Abtreibungsdebatte die Abschaffung des Paragraphen 218, der Abtreibungen unter Strafe stellte, und beriefen sich auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen. Die konservativen Kräfte der Partei hingegen, die den Schutz des Lebens verfochten und einen Öko-Feminismus vertraten, widersprachen dem und betonten stattdessen den Schutz allen Lebens.⁵ In der Tat, in der Präambel des Grundsatzprogramms von 1980 werden weder der Feminismus noch die Emanzipation der Frauen erwähnt. Die hier genannten vier Grundpfeiler der Politik der Grünen lauten: ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei.⁶ Der Teil des Programms, der sich mit Frauenpolitik beschäftigte, forderte als Ziel «eine humane Gesellschaft, aufgebaut auf der vollen Gleichberechtigung der Geschlechter im Rahmen einer ökologischen Gesamtpolitik».⁷ Er begnügte sich jedoch damit auszuführen, dass «Frauen tagtäglich daran gehindert [werden], ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen»⁸, ohne eine Lösung für dieses Problem vorzuschlagen. Das Bundestagswahlprogramm von 1980 enthielt weder neue frauenpolitische Impulse noch feministische Elemente.⁹ Bei den Wahlen von 1983, die unter dem Eindruck einer Rezession und der Angst vor einem Atomkrieg stattfanden, sicherten die Grünen verschiedenen Sozialen Bewegungen, darunter der Frauenbewegung,

3 Verena Krieger, Was bleibt von den Grünen? Hamburg, 1991, S. 56; «Wir sind immer noch ein Entwicklungsland.» Zur Rolle von Frauen in der Gesellschaft, in der Politik und in den Medien. Claudia Roth befragt von Katja Mensing/Christina Holtz-Bacha/Nina König-Reiling (Hg.), Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen, Wiesbaden 2007, S. 139.

4 Siehe Silke Mende, Nicht rechts, nicht links, sondern vorn! Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011.

5 Das Bundesprogramm [1980], S. 35.

6 Ebd., S. 4 f.

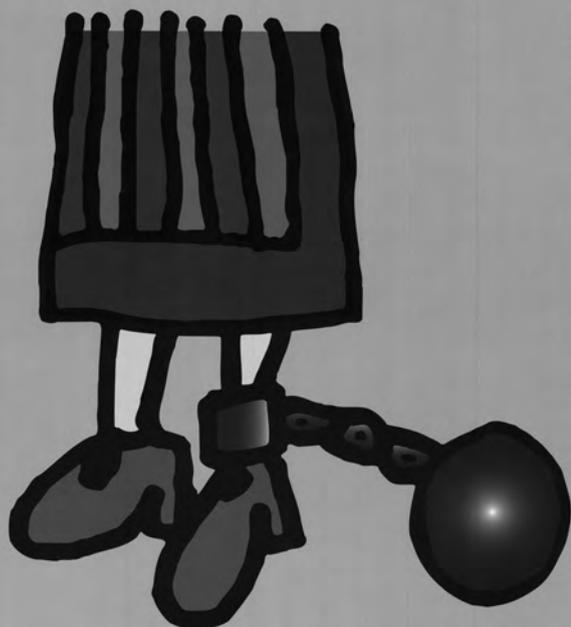
7 Ebd., S. 32.

8 Ebd., S. 32.

9 Die Grünen, Wahlplattform zur Bundestagswahl 1980, Bonn, S. 11.



mit Grün



ohne Grün

→ **Wir sind *für*
Frauenbewegung.**

Mehr grün vor Ort!

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



ihre Unterstützung zu.¹⁰ Alles in allem scheint es, dass der strukturellen Diskriminierung von Frauen in der jungen Partei keine große Bedeutung zugemessen wurde.

Seit 1980 steht das Ziel der Gleichstellung von Männern und Frauen in den Satzungen der Grünen, die eine paritätische Verteilung der Ämter und Mandate empfahlen. Diese Bestimmung hatte jedoch keinen bindenden Charakter.¹¹ Daher wurde sie von 1980 bis 1985, als nur ungefähr ein Drittel der Bundesvorstandsmitglieder Frauen waren, nicht befolgt.¹² In der Bundestagsfraktion von 1983 war der Anteil der Frauen ein wenig größer, anfangs standen zehn Frauen achtzehn Männern gegenüber; nach der Rotation 1985 sank ihre Zahl auf sieben. Ihnen standen zwanzig Männer gegenüber. Der erste Vorstand der Bundestagsfraktion von 1983 bis 1984 bestand dagegen aus vier Frauen und zwei Männern. In den Landtagsfraktionen waren immer nur ungefähr ein Viertel Frauen. Je niedriger die politische Ebene (Bezirksebene, kommunale Ebene) desto stärker stieg der Frauenanteil. In den Vorständen der Partei erreichte er vierzig Prozent oder mehr, wenngleich die einflussreiche Position des Schatzmeisters in den Händen von Männern blieb.

In den ersten Jahren nach ihrer Gründung waren die Grünen also weit vom Ziel der Gleichstellung entfernt. Außerdem konnten sich die Feministinnen mit ihren Forderungen parteiintern nicht immer gegen die Konservativen durchsetzen. Der Austritt des konservativen Parteiflügels seit Ende 1980 ließ jedoch andere Orientierungen für die Zukunft aufscheinen.

Nach ihrem Einzug in die Landesparlamente und dann im März 1983 in den Bundestag strukturierte sich die Partei stärker und professionalisierte sich. Das bot den Frauen Gelegenheit, die Grundlagen für eine feministische Politik zu legen und ein entsprechendes Programm vorzulegen. Erste Schritte wurden unternommen, um die schwache Teilhabe von Frauen in der Partei und ihre Unterrepräsentation bei Mandaten auszugleichen. Die Partei stellte Frauenreferentinnen ein und richtete Frauenarbeitsgemeinschaften auf Bundes- und Länderebene ein. Als legitimierte Vertretung von Frauen bei den Grünen wurden diese Arbeitsgemeinschaften zu dem Ort, an dem kontinuierlich an einem frauenpolitischen Programm gearbeitet wurde. Sie hatten eine beträchtliche mobilisierende und integrierende Kraft.¹³ Ihre parteiinterne Macht war jedoch deutlich begrenzt, da sie nur eine beratende Funktion hatten. Ein weiteres Problem bestand darin, dass die Einrichtung von frauenpolitischen Arbeitsgemeinschaften die Arbeit an einem Frauenprogramm in eine eigene Struktur ausgliederte. Diese ermöglichte es zwar, Frauenthemen gründlich zu bearbeiten, zugleich wurden diese Themen aber von den inhaltlichen Diskussionen, die auf Parteiebene geführt wurden, isoliert.

Nach dem Einzug in den Bundestag kam es zu einer ähnlichen Entwicklung, als der Arbeitskreis Frauenpolitik (AK 6) eingerichtet wurde. Dadurch wurden

10 Die Grünen, Diesmal die Grünen – warum? Ein Aufruf zur Bundestagswahl 1983, Bonn, S. 13.

11 Joachim Raschke, Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Frankfurt 1993, S. 417.

12 Hier und alle folgenden Zahlen ebd.

13 Ebd., S. 418.

Frauenfragen vom Arbeitskreis Arbeit und Soziales getrennt.¹⁴ Einerseits sollte mit dem AK 6 erreicht werden, den Interessen der Frauen mehr Aufmerksamkeit zu schenken und dadurch ihre Position innerhalb der Parlamentsfraktion zu stärken. Andererseits wurden aber alle Fragestellungen, die mehr oder weniger mit Frauen zu tun hatten, an diesen weitergereicht. Der AK 6 diente den anderen Arbeitskreisen unfreiwillig als Ventil. Sie konnten weiter über ihre politischen Projekte diskutieren, ohne die Kategorie Gender zu beachten.¹⁵ Die Journalistin und Fraktionsmitarbeiterin der Grünen Claudia Pinl beschrieb die Situation so: «Bei Männern gibt es die Tendenz, die Frauen ruhig auf ihrer Spielwiese schmoren zu lassen, Frauenpolitik als Ressort des personell schwach ausgestatteten Arbeitskreises 6 anzusehen und basta.»¹⁶

Die Feministinnen schafften es erst den Arbeitskreis Frauenpolitik einzurichten, als der Grünen-Abgeordnete Klaus Hecker im Sommer 1983 nach der «Busengrapscher-Affäre» zurücktreten musste. Für die Feministinnen kam der Skandal im rechten Moment. Die Diskussionen um die sexuelle Belästigung, der Hecker sich schuldig gemacht hatte, haben ihre Standpunkte in der Parlamentsfraktion befördert.¹⁷

Durch ähnlich günstige Umstände gelang es einer Gruppe von sechs Frauen im April 1984 als Fraktionsvorstand gewählt zu werden. Der Konflikt zwischen den internen Strömungen hatte sich mit dem Konflikt zwischen Prominenten (Joschka Fischer, Otto Schily und Petra Kelly) überschritten, was zu einer gegenseitigen Blockierung der Kandidaten geführt hatte.¹⁸ Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte vertraten ausschließlich Frauen eine Bundestagsfraktion.

Der Fraktionsvorstand, der aus Waltraud Schoppe, Antje Vollmer, Annemarie Borgmann, Christa Nickels, Erika Hickel und Heidemarie Dann bestand, wurde Feminat genannt. Die Reaktionen in der Partei selbst und in der öffentlichen Meinung lassen es problematisch erscheinen, diese Wahl als Signal für den Durchbruch des Feminismus bei den Grünen zu werten. Das Wochenmagazin *Der Spiegel* titelte: «Spitze entmannt» und zeigte ein Foto der sechs gewählten Frauen mit der Bildunterschrift: «Der Verfall des Patriarchats».¹⁹ In einem Artikel in der *taz* gab die Journalistin Claudia Henne angesichts der Kommentare, die auch Monate nach der historischen Wahl nicht versiegten, ihrer Verzweiflung Ausdruck: «Ob sie es wohl schaffen? Sind sie nicht vielleicht zu mittelmäßig? Die haben doch gar kein feministisches Konzept. Das ist doch wirklich eine unpolitische Lösung. Mensch, jetzt kriegen die sogar des nachts mal von einem männlichen Kollegen den Kaffee gekocht. Na, jedenfalls ist die Atmosphäre schon besser geworden.»²⁰ Die Kommentare zeigten das ganze Spektrum an traditionellen Vorurteilen über die Inkompetenz von Frauen in der Politik und ihre

14 Josef Boyer/Helge Heidemeyer (Hg.), *Die Grünen im Bundestag. Sitzungsprotokolle 1983-1987*, Düsseldorf 2008, S. LVI.

15 Gaby Brüßow, *Frauenpolitik. Zum Verhältnis von Frauen und Politik am Beispiel von Frauenorganisationen der Parteien SPD und Die Grünen*, Münster 1996, S. 72 f.

16 Claudia Pinl, *Wie frauenfeindlich sind grüne Männer? Grüne Bundestagsfraktion vor frauenpolitischer Debatte*, in: *taz*, 11.3.1985.

17 Siehe Boyer/Heidemeyer, *Die Grünen im Bundestag*, S. XIX.

18 Raschke, *Die Grünen*, S. 417.

19 *Der Spiegel*, Nr. 15 (1984), S. 19-21.

20 Claudia Henne, Originalton: «Sechs Frauen sind schon sechs zuviel», in: *taz*, 16.5.1984.

Kompetenz in Beziehungsfragen. Das Feminat stellte somit keinen Durchbruch des Feminismus bei den Grünen dar, vielmehr löste es machohaft Reaktionen aus.

Derweilen bildete der Feminismus bei den Grünen Strukturen heraus. Die Bundesfrauenreferentin beim Bundesvorstand der Grünen organisierte 1985 die erste Bundesfrauenkonferenz. Zwischen 800 und 1000 Frauen nahmen daran teil. Außer Frauen und Feministinnen von den Grünen kamen auch Frauen mit ganz unterschiedlichen Interessen. Die Konferenz formulierte als Ziel, «dass Frauen in der GRÜNEN Partei größeren Einfluss gewinnen und dass sich die Politikformen verändern».²¹ Die Themen waren unter anderem: die Notwendigkeit, das Patriarchat abzuschaffen, der Sexismus in der Sprache, die Vereinbarkeit von Familie und politischem Engagement bei den Grünen und die innerparteilichen Strategien der Frauen. Weitere Konferenzen folgten in den Jahren 1987, 1990, 1992 usw. Das Motto der Konferenz von 1990 unterstrich die emanzipatorische Vision deutlich: «Los und ledig. Gegen die Orientierungen von Frauen am Mann und seinen Taten.»²²

Zwar hatten die Bundesfrauenkonferenzen nur eine beratende Funktion in der Partei, aber sie ermöglichten es den Frauen, grundlegende Arbeit zu leisten. Dass sie durchaus etwas bewirkten, zeigte sich in der Umsetzung einer der Forderungen der Abschlussresolution der ersten Konferenz: Geschlechterparität auf allen Ebenen, in allen Parteigremien und allen parlamentarischen Führungspositionen.²³

Die Frauenquote wurde 1986 auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Hannover beschlossen. Nach ihr müssen alle Gremien zumindest zu 50 Prozent mit Frauen besetzt sein, und auf allen Wahllisten müssen ebenso viele Frauen wie Männer aufgestellt werden, wobei die ungeraden Zahlen (und damit auch der Listenplatz 1) den Frauen vorbehalten sind.²⁴ Die Quote ist Teil des Frauenstatuts, das in die Satzung der Partei aufgenommen wurde und bis heute gilt. Es gibt Frauen zusätzlich ein Vetorecht in Fragen, die sich auf das Geschlechterverhältnis beziehen. Es sieht die Möglichkeit eines Frauenvotums bei der Bundesversammlung vor, das vor der regulären Abstimmung durchgeführt wird. Mit dem Frauenstatut verpflichtet sich die Partei, bei Stellenbesetzungen die Parität einzuhalten und Fortbildungen anzubieten, um das politische Engagement von Frauen zu befördern.²⁵ So haben die Grünen durch ihre Parteibeschlüsse Frauen die Garantie auf die Hälfte der Sitze gegeben. Seit 1986 haben sie ihr Versprechen gehalten. Die Parität wird in allen wichtigen Gremien der Partei sowie bei den Bundestags- und Landtagsfraktionen gewährleistet.²⁶

Durch die Einführung der Frauenquote von mindestens 50 Prozent hatten die Grünen Mitte der 1980er Jahre im Hinblick auf die Frauenbeteiligung einen großen

21 Grüne Frauen Macht Politik, Dokumentation der 1. Bundeskonferenz der Grünen Frauen, in: Grüner Basisdienst, 10 (1985), S. 6.

22 Los und Ledig. Gegen die Orientierung von Frauen am Mann und seinen Taten. Dritte grüne Bundesfrauenkonferenz, 9-11 November 1990. FFBIZ, BRD 19.1- AL/GRÜNE -21a.6, Blatt 100.

23 Grüne Frauen Macht Politik, S. 68.

24 Raschke, Die Grünen, S. 418.

25 grüne@work, Grüne Regeln. Stand 17.11.2012, S. 62 ff. http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/satzung_des_bundesverbandes.pdf (Stand 28.10.2013).

26 Raschke, Die Grünen, S. 419.

Vorsprung vor den anderen Parteien Westdeutschlands. Mit der Wiedervereinigung 1990 wurden die Grünen jedoch von der Partei des demokratischen Sozialismus (die aus der SED der DDR hervorgegangene PDS) eingeholt.²⁷ Heute konkurrieren die Partei Die Linke (hervorgegangen aus der PDS), deren Anteil an weiblichen Mitgliedern seit 2006 stark gefallen ist²⁸, und die Grünen, bei denen sich der Frauenanteil seit 2000 bei 37 Prozent gehalten hat, darum, wer von beiden den größeren Anteil an weiblichen Mitgliedern, Frauen im Bundestag und im Bundesvorstand hat.

Quoten, Frauenkonferenzen, Frauenstatut – das alles sind Maßnahmen, die die Grünen ergriffen haben, um die Ausschlussmechanismen gegen Frauen in der Politik zu durchbrechen. Eine erste Bilanz dieser Maßnahmen fällt zwiespältig aus: Einerseits hat der Feminismus an Autonomie gewonnen und interne Strukturen etabliert, andererseits wurde die politische Reflexion über die Geschlechterverhältnisse zunehmend isoliert. Mit der Etablierung separater Strukturen wurde das Feld der Frauenpolitik den Frauen überlassen.²⁹

Höhen und Tiefen des Feminismus bei den Grünen

70 Prozent der Leserinnen der feministischen Zeitschrift *Emma* wählten die Grünen.³⁰ Die Zeitschrift *Emma* wurde von der Journalistin Alice Schwarzer, einer Symbolfigur der westdeutschen feministischen Bewegung, publiziert. Die Repräsentantinnen der autonomen Frauenbewegung (autonom dem Staat, den politischen Parteien und den Männern gegenüber) begegneten dem feministischen Engagement der Grünen häufig mit Skepsis, so auch Alice Schwarzer, die den «unsicheren Charakter»³¹ des feministischen Konsenses bei den Grünen erkannte. Andere hingegen waren entschlossen, die Ressourcen einer politischen Partei und der «Bonner Bühne» zu nutzen, erst recht nach dem Einzug der Grünen in den Bundestag 1983, «um das Bewusstsein für Frauenunterdrückung zu schärfen und, wo möglich, Diskriminierung abzubauen».³² Die innerparteilichen Siege hatten die Feministinnen vereint. Bald jedoch zeigte sich, dass ihr Konsens über die Emanzipation von Frauen und das Modell einer erstrebenswerten Gesellschaft jederzeit zerbrechen konnte.

Die Jahre von 1983 bis 1986 brachten die Frauenquote und das Frauenstatut, welches die Gleichstellung garantieren sollte. Ebenso übernahmen die Grünen feministische Positionen zum gleichen Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt und zum

27 Oskar Niedermayer, Parteimitglieder in Deutschland. Version 2013, Arbeitshefte a. d. Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 20, FU Berlin 2013, S. 18. <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/schriften/Arbeitshefte/ahosz20.pdf?1370258727> (Stand 28.10.2013).

28 Vgl. Nadine Willmann, Les femmes dans le parti Die Linke ou le complexe de Rosa Luxemburg, *Allemagne d'aujourd'hui*, Nr. 207, Januar-März 2014, S. 130-142.

29 Raschke, Die Grünen, S. 419.

30 Eva Kolinsky, Women in the Green Party, in: Eva Kolinsky (Hg.), *The Greens in West-Germany. Organisation and Policy Making*, Oxford 1989, S. 196.

31 Eine These, die von Eva Kolinsky aufgestellt wurde. Ebd.

32 Claudia Pinl, Vom kleinen zum großen Unterschied. «Geschlechterdifferenz» und konservative Wende im Feminismus, Hamburg 1993, S. 88.

Paragrafen 218.³³ Häufig ist zu lesen, das Jahr 1986 sei der Höhepunkt feministischer Politik bei den Grünen gewesen, wohingegen das Jahr 1987 mit dem Erscheinen des Müttermanifests den Beginn der internen Meinungsverschiedenheiten markiere. Die Verfechterinnen des Müttermanifests strebten die Aufwertung von Mutterschaft und der von Frauen geleisteten Familienaufgaben an. Tatsächlich hatte die Erfahrung des Feminats 1984-1985 bereits gezeigt, dass es zu so fundamentalen Konzepten wie Feminismus, Emanzipation und Frauenpolitik keinen Konsens gab. Die Radikalfeministinnen hatten gehofft, dass das Feminat feministische Lobbyarbeit leisten und frauenfreundliche Praktiken in der Politik etablieren würde.³⁴ Aber nicht alle sechs Frauen an der Fraktionsspitze sahen sich als Radikalfeministinnen.³⁵ Nach Ansicht von Waltraud Schoppe war es dem Fraktionsvorstand nicht möglich, die Erwartungen aller Frauen bei den Grünen zu erfüllen, und das war auch nicht seine Aufgabe: «Wir sind kein feministischer Vorstand, der nach einem feministischen Programm arbeiten könnte.»³⁶ Deutlich klappte ein Riss zwischen den Erwartungen der Einen und den Positionen der Anderen.

Die Verbreitung des Müttermanifests 1987 und die folgenden lebhaften Debatten bezeugten die Ausdifferenzierung des Feminismus bei den Grünen und in der feministischen Bewegung. In den 1980er Jahren hatte sich rund um Gisela Erler, Monika Jaeckel und Greta Tüllmann eine Mütterbewegung entwickelt. Sie stellten die Geschlechterdifferenz in den Vordergrund und hatten «die Schaffung einer mütter- und kinderfreundlichen Öffentlichkeit» zum Ziel, die sich von der Kultur der kinderlosen Frauen unterscheiden würde.³⁷ Auf Initiative von Frauen bei den Grünen und der Mütterbewegung fand im November 1986 ein Mütterkongress statt. Aus diesem Kongress ging das «Müttermanifest. Leben mit Kindern – Mütter werden laut» hervor, das ein gewaltiges Echo in den Medien und in der politischen Welt hervorrief. Die Unterzeichnerinnen warfen dem «Ghetto der Nichtmütter wie auch [dem] Aquarium der Karrierefrauen»³⁸ vor, die Diskussionen um die Emanzipation auf Quoten, ein Anti-Diskriminierungsgesetz (von den Grünen 1986 im Bundestag eingebracht) sowie das unscharfe Ziel der Überwindung des patriarchalen Systems zu verkürzen. Sie plädierten für das Recht der Frauen, ihren Wunsch nach Mutterschaft leben zu können, und nicht nur für das Recht auf Abtreibung. Sie erhofften sich eine Öffnung der Gesellschaft gegenüber Müttern und Kindern und wollten Mütter in der Frauenbewegung als eigenständige Gruppe mit eigenen Interessen und Strukturen wahrgenommen wissen.³⁹ Schließlich forderten sie, auf Bundesebene zusätzlich zur

33 Die Grünen, Farbe bekennen. Programm zur Bundestagswahl 1987, S. 19 f.

34 Regina Michalik/Conny Sauer, Organisatorisch funktionieren, politisch sich raushalten, in: Brigitte Jäger/Claudia Pinl (Hg.), Zwischen Rotation und Routine. Die Grünen im Bundestag, Köln 1985, S. 148-163.

35 Ebd., S. 170.

36 Ebd., S. 210.

37 Müttermanifest, Leben mit Kindern – Mütter werden laut, in: Ilse Lenz (Hg.), Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied, Eine Quellensammlung, Wiesbaden 2010, S. 624.

38 Ebd., S. 625.

39 Ebd., S. 623-629.

Arbeitsgemeinschaft Frauen eine Arbeitsgemeinschaft Mütter zu gründen. Die Lobby der Mütter war geboren.

Der Kampf um Feminismus, der daraufhin entbrannte, spielte sich auf zwei Ebenen ab: einer ideellen und einer institutionellen. Auf der ideellen Ebene standen sich zwei Definitionen von weiblicher Emanzipation gegenüber: Die Mütter betonten die Unterschiede von Männern und Frauen, die Radikalfeministinnen vertraten einen egalitären Ansatz. Beide Strömungen verfolgten das Ziel der Gleichheit der Geschlechter, wobei die eine die Verschiedenheit in der Gleichheit betonte, die andere die Notwendigkeit der strukturellen Veränderung der Gesellschaft in den Vordergrund stellte. Die Auseinandersetzung hatte auch eine institutionelle Dimension, da die Mütter die Einrichtung einer eigenen Bundesarbeitsgemeinschaft für sich forderten. Eine sofortige Reaktion kam von denen, die von nun an für sich allein die Bezeichnung Feministinnen beanspruchten: mehrere Abgeordnete der Grünen, Akademikerinnen, Intellektuelle und Gleichstellungsbeauftragte. Mit ihrer «Stellungnahme Grüner Frauen zum Müttermanifest» brachten sie ihre Missbilligung zum Ausdruck.⁴⁰ Der Kampf auf der institutionellen Ebene führte auf dem Parteitag im Mai 1987 in Duisburg zu einem Kompromiss. Obwohl der linke Parteiflügel die egalitären Feministinnen in ihrer Ablehnung unterstützte, wurde eine Arbeitsgemeinschaft Mütter gegründet, die aber der Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen untergeordnet wurde. Dieser Unterarbeitsgruppe ist es allerdings nie gelungen, eine dauerhafte Aktivität zu entfalten.⁴¹

Der Konflikt um die Mütterbewegung hatte einen tiefen Graben aufgerissen. Die Grünen-Frauen waren außerstande, in konstruktiver Weise ihre jeweiligen Positionen zur Emanzipation zu diskutieren. Das Ergebnis war eine vollständige Trennung in einen reformorientierten und einen radikalen grünen Feminismus.

Der radikale Feminismus, der mit Hilfe der Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen die Quotenregelung durchgesetzt und das Anti-Diskriminierungsgesetz entworfen hatte, verlor an Schwung. Nachdem die Gründung der Unterarbeitsgemeinschaft Mütter nicht zu verhindern gewesen war, gewann der theoretische Ansatz der Geschlechterdifferenz allmählich die Oberhand. Als Reaktion darauf organisierte die Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen mehrere Treffen: die Feministischen Ratschläge. Zum ersten Treffen im Februar 1989 kamen rund sechzig Frauen, zum zweiten im November 1989 bald hundert, aber dann sank die Beteiligung. Beim Ratschlag im Februar 1991, kurz nach dem Wahldebakel von 1990, waren nur noch fünfzig Frauen gekommen.⁴²

Der zweite Feministische Ratschlag hatte das Thema «Quotierung und Feminismus bei den Grünen» und stellte die entscheidende Frage: «Wir haben die Hälfte der Stühle. Was fehlt noch zur Hälfte der Macht?»⁴³ Die Radikalfeministinnen bedauerten, dass die Grünen für Frauen immer weniger attraktiv geworden wären und daher

40 Stellungnahme grüner Frauen zum Müttermanifest, ebd., S. 636.

41 Brüssow, Frauenpolitik, S. 87.

42 Raschke, Die Grünen, S. 425.

43 BAG Frauen der Grünen, Reader zum 2. Feministischen Ratschlag. Quotierung und Feminismus, November 1989, Bonn, AGG, Bibl., Gend 730-11.

immer weniger Frauen bereit wären, innerparteiliche Aufgaben zu übernehmen und sich in den feministischen Strukturen zu engagieren.⁴⁴ Ein anderes Problem schien die doppelte Zugehörigkeit von Frauen zu sein, die sich einerseits den Feministinnen und andererseits einer innerparteilichen Strömung zugehörig fühlten, was die Diskussionen belastete und es erschwerte, gemeinsame Positionen für Frauen zu finden. Um 1990 kamen zu den feministischen Kernthemen neue hinzu: die Überwindung der Heteronormativität, die Rechte von Lesben, die Zusammenarbeit mit Frauen aus der ehemaligen DDR, die Abtreibungsgesetzgebung im wiedervereinigten Deutschland und die Situation von Frauen in der EWG. Alles in allem beharrten die Radikalfeministinnen aber auf ihrer Position, die Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung sei die Voraussetzung für die Emanzipation der Frauen.⁴⁵ Ihnen zufolge war jede punktuelle Verbesserung des Frauenstatus nichts als Flickwerk. Ihrer Ansicht nach waren Frauen wie die «Post-Feministinnen» Waltraud Schoppe, Gisela Wülffing und Marieluise Beck – die vorschlugen, die politischen Spielregeln zu akzeptieren und eine Politik zu verfolgen, die Fraueninteressen in einem Geiste der Versöhnung der Geschlechter sah – genauso Feindinnen des Feminismus wie die Mütter, die eine Familienpolitik ins Werk setzten, die ihrer Vision von Emanzipation radikal entgegenstand.⁴⁶ Ebenso überlagerten sich in den Auseinandersetzungen zwischen den Feministinnen die Spannungen zwischen dem Bundesvorstand der Grünen, wo die Radikalfeministinnen die Mehrheit hatten⁴⁷, und ihrer Bundestagsfraktion, wo die Post-Feministinnen bzw. ein Bündnis unterschiedlicher feministischer Strömungen vertreten waren. Die Radikalfeministinnen warfen ihnen vor, dass sie in «eine Politik der Anpassung an patriarchale Verhältnisse» abglitten und «das Ende von Visionen oder großen Entwürfen» beschleunigen würden.⁴⁸

Zu Beginn der 1990er Jahre beklagten die noch aktiven Radikalfeministinnen den Verlust eines Feminismus, der ihren strengen Kriterien entsprach. Die Radikalen verstärkten ihre heftigen Attacken gegen die Familienpolitik, wie sie von der Arbeitsgemeinschaft der Mütter vertreten wurde, ebenso wie gegen die Gleichstellungspolitik, die von den moderateren Feministinnen aus den pragmatischen Strömungen «Realos» und «Aufbruch» verfolgt wurde. Zur selben Zeit drohte die Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen bedeutungslos zu werden, die Bundesfrauenkonferenzen hatten an Schwung verloren und die an den Rand gedrängten Radikalfeministinnen wandten sich der Politik für Lesbenrechte zu. Auf dem Bundeskongress in Neumünster 1991, nach der Wahlniederlage vom Dezember 1990, wollten sich die Grünen von Grund auf erneuern und schlugen einen Reformkurs ein. Dort nahmen sie mit klarer Mehrheit die pluralfeministischen Positionen an. Die radikalen Positionen wurden so

44 Z.B. Martha Rosenkranz und Sigrun Klüger, ebd., S. 4 f.

45 Z.B. Christiane Tillner, *Imaginäre oder reale Vielfalt?*, ebd., S. 8-11.

46 Ebd., S. 11.

47 Raschke, *Die Grünen*, S. 425.

48 Zur Diskussion über die Mindeststrafen für Vergewaltigung (Paragraf 177 StGB) siehe: Claudia Pinl, *Perspektiven von Frauen bei Bündnis 90/Die Grünen – Zwischen Fundamentalopposition und Regierungsverantwortung*. Rede anlässlich des Frauenrats im Mai 1996 in Bonn, AGG, Y 062.

verdrängt.⁴⁹ Als Folge dieser Neuorientierung spaltete sich der linke Flügel der Partei ab. Damit gingen den Radikalfeministinnen ihre Hauptunterstützer verloren.

Die Partei hatte in der internen Debatte der Feministinnen entschieden. Von nun an sahen die Grünen Frauenpolitik als eine Querschnittsaufgabe an. Diese bestand hauptsächlich aus einer Politik der Chancengleichheit, die mit parteiinternen Mobilisierungskampagnen verbunden war, um eine stärkere politische Beteiligung von Frauen zu erreichen.

Alte und neue Gründe, die Frauen von einer politischen Karriere bei den Grünen abhalten

Frauen, die ein Parteiamt oder ein Mandat anstrebten, begegneten einigen Hindernissen, die sich mit der Entwicklung der Partei verändert haben. Als die Grünen sich noch als Protestpartei verstanden, waren die Schwierigkeiten andere als heute, wo sie in der politischen Landschaft etabliert sind.

Zum einen liegen die Schwierigkeiten im Erbe der Neuen Linken begründet. Die Grünen haben als politische Kraft ihren Ursprung im Kontext der Neuen Sozialen Bewegungen, die wiederum mit anderen Akzentuierungen ihren Ausgang in der Studentenrevolte von 1968 genommen haben.⁵⁰ Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) als Epizentrum der Revolte von 1968 hatte eine männerdominierte Führung und pflegte einen entsprechend maskulinen Politikstil, so dass er unfreiwillig die Entstehung der autonomen Frauenbewegung der 1970er Jahre beförderte. Den Startschuss dafür gab die Studentin Sigrid Rüger im September 1968 auf einem Kongress des SDS, als sie als Zeichen des Protests gegen den Ausschluss von Frauen eine Tomate auf einen Delegierten warf.⁵¹ Die Neue Linke war durch eine androzentrische Sozialisation charakterisiert, die der Integration von Frauen wenig entgegenkam. Verena Krieger schreibt zum Platz der Frauen in der Geschichte der linken Parteien, dass diese «in mancher Hinsicht patriarchalischer [sind] als Konservative»⁵² waren. Die Einführung der Quotenregelung bei den Grünen zeigte, dass linksradikale Gruppierungen wenig Enthusiasmus für diese Entscheidung aufgebracht hatten, wohingegen konservative Männer großes Interesse an Themen, die Frauen und ihre politische Integration betreffen bekundeten.⁵³ Insgesamt waren «[b]ei den linken Strömungen der Grünen [...] viele Feministinnen eher zu Gast, als dass sie dort ihre Heimat fänden».⁵⁴ Seit 1980 hat die Partei eine stärker linksgerichtete Wendung genommen. Dazu kam, dass sie von der Neuen Linken ein starkes Misstrauen dem parlamentarischen System und Berufspolitikern gegenüber geerbt hatte. Um ihr Anderssein

49 Raschke, Die Grünen, S. 431.

50 Mende, Von der «Anti-Parteien-Partei», S. 274 ff.

51 Ute Gerhard, Frauenbewegung, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt 2008, S. 201.

52 Krieger, Was bleibt von den Grünen?, S. 90.

53 Ebd., S. 52 f.

54 Raschke, Die Grünen, S. 427.

zu unterstreichen, waren die Grünen bereit, einen Mangel an Professionalität zu demonstrieren.⁵⁵ Mit der Ablehnung von gradlinigen Politikkarrieren und dem Widerstand gegen das Aufkommen von Politstars in ihrer Partei wurden politische Karrieren weniger vorhersehbar als in anderen Parteien. Für Frauen waren die Grünen dann weniger attraktiv, da sie ohnehin größere Schwierigkeiten hatten, politische Karrieren zu machen und stärker als Männer dem Lebensphasenzyklus unterworfen waren.

Mit der Quote waren noch andere Hindernisse verbunden. Joachim Raschke zählt zu den paradoxen Effekten der Quote, dass die Feministinnen an den Rand gedrängt wurden und kollektiv wie individuell überfordert waren, was die Krise der Frauenpartizipation in der Partei erklärte.⁵⁶ Durch die Quote hatten die Radikalfeministinnen einen höheren Frauenanteil ermöglicht, was wiederum dazu führte, das sich ihr relatives Gewicht unter den Frauen verringerte. Dazu kam noch eine allgemeine Partizipationskrise bei den Grünen, die auch vor den Frauen nicht halt machte, und bald mangelte es an Frauen, um alle Posten zu besetzen, die die Quote ihnen zusicherte, zumal die Grünen besonders viele Gremien, Arbeitsgruppen und Kommissionen zu besetzen hatten. Verena Krieger schreibt dazu: «Die Quote erzeugt Zwang, das haben ihre GegnerInnen richtig erkannt. Alle Jahre wieder müssen irgendwelche Gremien neu gewählt werden, und immer wieder fehlt es an Frauen, die sich zur Verfügung stellen.»⁵⁷ Für die interessanten Posten, zum Beispiel für die Landeslisten zu Bundestagswahlen, die Listen zu Landtagswahlen und Europawahlen, fanden sich ausreichend Kandidatinnen, nicht jedoch für die anderen Positionen, die aus Mangel an Frauen frei blieben oder zuletzt doch von Männern besetzt wurden. Für die aktiven Frauen stellte dies eine akute Überforderung dar, denn die strukturellen Hilfen, die die Grünen anboten (Finanzierung von Babysitting, Kinderbetreuung auf Delegiertentagungen usw.), reichten nicht aus, um die logistischen Probleme der Frauen aufzufangen, die neben der Politik noch ein Familien- und Arbeitsleben hatten. Zum «informelle[n] Machtvorsprung»⁵⁸, von dem die Männer profitieren und der in allen politischen Parteien existiert, hatten die Grünen ganz eigene, hausgemachte Probleme, die aus der Basisdemokratie herrührten: allen voran die extreme Dauer ihrer Debatten und die rechnerisch größere Chance von Frauen, die nicht Parteimitglieder waren, eine Wahl bei den Grünen zu gewinnen.⁵⁹ Es war also nicht nur so, dass die Grünen keine Erleichterungen für Frauen vorschlugen, die ihrem Willen entsprachen, Frauen in die Politik zu integrieren, sondern dass die Maßnahmen, die sie einführten, um sich möglichst nah an ihre Vorstellung von Basisdemokratie anzulehnen, neue Schwierigkeiten für Frauen produzierten, die sich politisch engagieren wollten.

Das zwiespältige Verhältnis der Grünen zur politischen Macht hat ein weiteres Hindernis für Karrieren mit sich gebracht. Die antiautoritären und spontaneistischen Bewegungen, insbesondere die Initiativen, die sich die Verteidigung der Bürgerrechte auf die Fahnen geschrieben hatten, hatten den Grünen ihr Misstrauen der

55 Mende, Von der «Anti-Parteien-Partei», S. 287.

56 Raschke, Die Grünen, S. 428 f.

57 Krieger, Was bleibt von den Grünen?, S. 56.

58 Ebd., S. 59.

59 Kolinsky, Women in the Green Party, S. 205.

herrschenden westdeutschen parlamentarischen Demokratie gegenüber vermach. Für Petra Kelly beispielsweise waren die Grünen die «Antipartei-Partei». 1982 sagte sie in einem Interview im *Spiegel*, dass an dem Tag, an dem die Grünen Minister nach Bonn schickten, dies nicht mehr die Grünen seien, die sie mit aufbauen wollte.⁶⁰ Alle Maßnahmen, die die Grünen ergriffen, um Basisdemokratie zu verwirklichen, wie die Rotation, die Ehrenamtlichkeit auf allen Parteiebenen, die Nicht-Wiederwählbarkeit und die Deckelung der Abgeordnetendiäten, zielten darauf ab, die Konzentration von Macht auf eine kleine Anzahl von Personen zu verhindern und die Verführbarkeit der Funktionsträger und Abgeordneten durch Macht zu verringern. All das trug dazu bei, politische Macht suspekt zu machen und das Streben nach einer politischen Karriere zu dämonisieren. Dies galt umso mehr für Feministinnen aus der autonomen Bewegung, die der eigenen Autonomie, sowohl den Männern als auch der politischen Macht gegenüber, höchste Priorität einräumten. Die enttäuschten Radikalfeministinnen kritisierten Anfang der 1990er Jahre die moderaten Feministinnen bei den Grünen für ihr Streben, politische Karriere machen zu wollen. Im Kielwasser des Konflikts um das Müttermanifest und im Versuch, einen Ausweg aus der Opposition zwischen Realos und Fundis zu finden, schlugen Waltraud Schoppe und Gisela Wülfing eine neue Definition des Begriffs Emanzipation vor. Anstelle des von den Radikalfeministinnen gewählten Topos der Unzulänglichkeit setzten sie die «Lebenslust» der Frauen, ihre «Lust auf Gestaltung und Expansion», die «Lust zu siegen»⁶¹. Dass Frauen ihren Willen zur Macht bekundeten, schien sich im Laufe der 1990er Jahre nach und nach durchzusetzen, als die Grünen immer stärker ihren Willen bekundeten, die Oppositionsbänke zu verlassen, um Regierungsverantwortung zu übernehmen. Bevor sie das Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit in einer Koalition mit der SPD in Hessen 1991 übernahm, zeigte sich Iris Blaul der *taz* gegenüber entschlossen, Frauenpolitik mit Hilfe von «Geld, Macht und Stellen»⁶² machen zu wollen. Seit den 2000er Jahren ist es selbstverständlich geworden, dass Frauen bei den Grünen dazu stehen, ein positives Verhältnis zur Macht zu haben.⁶³ Diese Entwicklung war nur möglich, weil sich die Partei insgesamt von einer Protestpartei zu einer regierungswilligen und -fähigen Partei entwickelt hat.

Ein Hindernis scheint weiter zu bestehen: Im Gegensatz zu den obengenannten, die sich insgesamt gesehen mit dem Wandel der Partei zugunsten von Frauen abgeschwächt haben, besteht der Sexismus in der Welt der Politik weiter. In den 1980er Jahren war die Diskriminierung von Frauen durchaus üblich. Ein Beispiel dafür ist die herablassende Haltung der Journalisten in der «Elefantenrunde» vor den Bundestagswahlen 1987 Jutta Ditfurth gegenüber, die vor laufender Kamera aufgefordert wurde,

60 «Wir sind die Antipartei-Partei. Petra Kelly über die politische Strategie der Grünen», *Spiegel-Gespräch, Der Spiegel*, 14.6.1982, S. 49. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14341522.html> (2.11.2013).

61 Zitiert nach Pinl, Vom kleinen zum großen Unterschied, S. 94.

62 «Bittstellerei ist Energieverschwendung», in: *taz*, 6.3.1991.

63 Amalia Sdroulia, Frauen in der Politik. Spielregeln des politischen Geschäfts, Eine Untersuchung am Beispiel von Politikerinnen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Niedersächsischen Landtag, Marburg 2007.

keine Probleme zu machen.⁶⁴ Sexismus in der Politik ist kein Spezifikum der Grünen. Alle Parteien sind davon betroffen. Diese Erfahrung machte Waltraud Schoppe bei ihrer ersten Bundestagsrede, als sie auf die Gesetzgebung zum Abtreibungsparagrafen zu sprechen kam. Sie zeigte auf, wie wichtig eine andere Auffassung von Sexualität sei und forderte die Abgeordneten auf, den «alltäglichen Sexismus» im Parlament zu beenden. Damit löste sie bei den Christdemokraten Gelächter aus und in der Folge manch spöttische Bemerkung wie «das Liebesparlament – Bastian-Kelly!», die auf die Beziehung zwischen den beiden Grünen-Abgeordneten Gert Bastian und Petra Kelly anspielte.⁶⁵ Sogar Joschka Fischer, der von seinen Kolleginnen oft als Macho empfunden wurde, schrieb nach einigen Wochen im Bundestag, dass durch die Aggressivität der Abgeordneten anderer Parteien Frauen viel häufiger angegriffen würden als Männer und dass sie die Zielscheibe der niederträchtigsten Angriffe seien.⁶⁶ Auch die Spitznamen, die den Frauen gegeben wurden, zeigen diesen Sexismus: «Die Diva» für Petra Kelly aufgrund ihres Charismas, an dem einige ihrer Kollegen Anstoß nahmen;⁶⁷ die «Feldfrau (soll Feldherr meinen)», «Walküre» oder «Kaiserin der Grünen» für Jutta Ditfurth, die durch ihre Schlagfertigkeit und ihre Selbstsicherheit herausstach;⁶⁸ «Kühlschrank» für Verena Krieger, die distanzierter wirkte, als man es von Frauen erwartete.⁶⁹ Sexismus in der Politik ist kein Relikt einer längst vergangenen Epoche, sondern besteht auch heute noch. Claudia Roth zufolge werden die grünen Frauen zu Objekten sexueller Fantasien, wie in Briefen und Zeitungsartikeln deutlich werde. In einem anderen Fall zeigte die *taz* Claudia Roth auf einer Titelseite im Abendkleid und verlieh ihr den Titel «Gurke des Jahres», und zwar in einer Ausgabe, die zum Parteitag 2001 erschien, als Claudia Roth als Parteivorsitzende zum sehr umstrittenen Thema der Position der Grünen zu einem eventuellen Bundeswehreininsatz in Afghanistan Stellung beziehen musste.⁷⁰ Claudia Roth erinnerte an diese Demütigung und unterstrich die Rolle der Medien für das Frauenbild in der Politik und für das Weiterbestehen einer diskriminierenden Haltung gegenüber Frauen.⁷¹

Heute sehen sich die Frauen, die bei den Grünen Karriere gemacht haben, nicht als Opfer des patriarchalen Systems, sondern sie betrachten pragmatisch die Schwierigkeiten, die sie als Frauen wahrnehmen und entwickeln Strategien, um diese zu überwinden. Die Grünen-Abgeordneten beobachten die Langlebigkeit von androzentrischen Strukturen, von Vorurteilen gegenüber Frauen und eine Selbstabwertung der Frauen, die eine qualitativ wie quantitativ gleichberechtigte Partizipation in der

64 Viola Roggenkamp, Die Garstige, in: *Emma*, März 1987, S. 19.

65 Protokoll der Plenarsitzung des Deutschen Bundestages, 10. Sitzungsperiode, 5. Sitzung, Bonn, 5.5.1983, S. 249.

66 Joschka Fischer, Der Bundestag ist eine unglaubliche Alkoholikerversammlung, in: ders.: Von grüner Kraft und Herrlichkeit, Reinbek 1984, S. 141.

67 Saskia Richter, Die Aktivistin. Das Leben der Petra Kelly, München 2010, S. 236 ff.

68 Roggenkamp, Die Garstige, S. 21.

69 Krieger, Was bleibt von den Grünen?, S. 54.

70 Krieger, «Wir sind immer noch ein Entwicklungsland», S. 134 f.

71 Siehe dazu Christina Holtz-Bacha über die Rolle von Sex, Medien und Politik, auch in ihrem Artikel, «La fin du plafond de verre et des stéréotypes? Des rapports entre femmes politiques et médias», in: *Allemagne d'aujourd'hui*, Nr. 207, Jan.-März 2014, S. 63-73.

Politik erschweren.⁷² Um diese Schwierigkeiten überwinden zu können, erachten sie drei Dinge als notwendig: Frauen sollen sich ihrer Kompetenzen stärker bewusst werden, ihre Konfliktfähigkeit stärken und vor allem Netzwerke (Frauennetzwerke und gemischtgeschlechtliche) aufbauen, auf die sie sich stützen können.⁷³ Darauf richten sich auch die Angebote für politische Aktivitäten und Weiterbildung der Grünen für Frauen, die sie auf die Spielregeln in der Politik vorbereiten und ihre Chancen verbessern sollen, sich in der Politik zu verwirklichen. Ein weiteres Ziel ist es, neue Mitglieder zu bekommen, weil die Grünen, wie alle anderen politischen Parteien, Mühe haben, aktive Mitglieder zu gewinnen.⁷⁴ Um die größtmögliche Anzahl von Frauen zu mobilisieren und die Attraktivität der Partei für Frauen zu erhöhen, hat der letzte Bundesfrauenkongress vom November 2013 die Verstärkung der Netzwerke mit der Zivilgesellschaft, der Frauenbewegung, den Organisationen für Frauenrechte (beispielsweise Terre des Femmes), den Migrantinnenverbänden und mit Frauen in Gewerkschaften propagiert. Außerdem werden neue Allianzen über die neuen Medien gesucht. Der Bundesfrauenrat möchte Kontakte zu feministischen Bloggerinnen aufbauen und einen eigenen Blog zur Frauenpolitik der Grünen betreiben.⁷⁵

Wir können festhalten, dass die Grünen mit der Mindestquote von 50 Prozent und dem Frauenstatut eine politische Innovation geschaffen haben, die ihnen eine Ausnahmestellung unter den bundesrepublikanischen Parteien verschaffte. Diese Sonderstellung haben sie jedoch im Zuge ihrer Normalisierung verloren. Die Partei unterschied sich in den 1980er Jahren von allen anderen in vielerlei Hinsicht, schlug dann zu Beginn der 1990er Jahre einen Reformkurs ein und ist schrittweise in den Rang der regierungsfähigen und -willigen politischen Parteien aufgestiegen. Die Entwicklung der Partei im Sinne einer Normalisierung ist nicht ohne Konsequenzen für ihre Frauenpolitik und für das Gewicht der radikalfeministischen Positionen innerhalb der Partei geblieben. Des Weiteren ist der gesamte politische Raum seither für die Bedeutung von Genderfragen sensibilisiert worden und die feministischen Debatten haben sich deutlich weiterentwickelt, so dass die Grünen nicht länger die einzige Partei sind, die sich für die Förderung von Frauen in Gesellschaft und Politik engagieren. Die Tatsache, dass die Partei sich der Quotenregelung unterwerfen musste, um ihre guten Absichten in die Tat umzusetzen, sagt viel über den Einfluss der altüberlieferten, männlichen Politikkultur. Die Hindernisse, auf die die Frauen bei den Grünen stießen, spiegeln die Entwicklung der Partei wider. Mit Ausnahme des Sexismus waren die Hindernisse in den 1980er Jahren zum großen Teil der Tradition, der Organisation und den spezifischen Strukturen einer Protestpartei geschuldet. Heute sind die Schwierigkeiten, die Politikerinnen als frauenspezifisch ansehen, nicht allein bei den Grünen zu finden, sondern gelten für alle politischen Parteien.

Übersetzung aus dem Französischen: Meiken Endruweit

⁷² Sdroulia, Frauen in der Politik, S. 43.

⁷³ Ebd., S. 118 ff.

⁷⁴ Grüne Frauen gleich-stark, 1. Ordentlicher Frauenrat, Berlin, 28.1.2006, S. 2.

⁷⁵ Grüne Frauenpolitik in der Opposition, 2. Ordentlicher Frauenrat, Berlin, 23.-24.11.2013, S. 2 f.

«Hätten wir doch mehr auf die polnischen Ratschläge gehört»

Die Grünen und die polnische Opposition in den 1980er Jahren¹

«Für das Gelingen eines Dialogs zwischen uns und ihnen ist es außerordentlich wichtig, dass wir uns mit den unterschiedlichen Erfahrungen auseinandersetzen, dass wir nicht von einer naiven Gleichheit zwischen uns und ihnen ausgehen. (...) Erwartet nicht einfach pazifistische, feministische Vorstellungen, sondern seid offen gegenüber den für diese Basisbewegungen real drängenderen Fragen der Menschenrechte, des Abwehrens sowjetischer Hegemonieansprüche, des Kampfs für ein Leben in der Wahrheit, gegen die Lügen der Parteiideologen. Nur wenn Ihr diese Offenheit mitbringt, werdet Ihr das Gemeinsame – das Streben nach friedensfähigen Gesellschaften, nach Autonomie, nach sozialen und demokratischen Rechten, nach einem Leben in Würde – entdecken.»²

Einleitung

1984 wandte sich Elisabeth Weber, Fraktionsmitarbeiterin der Grünen, an den *taz*-Redakteur Christian Semler und bat ihn um Rat, wie sie bei der Kontaktaufnahme zur polnischen Opposition vorgehen solle. Als Antwort erhielt sie oben stehende, äußerst treffende Analyse zur unterschiedlichen Prioritätensetzung in Ost und West. Weber beherzigte Semlers Rat und entschied sich, der polnischen Opposition unvoreingenommen entgegenzutreten. Nichtsdestotrotz kam es in den darauffolgenden Jahren beim Aufeinandertreffen von Grünen und polnischen Aktivisten zu hartnäckigen Missverständnissen und Meinungsverschiedenheiten. Die Frage, wie es zu diesen Hindernissen kam und weshalb der Austausch erst so spät in Gang kam, lässt sich beantworten, wenn man sich den Umgang der Grünen mit Polen in den 1980er Jahren genauer anschaut.

Bereits Mitte der 1970er Jahre entstanden in Polen oppositionelle Initiativen, die auch im Westen eine gewisse Bekanntheit erlangten. Als im Sommer 1980 im ganzen

- 1 Dieser Aufsatz ist eine gekürzte Fassung des vierten Kapitels meiner Dissertation: Christie Miedema, *Vrede of Vrijheid? Dilemma's, dialoog en misverstanden tussen Nederlandse en West-Duitse linkse organisaties en de Poolse oppositie in de jaren tachtig*, Amsterdam 2015.
- 2 Christian Semler, Zur geplanten Reise einer grünen Delegation in die VR Polen, in: Milan Horáček/Elisabeth Weber, Vorlage an den AFI zur Diskussion über die Osteuropareise, 28.2.1984, AGG, B.II.1, Sign. 5175, S. 12-23.

Land Arbeiter ihre Arbeit niederlegten, geriet Polen immer mehr in den Fokus des Westens. Mit Hilfe des Streiks konnten die Arbeiter der polnischen Regierung noch nie dagewesene Zugeständnisse abringen. So erhielten sie etwa die Zustimmung zur Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft. Die neue Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* (Solidarität) nahm den Kampf gegen die herrschende Polnische Vereinigte Arbeiterpartei auf und forderte, unter ständig drohender Gefahr einer sowjetischen Invasion, umfangreiche Reformen. Am 13. Dezember 1981 griff jedoch nicht Moskau, sondern die polnische Parteileitung selbst ein und verhängte das Kriegsrecht über das Land. Die Leiter von *Solidarność* wurden interniert und die Gewerkschaft letztendlich verboten.³

In Westeuropa verfolgte man diese Entwicklungen mit Spannung und Interesse. Parallel zum Aufkommen von *Solidarność* setzte dort eine beispiellose Mobilisierung für den Frieden ein. Wenige Wochen vor der Ausrufung des Kriegsrechts demonstrierten Hunderttausende auf den Straßen Bonns, Amsterdams und Brüssels gegen die Stationierung neuer amerikanischer Atomwaffen auf dem Kontinent.⁴ Linken Aktivisten in Westeuropa stellte sich deshalb unmittelbar die Frage, ob *Solidarność* der Friedensbewegung zugutekam oder schaden würde. In Westeuropa herrschte noch mehr Angst vor einer sowjetischen Invasion als in Polen – vor allem vor den Folgen, die diese für die Entspannungspolitik zwischen Ost und West haben würde.⁵

Auch die junge Partei Die Grünen, die eng mit der Friedensbewegung verbunden war, wurde mit der Entwicklung in Polen während der 1980er Jahre konfrontiert. Um ihr Verhältnis zur polnischen Opposition zu verstehen, wird zunächst kurz auf die Parteidebatte über Frieden, Entspannung und Menschenrechte eingegangen. Anschließend liegt der Schwerpunkt auf den Diskussionen, die nach Ausrufung des Kriegsrechts geführt wurden. Als nächstes geht es um die Frage, wie sich die Partei den osteuropäischen Machthabern gegenüber verhalten sollte. Zuletzt werden die Kontakte zur Opposition behandelt, die erst Ende der 1980er Jahren auflebten.

Frieden und Menschenrechte bei den Grünen: Zwischen dem Appell von Krefeld und dem European Nuclear Disarmament-Appell

Im Zuge des wachsenden Friedensengagements in der westdeutschen Gesellschaft gelang es den Grünen zwischen 1980 und 1983 einen Platz im politischen System zu erobern. In diesen Jahren stellte der Kampf um Abrüstung ein wichtiges verbindendes Element für die sehr pluralistische Partei dar. Es war das einzige außenpolitische Thema, bei dem sich die Partei einig war. 1981 unterzeichnete die Partei den Krefelder Appell, eine Initiative westdeutscher Friedensaktivisten, bei der der einseitige

3 Łukasz Kamiński, Fenomen «Solidarności», in: *Biuletyn Instytutu Pamięci Narodowej*, 8 (2009), Nr. 5-6 (100-101), S. 9-13.

4 Für mehr Informationen zur Friedensbewegung siehe: Christoph Becker-Schaum u.a. (Hg.), «Entrüstet euch!» Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn 2012.

5 Umfangreichere Ausführungen dazu finden sich bei: Miedema, *Vrede of Vrijheid?*

Kampf gegen eine Aufrüstung des Westens im Vordergrund stand.⁶ Im selben Jahr unterzeichnete die Partei auch den European Nuclear Disarmament Appell (END), der unter anderem aus der Feder des bedeutenden britischen Friedensaktivisten E.P. Thompson stammte. Darin ging es um weitreichendere Friedensziele, wie etwa das Bestreben, die Blockbildung zu überwinden. In einem 1981 von der Partei verfassten Friedensmanifest standen die Kritik gegen die westliche Aufrüstung und gegen die «Blocklogik» im Allgemeinen noch einträchtig nebeneinander. Durch die Unterzeichnung beider Appelle blieb zunächst verborgen, wie tief die Geister gespalten waren.⁷

Uneinigkeit herrschte dabei weniger wegen des Krefelder Appells, der in der Partei auf breite Zustimmung stieß. Ein Teil der Partei, der vor allem in Hamburg und West-Berlin ansässig war, lehnte jedoch die weitgehenderen Ideen des END-Appells ab. Sie waren der Überzeugung, dass die NATO und die Vereinigten Staaten «Pläne für einen Angriffskrieg» hegten und somit die eigentlichen Schuldigen des Ost-West-Konflikts waren. Die osteuropäischen Regierungen durften als Underdogs des Konflikts nicht weiter geschwächt werden, da sie durch die enorme Übermacht des Westens bereits zu sehr in die Enge getrieben waren.⁸ Auch wenn der Krefelder Appell in der Partei insgesamt auf große Unterstützung stieß, wird diese Gruppe aufgrund ihrer einseitigen Verteidigung der Ziele dieses Appells im Folgenden als «Krefelder Fraktion» bezeichnet.⁹

Am lautesten wurde diese «Fraktion» durch Dirk Schneider vertreten, der die Partei zwischen 1983 und 1985 als deutschlandpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion sehr geprägt hat. Aufgrund seiner konsequenten Verteidigung offizieller ostdeutscher Positionen erhielt er den Spitznamen «Ständige Vertretung der DDR in der Fraktion». In den 1990er Jahren wurden er und sein Mitstreiter Klaus Croissant als IMs entlarvt. Schneiders Auffassungen entsprachen jedoch nicht nur den Wünschen der

-
- 6 Ludger Volmer, Die Grünen und die Außenpolitik, ein schwieriges Verhältnis. Eine Ideen-, Programm- und Ereignisgeschichte grüner Außenpolitik, Münster 1998, S. 119, 209-210; Saskia Richter, Der Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss und die Konsolidierung der Partei Die Grünen zwischen 1979 und 1983, in: Philipp Gassert, Tim Geiger/Hermann Wentker (Hg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 230-235, 240-245.
 - 7 Die Grünen, Das Friedensmanifest der Grünen, 1981, AGG, Bibl., SBe 258-1.
 - 8 Franz Dormann, Die Grünen. Repräsentationspartei der Neuen Linken, Bonn 1992, S. 151-154, 162-164; Regina Wick, Die Mauer muss weg – Die DDR soll bleiben. Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990, Stuttgart 2012, S. 76-79, 102; Rudolf van Hüllen, Ideologie und Machtkampf bei den Grünen. Untersuchung zur programmatischen und innerorganisatorischen Entwicklung einer deutschen «Bewegungspartei», Bonn 1990, S. 389-390, 395-396.
 - 9 Dormann bezeichnet sie als «Traditionsozialisten»: Dormann, Die Grünen, S. 150; Baron fasst die Mehrheit dieser «Fraktion» unter dem Begriff «Ökosozialisten» zusammen: Udo Baron, Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei «Die Grünen», Münster u.a. 2003, S. 160; Wick spricht von der «Dialogfraktion»: Wick, Die Mauer, S. 75.

Stasi, sondern waren auch Ausdruck seiner eigenen tief empfundenen Überzeugungen sowie die seiner Mitstreiter in der Partei.¹⁰

Am anderen Ende der Skala der grünen Ost-West-Diskussion standen die leidenschaftlichsten Anhänger des END-Appells. Sie gaben beiden Supermächten gleichermaßen die Schuld am Ost-West-Konflikt und kämpften gegen die «Blockbildung». Im Gegensatz zur «Krefelder Fraktion» wollten sie ihr Engagement nicht auf Westeuropa beschränken, sondern schauten auch auf die Abrüstung und die gesellschaftlichen Entwicklungen in Osteuropa.¹¹ Diese Aktivisten werden aufgrund ihrer konsequenten Verteidigung der Werte des Appells im Folgenden als «END-Fraktion» bezeichnet.¹²

Die Friedensaktivisten Petra Kelly und Lukas Beckmann gehörten zu den wichtigsten Vertretern dieser Strömung. Da sie der Auffassung waren, dass Frieden und Menschenrechte in beiden Blöcken durchgesetzt werden müssten, führten sie sowohl in Südafrika als auch in der Sowjetunion Aktionen durch.¹³ 1984 zogen Kelly und ihr Partner Gerd Bastian ihre Unterschrift unter dem Krefelder Appell aus Protest darüber zurück, dass sich andere Unterzeichner ihrer Ansicht nach zu wenig für die Abrüstung im Osten und für die unabhängigen Friedensaktivisten in Osteuropa einsetzen würden.¹⁴ Andere wichtige Vertreter dieser Strömung waren die – zeitlich einander nachfolgenden – Osteuropa-Sprecher der Fraktion Milan Horáček (1983-1985), Ulrich Fischer (1986-1987) und Helmut Lippelt (1987-1990) sowie deren Fraktionsmitarbeiterin Elisabeth Weber.¹⁵ Eine große Gruppe eifriger END-Appell-Anhänger war zu guter Letzt auch in der West-Berliner Alternativen Liste (AL) zu finden.¹⁶

Zwischen diesen beiden Polen bewegte sich der Mainstream der Partei, der sich im Allgemeinen wenig für Osteuropa interessierte. END-Aktivistin Weber schrieb rückblickend kritisch: «Für die allermeisten Grünen war ‹Osteuropa› kein konkretes

10 Baron, *Kalter Krieg*, S. 185; Wick, *Die Mauer*, S. 188-189; Unterstützer dieser Linie waren in West-Berlin u.a. Angelika und Werner Hirschmüller, Benno Hopmann, Heinz Kappei, Heiko Rohwedder, Angela Schäfers und Dieter Liehmann sowie in Hamburg Jürgen Reents, Rainer Trampert, Thomas Ebermann, Michael Stamm und Christian Schmidt.

11 Wick, *Die Mauer*, S. 49-51, 54, 82-86; Elisabeth Weber, *Bündnis 90/Die Grünen und Osteuropa*, in: Lothar Probst (Hg.), *Kursbestimmung. Bündnis 90, Grüne Eckpunkte künftiger Politik*, Köln 1994, S. 147; Milan Horáček/Elisabeth Weber, *Diskussionsvorlage für die AFI-Diskussion am 14.10.85*, AGG, A Kelly, Sign. 460.

12 Dormann beschreibt sie als Anhänger von Frieden und Menschenrechten und einer blockübergreifenden Friedenspolitik: Dormann, *Die Grünen*, S. 150-152; Baron nutzt die Bezeichnung «Ost-West-Aktivisten»: Baron, *Kalter Krieg*, S. 160-161; Wick nennt sie «Basis- und Symbolpolitiker»: Wick, *Die Mauer*, S. 75.

13 Wilhelm Knabe, *Westparteien und DDR-Opposition. Der Einfluss der westdeutschen Parteien in den achtziger Jahren auf unabhängige politische Bestrebungen in der ehemaligen DDR*, in: *Deutscher Bundestag, Materialien der Enquete-Kommission. Band VII/2*, 1995, S. 1151-1152, 1157, 1173.

14 Gerd Bastian, *Offener Brief an die UnterzeichnerInnen des Krefelder Appells*, in: Petra K. Kelly, *Mit dem Herzen denken. Texte für eine glaubwürdige Politik*, München 1990, S. 173-174.

15 Elisabeth Weber, *Gedanken zum Arbeitsplan Ost-West*, Köln, 6.1.1987, AGG, B.II.1, Sign. 5355; Knabe, *Westparteien*, S. 1153, 1155, 1172-1173.

16 Ebd., S. 1159-1160, 1202; Dormann, *Die Grünen*, S. 71-73, 227-229; wichtige Unterstützer der END in der AL waren Marie-Luise Lindemann, Dieter Esche, Walther Grunwald und Elsbeth Zylla.

Land mit konkreten Menschen, sondern ein ideologischer Begriff des Kalten Kriegs, mit dem man nichts zu tun haben wollte.»¹⁷ Mainstream-Politiker Ludger Volmer schrieb später: «Osteuropa erschien den meisten Grünen als abstrakter Gegenpol des Westens, als opak und undurchschaubar. Die Partei richtete sich in erster Linie gegen eine als falsch angesehene westliche Politik.»¹⁸ Dieses mangelnde Interesse führte dazu, dass zwei radikale Minderheiten die Osteuropapolitik dominieren konnten. Gemäßigte Politiker, die tatsächlich ein Interesse an Osteuropa hatten, gerieten zwischen diesen Positionen in Bedrängnis.¹⁹

Einige Autoren führen die obengenannten Gegensätze auf ideologische Gegensätze in den 1970er Jahren zurück. Ein Großteil der Krefelder Fraktion entstammte dem Hamburger Kommunistischen Bund (KB), der dazu neigte, für Moskau in die Bresche zu springen. Auf Seiten der END-Fraktion befanden sich viele Alt-Maoisten, die der Anfang der 1980er Jahre aufgelösten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und dem Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW) angehört hatten und ein negatives Moskau-Bild hegten. Der Konflikt zwischen den beiden Lagern war jedoch kein «externer», veralteter Konflikt aus den 1970er Jahren. Die ehemaligen KPD- und KBW-Mitglieder waren ihren aufgelösten Parteien keine Rechenschaft mehr schuldig. Zudem hatten sie häufig einen radikalen Wandel von Partei-Dogmatikern zu Verfechtern der Demokratisierung vollzogen. Auch die ehemaligen KB-Mitglieder waren ausgetreten, aber da Teile des KB sich als «Gruppe Z» abgespalten hatten und als klandestine Gruppe den Grünen beigetreten waren, lässt sich bei ehemaligen KBlern ein Parteieinfluss nicht ausschließen. Durch ihre Mitgliedschaft bei den Grünen wurden ihre Auffassungen jedoch zu einem Teil der pluralistischen Meinungslandschaft. Bei den Grünen waren die Meinungsverschiedenheiten real und aktuell und gewiss kein Anachronismus aus den 1970er Jahren.²⁰

«Wer Polen sagt, muss auch El Salvador sagen»: Die Grünen und Solidarność

Bei der Herausbildung der beiden Lager innerhalb der Grünen stellten die Ereignisse in Polen einen wichtigen Katalysator dar. Die Ausrufung des Kriegsrechts führte zu heftigen Auseinandersetzungen hinsichtlich der Frage, ob die Entspannungspolitik um jeden Preis fortgesetzt werden müsste, oder ob Solidarität mit Solidarność wichtiger wäre. Es stellte sich zudem die Frage, ob das Bündnis der Partei mit kommunistischen

¹⁷ Weber, Bündnis 90/Die Grünen und Osteuropa, S. 138-140.

¹⁸ Volmer, Die Grünen und die Außenpolitik, S. 273.

¹⁹ Zu den Mainstream-Politikern, die ein Interesse an der DDR/Osteuropa hatten, gehörten u.a. Antje Vollmer, Joschka Fischer, Otto Schily, Jürgen Schnappertz und Henning Schierholz. Wick bezeichnet diese als die «Vermittlerfraktion»: Wick, Die Mauer, S. 86-92.

²⁰ Ludger Volmer, Die Grünen. Von der Protestbewegung zur etablierten Partei - Eine Bilanz, München 2009, S. 32-35, 78-81, 155; Volmer, Die Grünen und die Außenpolitik, S. 274, 358; Dormann, Die Grünen, S. 50-53, 59-64, 70-73, 214-215, 229; Van Hüllen, Ideologie und Machtkampf, S. 81, 109-112, 117-122, 255, 315-316, 325-327, 340-347, 388, 462. Zu den bekannten ehemaligen Mitgliedern von K-Gruppen gehörten u.a. Reents, Trampert, Ebermann, Stamm und Schmidt (alle KB), Weber und Vollmer (KPD) und Koenen (KBW).

Gruppen innerhalb der Friedensbewegung fortgesetzt werden könnte. Diese Diskussionen stellten eine erste Prüfung für die damals kaum zentralisierte Partei dar, die nach der Wahlniederlage im Oktober 1980 einer ungewissen Zukunft entgegenging.²¹ Im Oktober 1981 hatte sich die Partei einstimmig mit Solidarność solidarisch erklärt.²² Nach Ausrufung des Kriegsrechts stellte sich jedoch heraus, dass die Meinungen weit auseinandergingen.

Die Ereignisse in Polen ließen die END-Fraktion an der – auf den Erhalt des Status quo ausgerichteten – Entspannungspolitik zweifeln: «Ist nicht eine ›Entspannungspolitik‹ fragwürdig geworden, die als Blockentspannung unter Führung der jeweiligen Vormacht gedacht ist und deren Einflußsphäre – im Osten und im Westen – grundsätzlich nicht in Frage steht?»²³ «Polen» wäre ein Beweis dafür, dass die Blockbildung den Frieden nicht erhalte, sondern gerade bedrohe. Die Unterdrückung des osteuropäischen Wunsches nach Souveränität würde immer wieder zu Aufständen führen. Deshalb war ihrer Ansicht nach eine «blockübergreifende» Vorgehensweise erforderlich. Für einige Parteimitglieder war sogar ein Austritt Polens aus dem Warschauer Pakt denkbar.²⁴ Die END-Fraktion gab dem polnischen Regime eindeutig die Schuld an der Tragödie. Die Krefelder Fraktion hielt hingegen Solidarność für den Hauptverantwortlichen.²⁵

Besonders heftig wurde in der AL über die Folgen des Kriegsrechts für die Entspannung diskutiert. Dort hockten beide Fraktionen eng aufeinander.²⁶ In der Polenresolution, die dort zur Diskussion stand, wurde kritisch über das unlösbare Dilemma der Entspannungspolitik gesprochen. Diese schuf einerseits zwar Raum für Opposition, konnte aber zugleich nicht mit den Herausforderungen umgehen, die die oppositionellen Bestrebungen hinsichtlich der Stabilität Europas mit sich brachten.²⁷

21 Van Hüllen, Ideologie und Machtkampf, S. 321-322, 324.

22 Die Grünen, Telegramm, Kongreß Solidarność, gez. Wilhelm Knabe, Milan Horáček, Offenbach, 3.10.1981 (einstimmig verabschiedet), AGG, A Knabe, Sign. 44.

23 Die Grünen, Solidarität mit dem polnischen Volk. Solidarität mit Solidarność, AGG, A Knabe, Sign. 44; Die Grünen, DIE GRÜNEN zur Lage in Polen, Bonn, 14.12.1981, AGG, A Kelly, Sign. 3480.

24 Entschließung der Alternativen Liste Berlin zu der politischen Entwicklung in Polen und Konsequenzen für uns, verabschiedet auf der Mitgliederversammlung am 12.2.1982, AGG, A Kelly, Sign. 3480; Petra K. Kelly, Polenkrise und Friedensbewegung, 21.1.1982, AGG, A Kelly, Sign. 3480; Rudolf Bahro auf der Kundgebung «Solidarität mit Solidarność», 30.1.1982, AGG, A Bahro, Sign. 24; Solidarität mit Solidarność, Reader der Arbeitsgruppe Polen der Alternativen Liste Berlin aus Anlass der MV am 12.2.1982, AGG, Bibliothek, Pol 665 Pol 1; siehe auch die verschiedenen Protokolle der BHA-Sitzung am 13. und 14. 2.1982, AGG, A Kelly, Sign. 2557.

25 Thomas Langner/Michael Stamm, ... sonst bleibt die Mauer heil und wir schlagen uns die Köpfe blutig, in: *MOZ*, 2 (1982), Heft 1, S. 13-17; Wolfgang Gukelberger/Frieder O. Wolf, Polen-Solidarität und sozialistische Politik, in: *MOZ*, 2 (1982), S. 19-20; Ralf Fücks, Die Militärdiktatur als höchstes Stadium des realen Sozialismus?, in: *MOZ*, 2 (1982), Heft 1, S. 10-13; Petra K. Kelly, Reagan als Schirmherr der polnischen Freiheit?, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (1982), Heft 3, S. 152-155.

26 Dirk Schneider, Polen. Zerreißprobe für die AL Westberlin, in: *MOZ*, 2, 1982, Heft 2, S. 23-25; Rolf Ascheberg, Selbstaufgabe, in: *MOZ*, 2, 1982, Heft 3, S. 41.

27 Die Grünen, Solidarität mit dem polnischen Volk. Solidarität mit Solidarność, AGG, A Knabe, Sign. 44.



END-Konferenz „Atomwaffenfreies Europa von Polen bis Portugal“ in Berlin im Mai 1983

Der Krefelder Fraktion in der AL passten diese Zweifel an der Entspannungspolitik gar nicht. Sie zog die Regierungspolitik dem «blockübergreifenden» Ansatz ihrer eigenen Parteigenossen vor, auch wenn Bonn für ihren Geschmack noch zu aggressiv und imperialistisch handelte.²⁸ Aus Hamburg, der anderen Hochburg der «Krefelder», kam die Warnung, dass ein polnischer Austritt aus dem Warschauer Pakt der NATO einen unerlaubten Vorteil verschaffen würde. Sogar die vorsichtige Vorgehensweise Bonns wurde von diesen Kritikern als eine Sanktionspolitik mit «unerfüllbare[n] Bedingungen» abgetan. Die Botschaft war klar: «Nichts, was die Kriegsgefahr verschärft, kann eine Antwort auf Polen sein.»²⁹

Vorläufig verfügten die END-Aktivisten jedoch sowohl bei den Grünen als auch in der AL noch über eine gewisse Vorherrschaft. Das spiegelt sich auch in einer Reihe von Solidaritätsbekundungen, örtlichen Demonstrationen und in Sammlungen für das eigene Solidarność-Spendenkonto wider. In der AL führte die Entscheidung, den

²⁸ Solidarität mit Solidarność, Reader der Arbeitsgruppe Polen der Alternativen Liste Berlin aus Anlass der MV am 12.2.1982, AGG, Bibl., Pol 665 Pol 1; Schneider, Polen. Zerreißprobe, S. 23-25; Jochen Esser, Bauchschmerzen sind ehrenwert. Randglossen zur «Zerreißprobe» der AL, in: *MOZ*, 2 (1982), Heft 3, S. 39.

²⁹ Michael Stamm, Linke Machtphantasien zu Polen, in: *MOZ*, 2 (1982), Heft 3, S. 44; Michael Stamm, «Nachrüstung», Alexanderplatz, Entspannungspolitik und Potenzphantasien, in: *MOZ*, 3 (1983), Heft 6/7, S. 6; Erklärung zur Polenresolution der AL (Auszüge), in: *MOZ*, 2 (1982), Heft 3, S. 39-40; Gukelberger/Wolf, Polen-Solidarität und sozialistische Politik, in: *MOZ*, 2 (1982), Heft 1, S. 19.

Polenaktionen mehr als 100.000 DM an Fraktionsgeldern zu Gute kommen zu lassen, sogar zu einem Konflikt mit dem Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses.³⁰ Laut der Krefelder Fraktion trugen diese westlichen Demonstrationen lediglich zur «psychologische[n] Kriegsvorbereitung im Westen» bei. Sie wollte lieber, dass sich die Energie der Parteimitglieder wieder auf die Probleme im Westen richtete.³¹

In beiden Lagern gab es übrigens auch Gemeinsamkeiten bei der Beurteilung Polens. Mitglieder aus dem gesamten grünen Spektrum vertraten – wenn auch aus unterschiedlichen Beweggründen – die Meinung, dass eine westliche Abrüstung zum Kampf von Solidarność beitragen könnte.³² Auch teilten beide Lager die unangenehmen Gefühle, die durch eine Solidarisierung rechter Kreise mit Polen aufkamen. Die END-Fraktion ging dagegen vor, indem sie vor allem die «Scheinheiligkeit» der Rechten und die Verbrechen rechter Regime anprangerte. Folglich gibt es kaum eine Partei-Erklärung zu Polen, in der nicht schon im zweiten Satz auch die Abneigung gegen rechte Diktaturen zur Sprache kommt: «Wir nehmen keinem etablierten Politiker seine moralische Entrüstung ab, der den Militärputsch in Chile hingenommen hat und der die Militärdiktatur in der Türkei unterstützt», erklärte die AL im Januar 1982. Beckmann schlug anlässlich einer großen Polen-Demonstration vor, auch Transparente gegen die amerikanische Politik mitzuführen, um zu verhindern, dass Reagan die Bilder für seine eigenen Interessen nutzen könnte.³³ Die END-Aktivisten wollten nicht denjenigen «das Wort [überlassen], die der Demokratie und der Gewerkschaftsfreiheit in Polen heuchlerisch ihre Unterstützung versichern, während sie Demokratie- und Gewerkschaftsfreiheit bei uns bekämpfen.»³⁴ Der Krefelder-Aktivist Schneider sah darin eine Verbrüderung mit den etablierten Politikern:

«Ich kritisiere, daß sich ein Teil der AL mit vollem Mund für Polen stark macht, gleichzeitig aber den eigenen Feind aus den Augen zu verlieren scheint und plötzlich gar nichts mehr dabei findet mit Lummer [CDU], Vogel [SPD] und Konsorten inhaltsleere Floskeln zu dreschen. Einer wirksamen Solidarität

30 Beispiele: Lukas Beckmann, Kreisrundbrief Nr. 1/82, Bonn, 4.1.1982, AGG, A Kelly, Sign. 2593; Wilhelm Knabe, Antrag an den Bundeshauptausschuss zu TOP 4 «Richtlinien für die Bündnispolitik und Solidarität mit Solidarność», Bielefeld, 13.2.1982, AGG, A Knabe, Sign. 44; Die Grünen, Kreisverband Dortmund, Solidarität mit Solidarność, Erklärung zur aktuellen Lage in Polen, Dienstag, den 15.12.1981, AGG, B.I.1, Sign. 1120; Die Grünen SÜW an die Bundesgeschäftsstelle Die Grünen, 29.1.1982, AGG, A Kelly, Sign. 2593; Longolius kritisiert die Polen-Spende der AL-Fraktion, in: *taz*, 31.12.1982; Schneider, Polen. Zerreißprobe, S. 23.

31 Ebd., S. 23-25; Ascheberg, Selbstaufgabe, S. 41; Stamm, Linke Machtphantasien, S. 42.

32 Fücks, Die Militärdiktatur, S. 10-13; Gukelberger/Wolf, Polen-Solidarität, S. 19-21; Schneider, Polen. Zerreißprobe, S. 23-25; Rudolf Bahro, Wer interveniert für Polen? AGG, A Bahro, Sign. 24.

33 Lukas Beckmann, Die Grünen, An alle Kreisverbände, Bonn, 27. 1.1982, AGG, A Knabe, Sign. 44; Die Grünen, Amerikanische Polen-Show eine zum Himmel schreiende Heuchelei, Bonn, 29. 1.1982, AGG, A Kelly, Sign. 3480; Stamm, Linke Machtphantasien, S. 41-44; Gukelberger/Wolf, Polen-Solidarität, S. 19-21.

34 Aufruf für eine zentrale Demonstration und Kundgebung am 28. 2.1981 in Köln, AGG, A Kelly, Sign. 2593. Siehe auch: Entschließung der Alternativen Liste Berlin zu der politischen Entwicklung in Polen und Konsequenzen für uns, verabschiedet auf der Mitgliederversammlung am 12.2.1982, AGG, A Kelly, Sign. 3480; Fücks, Polen und die Linke, S. 26-27.

mit der polnischen Volksbewegung tun solche Manöver durch den Arsch der Herrschenden überhaupt keinen Gefallen.»³⁵

Die Ereignisse vom 13. Dezember 1981 stellten auch eine Bedrohung für die Zusammenarbeit zwischen Grünen und Kommunisten in der Friedensbewegung dar. Die Krefelder-Aktivist:innen riefen dazu auf, «vermeidbare» Konflikte zu verhindern, um die Friedensbewegung nicht zu schwächen. Die END-Fraktion war jedoch nicht bereit, ihre Meinungsverschiedenheiten mit den Kommunisten, die den Staatsstreich guthießen, unter den Tisch fallen zu lassen.³⁶ Sie hielt den Kommunisten vor: Wenn Niederländer und Griechen im Westen ausscheren durften, durften die Polen dies auch im Osten.³⁷ Kritik, die sich nur auf einen der beiden Blöcke beschränkte, hielt sie nicht für glaubwürdig:

«[D]erjenige, der die polnische Militärjunta unterstützt und freie Gewerkschaften und demokratische Rechte nur fordert, wenn sie dem Gegner USA und ihren Verbündeten schaden, [hat] kein legitimes Recht (...), gegen die chilenische, el salvadorische oder südafrikanische Unterdrückung zu protestieren.»³⁸

Im Vorfeld der Anti-NATO-Demonstration am 10. Juni 1982 beschwerte sich die END-Fraktion darüber, dass im vorgesehenen Demonstrationsaufruf nur milde und defensiv auf die Ereignisse in Polen und Afghanistan hingewiesen wurde. Beckmann und Kelly warfen ihren kommunistischen Mitstreitern vor, dass sie den Text so formuliert hätten, dass dieser sogar für Jaruzelski und Breschnew akzeptabel wäre. Sie bezeichneten es als «geradezu skandalös», dass die unabhängigen Friedensaktivisten in Osteuropa nicht erwähnt wurden.³⁹

Den Grünen wurde hingegen vorgeworfen, dass sie die Friedensbewegung spalten wollten. Einige Kritiker wiesen darauf hin, dass in der Parteibasis der Grünen ganz andere Ansichten zu finden seien.⁴⁰ Allerdings hatte die END-Fraktion in diesen Jahren noch die Mehrheit der Partei auf ihrer Seite. Alle regionalen Abteilungen,

35 Schneider, Polen. Zerreißprobe, S. 23-25.

36 Kelly, Reagan als Schirmherr, S. 152-155; Dirk Cornelsen, Die Grünen setzen sich von der DKP ab, in: *Frankfurter Rundschau*, 22.12.1981, S. 4. Siehe zudem die Protokolle der BHA-Sitzung, 13./14.2.1982, in: AGG, A Kelly, Sign. 2557.

37 Wolfgang Schenk, Doppelmoral, in: Peter Huth/Beate Seel/Klaus Wolschner (Hg.), Polen. «Euch den Winter, uns den Frühling», Berlin 1982, S. 129-130.

38 Entwurf für eine Stellungnahme zum Militärputsch in Polen, AGG, A Knabe, Sign. 44, S. 6.

39 Die Grünen, Pressemitteilung, Bonn, 27. 4.1982, AGG, A Kelly, Sign. 983; im Wortlaut: Ideologischer Ballast der DKP, in: *Frankfurter Rundschau*, 20.4.1982, S. 4; Wilhelm Knabe, Um Glaubwürdigkeit und Perspektive der Friedensbewegung. Beitrag zur BHA-Sitzung am 4.4.1982 in Bonn, RHG (Robert Havemann Gesellschaft), RJ Sign. 19.

40 Schreiben von Helga Weber-Zucht an Josef Leinen, 12.4.1982, AGG, A Kelly, Sign. 983; Graswurzelwerkstatt, Presseerklärung, Kassel, 8. 4.1982, AGG, A Kelly, Sign. 983.

abgesehen von der Hochburg der «Krefelder» in Hamburg, teilten die Einwände gegen den Aufruf.⁴¹

Die Grünen unterschrieben diesen schließlich unter der Bedingung, dass ein Vertreter der ostdeutschen Friedensbewegung auf der Demonstration sprechen durfte. Zudem fügten sie eine eigene Präambel hinzu, die aussagekräftige Passagen über Polen, Afghanistan und die Solidarität mit den «natürlichen Verbündeten» in Osteuropa enthielt.⁴² Verschiedene Historiker sehen in diesem Konflikt ein Schlüsselereignis in der Entwicklungsgeschichte der Partei. «Das war eine Gratwanderung», konstatierte auch Beckmann rückblickend.⁴³

Kontakt zu osteuropäischen Regimen? Ostdeutsche Kontroversen

Mit dem Einzug in den Bundestag im Jahr 1983 stellte sich die Frage, wie die Partei mit den osteuropäischen Machthabern umgehen soll. Der offizielle Ost-West-Dialog der Grünen begann jenseits aller Konventionen. Im Mai 1983 entrollten die frischgebackenen Bundestagsmitglieder Petra Kelly, Gerd Bastian, Roland Vogt, Gabi Potthast und Bundesgeschäftsführer Lukas Beckmann zwei Transparente auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz. Kurz darauf wurden sie verhaftet und über die Grenze abgeschoben, aber nicht ohne vorher eine Erklärung im Büro Erich Honeckers abgegeben zu haben.⁴⁴

Diese Aktion führte zu heftigen Diskussionen innerhalb der Partei. Heftige Kritik hagelte es vor allem von Seiten der «Krefelder» Hochburgen in Hamburg und West-Berlin.⁴⁵ Ihre Angst, dass die Beziehungen zu Osteuropa einen Schaden erleiden könnten, schien jedoch unbegründet. Einen Tag nach der Aktion erhielten die Teilnehmer einen Brief von Honecker. Das war der Startschuss für erste Gespräche zwischen den Grünen und einer osteuropäischen Regierung über Frieden und Friedensaktivismus.⁴⁶ Am 31. Oktober 1983 fand ein Treffen mit Honecker statt, bei dem

41 Lukas Beckmann, Eilt! Eilt! Bitte umgehend Antwortbogen ausgefüllt zurücksenden, Bonn, 19.4.1982, AGG, A Kelly, Sign. 983; siehe zudem die verschiedenen Unterstützungsbekundungen, in: AGG, A Kelly, Sign. 983 und «Die DKP ist ein Fremdkörper», in: *Der Spiegel*, 1982, Heft 15, S. 36.

42 Aufstehen für den Frieden. Internationale Demonstration anlässlich des NATO-Gipfels am 10. Juni in Bonn, Präambel, AGG, A Kelly, Sign. 983; Die Grünen, An die Mitglieder des Bundesvorstandes, 30.4.1982, AGG, A Kelly, Sign. 983.

43 Vgl. Interview mit Lukas Beckmann, geführt von Christie Miedema, 9.3.2012, Berlin; Dormann, Die Grünen, S. 159-161; Van Hüllen, Ideologie und Machtkampf, S. 400; Baron, Kalter Krieg, S. 176-177.

44 Baron, Kalter Krieg, S. 186.

45 Siehe zur auf die Aktion folgenden Pressekonferenz und zu den kritischen Reaktionen: AGG, A Kelly 74; siehe zudem: Koordinierungsausschuß der GAL Hamburg an: Petra Kelly, Gert Bastian, Gabi Potthast, Lukas Beckmann, Roland Vogt und die GRÜNEN, in: MOZ, 3 (1983), Heft 6-7, S. 18; Uwe Klußmann, Himmelfahrt... Ein Kommentar zur Aktion von Petra Kelly, Gert Bastian u.a. in Berlin/DDR, in: Ebd., S. 23.

46 Erich Honecker, Werte Frau Kelly!, Berlin, 13.5.1983, AGG, A Kelly, Sign. 74; Gert Bastian/Lukas Beckmann/Milan Horáček/Petra K. Kelly/Gabi Potthast/Roland Vogt an Herrn Honecker, Bonn, 19.5.1983, AGG, A Kelly, Sign. 74.

– nach einigem Widerwillen – auch die Alexanderplatz-Aktivisten Bastian, Beckmann und Kelly, die provokativ ein Schwerter zu Pflugscharen-T-Shirt trug, herzlich empfangen wurden.⁴⁷

Die Stimmung schlug allerdings doch noch um, als Politiker der Grünen am 4. November 1983 versuchten, an der Übergabe einer Petition der ostdeutschen Opposition teilzunehmen. Demonstranten wurden verhaftet und die Grünen, die sie unterstützen wollten, an der Grenze abgewiesen.⁴⁸ Diese Niederlage der END-Fraktion führte wiederum zu scharfer Kritik aus den Reihen der Krefelder Fraktion und des Partei-Mainstreams. Sie meinten, dass die Opposition durch die Aktionen bevormundet beziehungsweise zu sehr angestachelt worden wäre.⁴⁹ Die ostdeutsche unabhängige Friedensaktivistin Bärbel Bohley widersprach dem: «Ihr habt uns nicht verführt, im Gegenteil, Ihr habt viel Ermutigung mitgebracht.»⁵⁰

Die Krefelder Fraktion saß dennoch am längeren Hebel. Die Aktionen auf dem Alexanderplatz und auf dem Roten Platz, die ebenfalls 1983 stattfanden, erwiesen sich als ein letztes Aufbäumen der END-Fraktion und ihrer Ziele innerhalb der Partei. 1980, als die Partei beide Appelle unterzeichnete, war die Verbindung zwischen Frieden und Menschenrechten noch sichtbar im Wahlprogramm und im Friedensmanifest verankert. Im Vorfeld des Nachrüstungsbeschlusses von 1983 wuchs jedoch in Teilen der Partei die Bereitschaft, sich dem von den Kommunisten in der Friedensbewegung abgerungenen «Grundkonsens» anzupassen. Im Vordergrund stand dabei die Abrüstung im Westen, während Menschenrechte und Abrüstung in Osteuropa immer mehr in den Hintergrund rückten. Im Wahlprogramm von 1983, mit dem die Partei in den Bundestag gewählt wurde, fehlte jeglicher Hinweis auf die Menschenrechte. Nach dem Einzug in den Bundestag und dem Nachrüstungsbeschluss geriet der radikale Aktivismus der END-Fraktion weiter unter Druck. Während sich die Partei etablierte, traten im Umgang mit der DDR Diplomatie und Entspannung an die Stelle öffentlicher Proteste.⁵¹ Es folgte eine Periode mit wenigen, staatskonformen Kontakten zu den Machthabern, die von END-Aktivisten als «krampfhaft, realpolitisch-dilettantisch

47 Baron, Kalter Krieg, S. 187-188.

48 Ebd., S. 188-189.

49 Wick, Die Mauer, S. 76, 80-81, 87-88, 159-161; siehe zur Kritik u.a. von Schneider und Antje Vollmer: Die Grünen, Dokumentation Deutschlandpolitik 1983-1987 der «Grünen im Bundestag»: eine Materialzusammenstellung zur Entwicklung GRÜNER Deutschlandpolitik und zur Rolle von Dirk Schneider (MdB 1983-85), Bornheim 1992, AGG, Bibl. Pol 509-9/1.

50 Bärbel Bohley, Lieber Lukas, Berlin, 3.12.83, RHG, BBo, Sign. 063.

51 Milan Horáček, Elisabeth Weber, Diskussionsvorlage für die AFI-Diskussion am 14.10.1985, AGG, A Kelly, Sign. 460; Defending values, text of Petra K. Kelly, MdB at the END convention, Amsterdam, 5 July 1985 on East/West Confrontation, AGG, A Kelly, Sign. 1050; Baron, Kalter Krieg, S. 153, 169-172, 178-182, 248-249, 252-254; Michael Ploetz, Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor. Von der Nachrüstung zum Mauerfall, Berlin, München 2000, S. 163-164, 178, 192-200; vgl. die Wahlprogramme der Grünen von 1980 (Ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei) und von 1983 (Diesmal DIE GRÜNEN-warum?).

und opportunistisch» bezeichnet wurden.⁵² Hubertus Knabe glaubt, dass der damalige deutschlandpolitische Sprecher der Partei, Schneider (1983 bis 1985), bei dieser Kehrtwende eine wichtige Rolle spielte. Auch wenn Schneiders Einfluss groß war, würde es doch zu weit gehen, diese Kursänderung allein an einem IM festzumachen.⁵³ Erst ab 1987 machte die END-Fraktion wieder Boden gut und die Menschenrechte kehrten als Thema in die Wahlprogramme zurück.⁵⁴

END-Politiker spielten bei diesen offiziellen Kontakten zur DDR kaum eine Rolle, was unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass viele von ihnen ab 1983 nicht mehr nach Ostdeutschland einreisen durften. Das lag nicht nur an den Aktionen der END-Fraktion. Seit dem Nachrüstungsbeschluss im November 1983 stellten die Grünen keine potentiellen Verbündeten beim Verhindern amerikanischer Atomwaffen mehr dar, sondern waren nur noch ein lästiges Vorbild für die ostdeutsche Opposition. Laut der Krefelder Fraktion waren die END-Aktivisten sehr wohl selbst schuld an diesen Einreiseverboten. Ihrer Ansicht nach ließen sich die Wogen nur mit Hilfe eines vorsichtigen Dialogs mit den Machthabern wieder glätten:⁵⁵

«Ist es nicht zumindest naiv sich über Einreiseverbote zu empören, wenn AL und Teile der Grünen öffentlich erklären, ihre politischen Freunde und Hauptansprechpartner seien Staatsbürger der DDR und anderer osteuropäischer Länder, die sich dort über staatliche Verbote und Beschränkungen hinwegsetzen oder hinwegsetzen sollen?»⁵⁶

-
- 52 Bericht über die Delegationsreise der Grünen Frauen im Bundestag in die DDR vom 21.-25.1.1985, in: Kaiser, Dokumentation Deutschlandpolitik; Bericht über die Delegationsreise der GRÜNEN im Bundestag in die DDR vom 1.-5. 9.86, in: Ebd.; Wolfgang Schenk, Grüne Pleite in der DDR, in: *Kommune*, 4 (1986), Heft 10, S. 13; Baron, Kalter Krieg, S.190, 193, 195-197; Wick, Die Mauer, S. 129-130, 171-174, 190-191, 213-215, 294-295.
- 53 Hubertus Knabe, Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, Berlin 2000, S. 73-75. Im Gegensatz zu Knabe konstatieren sowohl Stefan Wolle als auch Carlo Jordan kurz nach 1989, dass die Grünen sicherlich ein wichtiges Ziel für Beeinflussungsversuche gewesen sind, aber dass das MfS nur schwer die Transparenz und Unkonventionalität der Partei in den Griff bekommen konnte. Siehe dazu: Carlo Jordan/Armin Mitter/Stefan Wolle, Die Grünen der Bundesrepublik in der politischen Strategie der SED-Führung. Zwischenbericht, Stand 9.3.1994, Berlin 1994, AGG, Bibl. Grün 139-6; Baron, Kalter Krieg, S. 4, 195, 200-201, 212-213, 267; Ploetz, Wie die Sowjetunion, S. 157, 171; Wick, Die Mauer, S. 12, 26-27, 145-146, 299.
- 54 Wick, Die Mauer, S. 130, 167, 187-192, 207, 228, 241-242; vgl. zudem die Wahlprogramme von 1987 (Farbe bekennen) und 1990 (Das Programm zur 1. gesamtdeutschen Wahl).
- 55 Baron, Kalter Krieg, S. 191-193, 214, 266-267; Wick, Die Mauer, S. 80-81, 162-165; Rebekka Schmidt, Zur Entwicklung unseres Verhältnisses zur DDR, 6.1.84, in: Die Grünen, Dokumentation Deutschlandpolitik, 1992.
- 56 Klaus Croissant u.a., Zur Verknüpfung von Friedens- und Menschenrechtsfrage, in: *Kommune*, 4 (1986), Heft 5, S. 82-84; Dirk Schneider, An Petra, Marie-Luise, Gerd, Otto, Roland, Bonn, 7.1.84, AGG, A Kelly, Sign. 350; Dirk Schneider, Einige Bemerkungen zur «Vorlage für die Fraktion» zur Deutschlandpolitik, 30.10.1983, RHG, RR, Sign. 08.

Kommunistische Diktatoren oder Kriegsoffer? Kontakt zu den polnischen Machthabern

Die Krefelder Fraktion interessierte sich sehr für die DDR, aber nur wenig für die Länder, die weiter im Osten lagen. Dadurch konnte die END-Fraktion hier mehr oder weniger ungehindert die Modalitäten für politische Besuche festlegen. Die Partei sollte ihre Delegation frei auswählen dürfen und ein Programm erstellen können, das ihr sowohl eine Kontaktaufnahme mit den Machthabern als auch mit der Opposition ermöglichte. Denn ihrer Meinung nach würde «die Amputation eines dieser beiden Standbeine (...) Unglaubwürdigkeit oder/und Bedeutungslosigkeit zur Folge haben».⁵⁷ Diese Forderungen führten zu langwierigen Verhandlungen mit Botschaften und zum Platzen von bereits geplanten Reisen nach Osteuropa.⁵⁸

Im Falle Polens änderte sich das 1985. Polen war für die meisten Grünen nämlich nicht nur «ein Ostblockland», sondern vor allem auch das Hauptopfer des Zweiten Weltkrieges. Sie wollten diesem «Opferland» gegenüber Verantwortungsgefühl und Schuldbewusstsein demonstrieren. Die Partei versuchte sich dabei deutlich von der CDU/FDP-Regierung abzugrenzen, indem sie für die Anerkennung der polnischen Westgrenze und für die Individualentschädigung von Zwangsarbeitern plädierte. Zudem verwendete sie polnische Namen für polnische Städte. Diese Fokussierung auf Polen als «Opferland» hatte den positiven Nebeneffekt, dass nicht Warschau, sondern Bonn zur Zielscheibe der Kritik wurde.⁵⁹ Als im Gedenkjahr 1985 eine beträchtliche Anzahl an grünen Mainstream-Politikern, die zwar kaum ein Interesse an Osteuropa, aber dafür an Versöhnung hatten, nach Auschwitz reisen wollte, ließ sie sich durch die Forderungen der END-Aktivisten nicht davon abhalten. Vielmehr erklärten sich die Organisatoren aufgrund des «innenpolitischen» Charakters der Reise dazu bereit, keinen Kontakt zu Solidarność aufzunehmen. Auch als bei einigen Teilnehmern Visa-probleme aufkamen, wurde darum kein großes Aufheben gemacht.⁶⁰

57 Wilhelm Knabe, Thesen zur deutsch-deutschen Politik der Grünen im Lichte neuer Entwicklungen, RHG, BBo, Sign. 118; siehe auch: Arbeitskreis VIII/IX Abrüstung – Frieden – Internationales, AGG, B.II.1, Sign. 1617.

58 Helmut Lippelt, Bericht über meine Warschau-Reise 8.-12.5.1987, 19.5.1987, AGG, B.II.1, Sign. 1644; Milan Horáček, An den Fraktionsvorstand und AK VIII/IX, 3.6.1988, AGG, A Kelly, Sign. 1514.

59 Volmer, Die Grünen und die Außenpolitik, 1998, S. 275; «Grundsatzdokument der Grünen: <Die Grünen und der deutsch-polnische Dialog> September 1987», in: Hans-Adolf Jacobsen/Mieczysław Tomala (Hg.), Bonn Warschau 1945-1991. Die deutsch-polnischen Beziehungen. Analyse und Dokumentation, Köln 1992, S. 418-423; Elisabeth Weber, «Dialog polsko-niemiecki», in: *Kultura*, 1988, Nr. 1/487, S. 53; Ein paar Beispiele für die Haltung der Grünen bezüglich Polens finden sich hier: Die Grünen, Pressemitteilung, 336/88, AGG, B.II.3, Sign. 1030; Die Grünen, Pressemitteilung 798/85, Pressemitteilung 229/86, AGG, B.I.1, Sign. 1120; Die Grünen, Pressemitteilung, 15/88, AGG, A Kelly, Sign. 1514; Informationen zur Fahrt nach Oświęcim (Auschwitz) vom 7.-9.5.1985, AGG, B.II.3, Sign. 1068; siehe auch: AGG, B.II.1, Sign. 2080.

60 Fraktionssitzung 13.5.1985, in: Josef Boyer/Helge Heidemeyer (Hg.), Die Grünen im Bundestag. Sitzungsprotokolle 1983-1987, Düsseldorf 2008, S. 775; Gemeinsame Sitzung Bundesvorstand – Fraktionsvorstand 4.2.85 HT 10, in: Ebd., S. 710-712; siehe zudem: AGG, B.II.3, Sign. 1068.

Diese krampfhafteste Unterscheidung zwischen einer politischen, «außenpolitischen» Delegation und einer unpolitischen, «innenpolitischen» Versöhnungsreise ließ sich nur schwer aufrechterhalten. Der Parlamentarier Horáček und seine Mitarbeiterin Weber schlugen Alarm, als sie zwischen den Vorbereitungstexten polnische Propagandamaterial fanden. «Unsere Reise ist keine Reise zu Solidarność. Das ist klar. Es sollte aber auch klar sein, daß es keine Reise zur Unterstützung von Jaruzelski ist», schrieb Horáček. Zum Ausgleich stellten sie Texte der polnischen Opposition zur Verfügung und boten an, bei denjenigen zu vermitteln, die doch Kontakt zur Opposition herstellen wollten. Versöhnung und Politik ließen sich Webers Ansicht nach nicht trennen:

«Lernen aus der Geschichte [heißt] für mich, daß ich mich nicht einfach stillschweigend an die Anweisung einer Regierung halten will, die [Adam] Michnik im Gefängnis hält und [Jacek] Kuroń gerade zu drei Monaten Gefängnis verurteilt hat.»⁶¹

Die obrigkeitstreue Versöhnungsreise beeinflusste auch die laufenden Verhandlungen mit der polnischen Botschaft über den Besuch einer politischen Delegation. Die polnische Botschaft stellte die Partei auf die Probe, indem sie einem Delegationsbesuch Ende Mai 1985 zustimmte und ihr kurz vor der Abreise verbot, Kontakt zur Opposition aufzunehmen. Dieses Mal blieb der Parteivorstand jedoch standhaft und sagte die Reise ab. Bedingungen, die bei einer Versöhnungsreise akzeptabel gewesen waren, galten bei einem politischen Besuch als unvereinbar mit dem Charakter der Grünen.⁶²

Erst 1988 reiste dann doch eine offizielle «Arbeitsdelegation» nach Polen, die auch Kontakt zu Solidarność aufnehmen durfte. Diese «politische» Reise hatte einen deutlich kritischeren Charakter als die Versöhnungsreise drei Jahre zuvor, aber auch dieses Mal spielte die Versöhnungspolitik der Grünen eine wichtige Rolle.⁶³

Wie künstlich die Unterscheidung zwischen «Opferland» und «Ostblockstaat» war, zeigte sich erneut während des nächsten Polenbesuchs im Jahr 1989. Die Delegation reiste nach Polen, um des Beginns des Zweiten Weltkrieges zu gedenken. Dabei nahm sie jedoch auch an einer Gedenkveranstaltung von Solidarność teil. Während dieser Reise forderten die Grünen von der Bundesregierung sowohl eine Entschädigung für

61 Milan Horáček, Liebe Freundinnen und Freunde aus der Grünen Fraktion, Bonn, 2.5.1985, AGG, B.II.3, Sign. 1068; Elisabeth Weber, Lieber Uli, ebd.; Elisabeth Weber, Lieber Milan, lieber Uli, ebd.; Elisabeth Weber, Liebe Hannegret, liebe Sabine, lieber Christian, 03.05.1985, ebd.; Elisabeth Weber, Liebe Freunde, Bonn, 02.05.1985, ebd.

62 Lukas Beckmann, Hannegret Hönes, Annemarie Borgmann, An die Botschaft der Volksrepublik Polen, 30.5.1985, AGG, B.II.1, Sign. 1645.

63 Milan Horáček, Entwurf, Bericht über die Delegationsreise der GRÜNEN nach Polen vom 11.-16.9.1988, AGG, B.II.1, Sign. 1645; «Grüne kritisieren in Warschau Bonns Politik», in: FAZ, 17.9.1988.

Zwangsarbeiter als auch Unterstützung für die Demokratiebewegung.⁶⁴ So vermischen sich die beiden Themen endgültig miteinander.

Da die Krefelder Fraktion kein Interesse an Polen zeigte, hatten die END-Aktivistinnen hier mehr Freiräume, als es bei der DDR der Fall war. Aufgrund des Interesses des Partei-Mainstreams an Versöhnung waren die Handlungsspielräume jedoch auch hier nicht grenzenlos.

Dialog, Meinungsverschiedenheiten und Missverständnisse mit der polnischen Opposition

Noch mehr als den offiziellen politischen Dialog prägte die END-Fraktion die Kontakte zu unabhängigen Bewegungen hinter dem Eisernen Vorhang. Diese durchaus umstrittenen Aktivitäten gingen nur von einer kleinen Minderheit innerhalb der Partei aus und wurden für gewöhnlich nicht im größeren Rahmen kommuniziert oder koordiniert. Dennoch gelang es den Akteuren, ein gut funktionierendes Kontakt Netzwerk zu Oppositionellen in Osteuropa aufzubauen und diese zu unterstützen. Die ersten und innigsten Kontakte entwickelten sich zu Aktivisten in der DDR und dank Horáček auch zur Opposition in der Tschechoslowakei.⁶⁵

In Polen gestaltete sich die Kontaktaufnahme schwieriger. Viele Grüne sahen im Kampf der Solidarność-Bewegung von vornherein eine Fortsetzung des eigenen Kampfes als Friedensbewegung. «Die Ökologie- und Friedensbewegung in unserem Lande ist Fleisch vom gleichen Fleisch wie ‚Solidarność‘. Wir (...) haben es zu tun auf der einen Seite und auf der anderen Seite der Blockgrenze mit gegnerischen Kräften des gleichen Typs», sagte 1982 beispielsweise der aus der DDR stammende Grüne-Politiker Bahro.⁶⁶ Auch neigten viele Grüne dazu, mit dem eigenen System genauso kritisch umzugehen wie mit dem im Osten, und beide mehr oder weniger gleichzusetzen. So meinte Bahro 1981: «Wir rechnen uns ebenso wenig zur NATO, wie sich die Polen zum Warschauer Pakt rechnen. Wir wollen ebenso wenig US-amerikanisch kontrolliert und zu Tode beschützt werden wie die Polen sowjetisch.»⁶⁷ Bahro und Kelly warnten sogar davor, dass auch die Friedensbewegung in der Bundesrepublik mit einem ausgerufenen Notstand und Militäruniformen konfrontiert

⁶⁴ Günter Saathoff, 23.8.1989, Delegationsreise nach Polen 30.8.-5.9.1989, AGG, B.II.3, Sign. 1066; «Die Grünen stellen Kohl in Warschau an den Pranger», in: *FAZ*, 6.9.1989.

⁶⁵ Siehe zu diesen engen Kontakten u.a.: AGG, B.II.3, Sign. 1127; AGG, A Kelly, Sign. 2244, AGG, A Kelly, Sign. 332; RHG, OWK, Sign. 01; RHG, BBo, Sign. 063; Reinhard Weißhuhn, Der Einfluss der bundesdeutschen Parteien auf die Entwicklung widerständigen Verhaltens in der DDR der achtziger Jahre, in: Materialien der Enquete-Kommission Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Baden-Baden 1995, Band VII,2, 1853-1949.

⁶⁶ Rudolf Bahro auf der Kundgebung «Solidarität mit Solidarność» am 30.1.1982, AGG, A Bahro, Sign. 24; Kamila Chylińska, O zielonych – nie na czarny ani biało, in: *Kultura*, 1985, Nr. 5/425, S. 83-94.

⁶⁷ Silke Mende, «Nicht rechts, nicht links, sondern vorn». Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011, S. 350-351.

"WOLNOŚĆ I POKÓJ"



"FREEDOM AND PEACE"

"FREIHEIT UND FRIEDEN"

"LIBERTÉ ET PAIX"

"VRIJHEID EN VREDE"

werden könnte.⁶⁸ Die polnische Opposition sah hingegen kaum Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Bewegungen, zumal sie die Ziele der Friedensbewegung zu sehr an Sowjetpropaganda erinnerten. Ihrer Meinung nach ließen sich der Westen und seine Demokratie nicht mit dem eigenen verhassten System vergleichen.⁶⁹ Da die Ansichten der Grünen bei ostdeutschen Aktivisten – wie es auch Bahros Äußerungen verdeutlichen – häufig auf fruchtbaren Boden fielen, existierte die unrealistische Erwartung, dass man auch im Falle der polnischen Opposition leicht auf einen gemeinsamen Nenner kommen könnte.

Diese Erwartung erfüllte sich nicht. Die Suche nach Partnern im Friedenskampf führte jenseits der Oder häufig zu Enttäuschungen. Die Regierungsorganisationen, die sich tatsächlich für das Thema Frieden interessierten, blieben in ihrem «Blockdenken» verhaftet und die Opposition interessierte sich nur für das Thema Menschenrechte.⁷⁰ In Polen schlug der Partei zudem viel Misstrauen entgegen. «Das war gar keine Frage, die waren alle von Moskau gekauft, die Grünen», erinnert sich die spätere Emigrantin Ewa Maria Slaska an die Stimmung in der polnischen Opposition.⁷¹ 1983 stellte die Partei in einem Briefentwurf an Lech Wałęsa enttäuscht fest:

«Soweit einzelne von uns die Gelegenheit hatten, mit Mitgliedern der Solidarność in Polen selbst zu reden, wurden sie oft mißverstanden und für weltfremde Idealisten ohne Blick für die wirkliche Lage im «real existierenden Sozialismus» gehalten.»⁷²

1984 entschieden sich Horáček und Weber zu einer systematischeren Annäherung an die polnische Opposition. Dabei nahmen sie sich auf Rat von Christian Semler auch vor, die Meinungsverschiedenheiten unvoreingenommen und mit langem Atem aus der Welt zu schaffen. Weber wollte verhindern, dass sie für deutsche «Missionare» gehalten werden, die anderen ihre Ideen aufzwingen wollten.⁷³

Die Chancen, dauerhafte Kontakte zur polnischen Opposition aufzubauen, verbesserten sich ab 1985. Damals wurde die erste unabhängige polnische

68 Kelly, Reagan als Schirmherr, S. 152-155; Petra K. Kelly, Polenkrise und Friedensbewegung, 21.1.1982, AGG, A Kelly, Sign. 3480; Rudolf Bahro auf der Kundgebung «Solidarität mit Solidarność», 30.1.1982, AGG, A Bahro, Sign. 24.

69 Idesbald Goddeeris/Małgorzata Świder, Peace or Solidarity? Poland, the Euromissile Crisis, and the 1980s Peace Movement, in: Frédéric Bozo/Marie-Pierre Rey/Bernd Rother (Hg.), The Euro-missiles Crisis and the End of the Cold War, Stanford 2015, S. 291-309.

70 Elisabeth Weber, Ost-West-Dialog von unten. BürgerInnen machen Außenpolitik, in: Jahrbuch Frieden 1990. Ereignisse, Entwicklungen, Analysen, München 1989, S. 191.

71 Interview mit Ewa Maria Slaska, geführt von Christie Miedema, 7.3.2012, Berlin.

72 Die Grünen im Bundestag, Entwurf eines Briefes an Lech Wałęsa, Bonn, 17.11.1983, AGG, B.II.1, Sign. 1643.

73 Christian Semler zur geplanten Reise einer grünen Delegation in die VR Polen, in: Milan Horáček/Elisabeth Weber, Vorlage an den AFI zur Diskussion über die Osteuropareise, 28.2.1984, AGG, B.II.1, Sign. 5175; Elisabeth Weber, Thesen zum Verhältnis der Grünen zur demokratischen Opposition in Osteuropa, 19.1.1986, AGG, A Kelly, Sign. 460; Elisabeth Weber/Frieder Wolf, Bericht an den AFI über eine Reise nach Polen im April 1986, 3.5.1986, AGG, B.II.3, Sign. 1066.

Friedensgruppe «Freiheit und Frieden» (Wolność i Pokój, WiP) gegründet. Im Gegensatz zu Solidarność hatte diese großes Interesse an einem Austausch mit den westlichen Friedensbewegungen. Im Januar 1986 kam ein erstes Treffen zwischen Weber und WiP-Gründungsmitglied Piotr Niemczyk zustande.⁷⁴ Drei Monate später reisten Weber und Kellys Mitarbeiter Frieder Wolf mit einem Touristenvisum nach Polen. Niemczyk saß damals bereits wegen seiner West-Kontakte hinter Gittern, aber Weber war es gelungen, den Kontakt zur Friedensgruppe aufrechtzuerhalten. Die westdeutschen Besucher diskutierten mehrere Tage und Nächte rege mit den Mitgliedern von WiP und stellten zudem Kontakt zu Solidarność-Vertretern und anderen Oppositionellen her. Auch wenn sich WiP und Grüne bei vielen Themen nicht einig waren, herrschte doch genügend gegenseitiges Vertrauen und Übereinstimmung, um eine gemeinsame Erklärung zu verfassen.⁷⁵

Ab 1986 reisten Mitglieder der Grünen regelmäßig nach Polen, insbesondere zur WiP.⁷⁶ Die meisten Reisen unternahm Weber, die ab 1986 mehrmals pro Jahr das Land besuchte. Durch Vermittlung des polnischen Oppositionellen Kazimierz Wóycicki und seiner Frau Irena, die einige Zeit in der Bundesrepublik lebten, kam sie ab 1987 mit immer wichtigeren Oppositionsmitgliedern wie Jacek Kuroń, Janusz Onyszkiewicz und Tadeusz Mazowiecki ins Gespräch.⁷⁷ Nach der Reise der offiziellen grünen «Arbeitsdelegation» im Jahr 1988 intensivierten sich auch die Kontakte zu Solidarność und anderen Oppositionsgruppen. Das Verhältnis zu diesen Gruppen wurde später fast genauso eng wie das zur WiP.⁷⁸

Während die END-Aktivisten, die an den Kontakten zur polnischen Opposition maßgeblich beteiligt waren, bereit waren, Verständnis für die anderen Ansichten in Polen aufzubringen, war dies bei der Krefelder Fraktion nicht der Fall: «Wenn Vertreter von Solidarność, die die imperialistische Politik der USA nicht kennen oder nicht wahrhaben wollen, solchen Bestrebungen ihre Hand leihen, werden wir ihnen dies

74 Radoslaw Huget von Ruch WiP (Wolnosc i Pokoj), Liebe Freunde, Krakau 17.12.1985, AGG, B.II.3, Sign. 1070; Elisabeth Weber, Bericht über ein Gespräch mit Piotr Niemczyk aus Warschau, am 25.1.1986, AGG, B.II.3, Sign. 1070.

75 Elisabeth Weber/Frieder Wolf, Bericht an den AFI über eine Reise nach Polen im April 1986, 3.5.1986, AGG, B.II.3, Sign. 1066; Gemeinsame Erklärung der Grünen und der Bewegung Freiheit und Frieden, AGG, B.II.3, Sign. 1070.

76 Siehe u.a.: Dietrich Wetzels, Von der polnischen Polizei verhinderte Rede am Grab von Otto Schimek in Machowa, AGG, B.II.3, Sign. 1107; Helmut Lippelt, Bericht über meine Warschau-Reise 8.-12.5.1987, 19.5.1987, AGG, B.II.1, Sign. 1644; Stefan Philipp, Bericht über meine Polen-Reise 10.-18.11.1987, Ende Dezember 1987, AGG, B.II.3, Sign. 1070.

77 Elisabeth Weber, Bericht über eine Polen-Reise im Oktober 1989, Köln, 25.10.1989, AGG, B.II.3, Sign. 1066; vgl. auch weitere Reiseberichte von Weber aus den Jahren 1987 und 1988, in: AGG, B.II.1, Sign. 1644 und 1645; Interview mit Elisabeth Weber und Frieder Wolf, geführt von Christie Miedema, 16.8.2011, Köln.

78 Helmut Lippelt, An AG Außenpolitik und AFI, 14.11.89, AGG, B.II.1, Sign. 1617; Milan Horáček, Entwurf. Bericht über die Delegationsreise der GRÜNEN nach Polen vom 11.-16.9.1988, AGG, B.II.1, Sign. 1645.

eben ganz deutlich sagen müssen.»⁷⁹ Verschiedene END-Aktivist*innen nahmen sich hingegen vor, «die Arbeiter- und Volksbewegung in Polen so [zu] akzeptieren, wie sie ist» und versuchten, ihre eigenen Ansichten in den osteuropäischen Kontext einzubetten:

«Daß ein ‹freiheitlicher› Kapitalismus und bürgerliche Demokratie, die für uns immer noch eine Form von Unterdrückung sind, für manchen Gewerkschafter in Polen erstrebenswerter ist, wenn er sie mit seiner eigenen Lage vergleicht, liegt auf der Hand und kann nicht dazu genutzt werden, eine ganze Volksbewegung als reaktionär oder konservativ abzustempeln. In einem Land, in dem die Herrschenden ihre Unterdrückung täglich mit marxistischen Phrasen begründen, kann man kaum erwarten, dass die Unterdrückten sich positiv auf den Marxismus beziehen.»⁸⁰

Allerdings erwiesen sich beim direkten Aufeinandertreffen mit der polnischen Opposition auch bei END-Aktivist*innen alte Reflexe als hartnäckig. Während ihres ersten Treffens mit WiP erkundigte sich Weber etwa nach den pazifistischen Motiven der Wehrdienstverweigerer in der Gruppe. Die meisten WiP-Mitglieder hatten den Wehrdienst jedoch aus antikommunistischen Gründen verweigert.⁸¹ Andere Grüne zeigten sich nach ihrer Rückkehr aus Polen schockiert über die tiefe Religiosität und die radikale Ablehnung der westlichen Friedensbewegung in der polnischen Opposition.⁸²

Den nach Polen reisenden Grünen fiel es anscheinend auch schwer, ihren Paternalismus zu Hause zu lassen. Sie wunderten sich über die Unwissenheit, die hinsichtlich mancher Themen in Polen herrschte. Zudem machten sie keinen Hehl aus ihrer Hoffnung, dass ihre polnischen Gesprächspartner auf die Dauer doch noch die Bedeutung der grünen Streitthemen erkennen und ihre Bewunderung für den Westen aufgeben würden. So konnten auch die guten Vorsätze nicht verhindern, dass sich verschiedene polnische Oppositionelle bevormundet fühlten. Die polnischen Gesprächspartner waren hingegen regelrecht schockiert darüber, wie wenig die Grünen ihre eigene Demokratie wertschätzten, und versuchten sie vom Wert des westlichen Demokratiesystems und von der Notwendigkeit, der Sowjetunion und ihren Anführern zu misstrauen, zu überzeugen. Diese anhaltende Unterstellung einer westlichen Naivität dem kommunistischen System gegenüber führte wiederum dazu,

79 Gukelberger/Wolf, «Polen-Solidarität», S. 19-21; siehe auch: Christian Schade, Die Grünen Rheinland-Pfalz, Kreisverband Ahrweiler, 13.1.1982, AGG, A Kelly, Sign. 3480; Stamm, «Nachrüstung», S. 11.

80 Solidarität mit Solidarność, Reader der Arbeitsgruppe Polen der Alternativen Liste Berlin aus Anlass der MV am 12.2.1982, AGG, Bibliothek, Pol 665 Pol 1, darin: Antrag von Jörg Bohmfalk u.a. an die außerordentliche Mitgliederversammlung der AL am 12.2.1982; Solidarität mit Solidarność, Warum? Stellungnahme der Grünen NRW zur Lage in Polen, AGG, A Knabe, Sign. 44.

81 Elisabeth Weber, Bericht über ein Gespräch mit Piotr Niemczyk aus Warschau, 25.1.1986, AGG, B.II.3, Sign. 1070.

82 Gerd Koenen, «Für unsere und für Eure Freiheit. In der polnischen Opposition werden die polnisch-deutschen Beziehungen diskutiert», in: *Kommune*, 3 (1985), Heft 9, S. 44-48; Christian Semler, «Friedensarbeit jenseits der Blöcke», in: *Kommune*, 5 (1987), Heft 6, S.19; Stefan Philipp, Bericht über meine Polen-Reise 10.-18.11.1987, Ende Dezember 1987, AGG, B.II.3, Sign. 1070.

dass einige Grüne ihrerseits die polnischen Gesprächspartner für besserwisserisch hielten.⁸³

Volmer fasst die Enttäuschung über den kühlen Empfang in Polen rückblickend anschaulich zusammen:

«Obwohl *GRÜNE* und *Solidarność* sich in ihrem oppositionellen Habitus ähnlich waren, lagen wegen der Richtung der Opposition und der Systeme, gegen die sie opponierten, Welten zwischen ihnen. (...) Den pazifistischen Positionen der *Grünen* wurden Appeasementpolitik und Naivität gegen Moskau vorgeworfen. Die ökologischen Positionen der Grünen wurden als Luxusprobleme eines reichen Landes abgewertet. Grüne Vorstellungen von Basisdemokratie wurden als Mißachtung von Rechtsstaat und parlamentarischer Demokratie eingeschätzt. Die feministischen Positionen hatten als Zerstörung der Familie, der einzigen Kraft gegen den totalitären Staat, gegolten.»⁸⁴

Durch den zunehmenden Austausch zwischen END-Aktivist*innen und WiP nahm das gegenseitige Verständnis im Laufe der 1980er Jahre jedoch langsam zu. Vor allem Weber gewann ab 1987 sehr gute Einblicke in die Art und den Ursprung der Meinungsverschiedenheiten, die zwischen linken Aktivist*innen aus dem Westen und der polnischen Opposition herrschten. 1988 veröffentlichte sie eine entsprechende Analyse in der polnischen Emigrantenzeitschrift *Kultura*. Infolgedessen wurde sie von der polnischen Opposition wohlwollender empfangen.⁸⁵ Auch die Tatsache, dass sich die END-Fraktion für verhaftete polnische Aktivist*innen einsetzte, verdeutlichte, dass diese «auf der guten Seite» stand. Zudem wuchs in der polnischen Opposition nach der Katastrophe von Tschernobyl das Verständnis für die Umweltaktivitäten der Grünen.⁸⁶

Die Grünen, die nach Polen reisten (zumeist END-Aktivist*innen), übernahmen immer mehr polnische Ideen und zeigten zunehmend Verständnis dafür, dass sich

83 Elisabeth Weber/Frieder Wolf, Bericht an den AFI über eine Reise nach Polen im April 1986, 3.5.1986, AGG, B.II.3, Sign. 1066; Interview mit Barbara Malak und Jan Minkiewicz, geführt von Christie Miedema, 6.1.2012, Amsterdam; Elisabeth Weber/Helmut Lippelt, Stellungnahme zum Vorschlag einer «European Assembly for Peace and Democracy», Bonn, Oktober 1988, AGG, B.II.3, Sign. 1030; Stefan Philipp, Bericht über meine Polen-Reise 10.-18.11.1987, Ende Dezember 1987, AGG, B.II.3, Sign. 1070; Leszek Budrewicz/Marek Krukowski/Tomasz Wacko und andere Freunde von der Bewegung «Freiheit und Frieden» aus Wrocław, Liebe Freunde!, 1.6.1987, AGG, B.II.3, Sign. 1107; Chylińska, O Zielonych, S. 83; Gied ten Berge/Wolfgang Müller, Confrontatie van onderop, in: Kernblad, März 1985, S. 6-7.

84 Volmer, Die Grünen und die Außenpolitik, S. 275.

85 «Grundsatzdokument der Grünen, 1987», S. 422-423; Weber, «Dialog polsko-niemiecki», S. 53-60; Interview mit Frieder Wolf und Elisabeth Weber, geführt von Christie Miedema, 16.8.2011; Elisabeth Weber, Bericht über eine Reise nach Warschau und Krakau im April 1987, Köln, 20.4.1987, AGG, B.II.1, Sign. 1644.

86 Ebd.

im Schatten einer anderen Supermacht andere Überzeugungen entwickelt hatten.⁸⁷ Weber, Wolf und andere betonten später, wie wichtig die «Küchengespräche» in Osteuropa gewesen waren, um zu akzeptieren, dass Menschenrechte eine Voraussetzung zur Erreichung wahren Friedens sind.⁸⁸ Weber und Lippelt schrieben 1987, dass die Grünen zwar nicht in allen Dingen mit Solidarność übereinstimmten, aber dass die Partei «von ihrem Nachdenken über die Aufgaben der zivilen Gesellschaft und über ein Leben in Wahrheit und Würde sehr viel gelernt» habe.⁸⁹ Die wichtigste Lehre für die westlichen Besucher war jedoch, dass sie mehr Wertschätzung für die Errungenschaften der westlichen Demokratie entwickeln mussten.⁹⁰

Nichtsdestotrotz hielten sich einige Meinungsunterschiede und Missverständnisse hartnäckig. «Die Grünen und die demokratische Opposition in Osteuropa streiten sich über Politik außerordentlich viel», sagte Weber 1988. Ende 1989 kam sie zu dem Ergebnis, «daß es uns nicht gelungen ist, «unsere» Themen breiter bei Solidarność zu verankern». Erschwerend hinzu kam, dass die thematischen Prioritäten der anderen Seite häufig der Propaganda der eigenen Supermacht entsprachen. Das Thema «Frieden» war in Osteuropa ideologisch genauso aufgeladen wie der Begriff «Freiheit» im Westen.⁹¹ Die Konfrontation mit der eigenen Blockgebundenheit war für Weber eine der wichtigsten Lehren, die sie aus den Auseinandersetzungen in Polen zog. Rückblickend beschrieb sie, wie der Dialog Menschen zusammenführte, «die in zwei verschiedenen Systemen aufgewachsen waren und plötzlich sehen mußten, wie sehr ihr Denken von Erfahrungen in den verschiedenen Systemen geprägt war».⁹²

Ein besonders hartnäckiges Beispiel dafür war das Unverständnis der Grünen darüber, dass sich die polnische Opposition für eine deutsche Wiedervereinigung einsetzte. Die Oppositionellen hielten diese für eine notwendige Voraussetzung zur Behebung der europäischen Teilung. Das stand im absoluten Widerspruch zu den Ideen der Grünen. Sie wollten ein föderales Europa, das einer möglichen Wiedervereinigung Deutschlands vorausgehen sollte oder diese überflüssig machen sollte. Ein wesentlicher Teil der END-Fraktion hielt den Nationalstaat für ein unzeitgemäßes Konzept, das von selbst aussterben würde. Die osteuropäischen Gesprächspartner ließen sich davon nicht überzeugen. Der Ansatzpunkt der polnischen Opposition, dass sich das deutsche Volk niemals mit der Teilung abfinden würde, stimmte wiederum

87 Gerd Greune (Hg.), Die Dialektik von Entspannung und individuellen wie kollektiven Menschenrechten in der zweiten Phase der Entspannungspolitik, Bonn 1988, S. 251; Elisabeth Weber, Thesen zum Verhältnis der Grünen zur demokratischen Opposition in Osteuropa, 19.1.1986, AGG, A Kelly, Sign. 460; Weber, Bündnis 90/Die Grünen und Osteuropa, S. 147, 152-153.

88 Interview Wolf/Weber; Weber, Bündnis 90/Die Grünen und Osteuropa, S. 153.

89 «Grundsatzdokument der Grünen 1987», S. 422.

90 Elisabeth Weber/Helmut Lippelt, Stellungnahme zum Vorschlag einer «European Assembly for Peace and Democracy», Bonn, Oktober 1988, AGG, B.II.3, Sign. 1030; Knabe, Westparteien, S. 1173; Interview Wolf/Weber; Weber, Dialog polsko-niemiecki, S. 59-60.

91 Greune (Hg.), Die Dialektik von Entspannung, S. 250; Elisabeth Weber, Bericht über eine Polenreise im Oktober 1989, Köln, 25.10.1989, AGG, B.II.3, Sign. 1066; Weber, Ost-West-Dialog, S. 189-197.

92 Weber, Ost-West-Dialog, S. 192.

nicht mit den Erfahrungen der Grünen überein. Parteimitglied Gerd Koenen schob diese Argumentation der polnischen Opposition als Denkfehler zur Seite:

«Sie sehen richtig, dass in der westdeutschen Entspannungspolitik und Friedensbewegung nationale Motive wirksam geworden sind, aber sie stellen sich dies alles zu sehr nach ihrem eigenen Bilde vor. Deutschland war von jeher teilbar und ist es heute erst recht. Nationale Interessen (...) können sich auch in über-nationalen Zusammenhängen geltend machen. Darin sind beide deutsche Staaten heute führend.»⁹³

Letztendlich stellte sich heraus, wie auch Frieder Wolf im Nachhinein konstatierte, dass Polen und Tschechen «näher an der Geschichte» dran gewesen waren als die Grünen. Auch Weber, die noch lange davon sprach, dass Nationalstaaten nicht mehr zeitgemäß wären, seufzte später: «Ach, hätten wir doch mehr auf die polnischen Ratschläge gehört».⁹⁴

Während es nach und nach weniger Meinungsunterschiede gab, nahmen die Kulturunterschiede zu. Anfang der 1980er Jahre ähnelten sich der Habitus der sich im Aufbau befindenden Partei und der polnischen Opposition noch weitestgehend. Je mehr sich die Grünen jedoch als Partei etablierten, umso weniger gelang es ihnen, Verständnis für Bewegungen aufzubringen, die sich – wie sie anfangs selbst – außerhalb des vorhandenen politischen Spektrums bewegten. Einige Polen-Reisende dachten beim Anblick der polnischen Opposition etwas mitleidig an die Anfangsjahre der eigenen Partei zurück.⁹⁵

Wie sehr sich die Grünen Ende der 1980er Jahre bereits in klassische parteipolitische Betrachtungsweisen und hierarische Strukturen verstrickt und ihr Gefühl für die Funktionsweise spontaner Bewegungen von unten verloren hatten, wird anhand ihres Umgangs mit der grünen Partei in Polen deutlich. Die Gründung dieser Partei fand zufälligerweise während des ersten offiziellen Parteibesuchs in Polen im Jahr 1988 statt. Die Grünen-Delegation reagierte darauf, indem sie krampfhaft versicherte, nichts mit der Gründung zu tun zu haben.⁹⁶ Eine mögliche Erklärung für dieses abwehrende Verhalten könnte sein, dass aufgrund des offiziellen und auf Versöhnung ausgerichteten Charakters der Reise auch Politiker aus dem Partei-Mainstream dabei waren. Zudem herrschte innerhalb der Grünen Skepsis gegenüber den polnischen

93 Koenen, Für unsere und für Eure Freiheit, S. 44-48; Elisabeth Weber/Helmut Lippelt, Stellungnahme zum Vorschlag einer «European Assembly for Peace and Democracy», Bonn, Oktober 1988, AGG, B.II.3, Sign. 1030; Elisabeth Weber, Bericht über eine Reise nach Polen im März 1988, Köln, 9.4.1988, AGG, B.II.1, Sign. 1645; Christian Semler, Der Macht gegenüber politisch verhalten. Die Bedeutung des «Prager Aufrufs» für die Friedensbewegung in West und Ost, in: *Kommune*, 3 (1985), Heft 5, 33-36; Interview Wolf/Weber.

94 Weber, Bündnis 90/Die Grünen und Osteuropa, S. 152-153; Interview Wolf/Weber.

95 Milan Horáček, Entwurf. Bericht über die Delegationsreise der GRÜNEN nach Polen vom 11.-16.9.1988, AGG, B.II.1, Sign. 1645; Helmut Lippelt, Bericht über meine Warschau-Reise 8.-12. Mai 1987, 19.5.1987, AGG, B.II.1, Sign. 1644; Elisabeth Weber, Bericht über eine Polen-Reise im Oktober 1989, Köln, 25.10.1989, AGG, B.II.3, Sign. 1066.

96 «Grüne kritisieren in Warschau», in: *FAZ*, 17.9.1988.

Grünen vor. Aus diesem Grund schickte die Partei «nur» die Fraktionsmitarbeiterin Weber zum Gründungsparteitag. Aber auch das führte zu Missverständnissen. Die Grünen begriffen nicht, dass die klassische Parteihierarchie für die polnischen Grünen noch keine große Bedeutung hatte. Für die neugegründete Partei stellte bereits die Tatsache, dass überhaupt ein westlicher Gast zugegen war, das größtmögliche Zeichen der Anerkennung dar.⁹⁷

Fazit

Während der Blütezeit von Solidarność befand sich die Partei der Grünen noch im Aufbau. Ihre Außenpolitik basierte nicht auf kohärenten Parteibeschlüssen, sondern bestand aus umstrittenen ad hoc-Initiativen. Die Mehrheit der Partei interessierte sich in diesen Jahren vor allem für den inländischen Kampf um einen Platz im eigenen politischen System sowie für die Bekämpfung der atomaren Aufrüstung. Parteimitglieder, die sich doch für Solidarność interessierten, sahen deren Kampf häufig als eine Fortsetzung des eigenen Kampfes im Westen an.

Nach Jaruzelskis Eingreifen entbrannte eine heftige Diskussion zwischen der Krefelder Fraktion und der END-Fraktion. Erstere hielten die osteuropäischen Machthaber für Underdogs im Ost-West-Konflikt, während letztere die Unfreiheit in Osteuropa und die einseitige Fokussierung der westdeutschen Friedensbewegung auf den Westen anprangerten.

Der Umgang der Grünen mit Osteuropa wurde nach dem Einzug in den Bundestag professioneller. Die Krefelder Fraktion entschied sich dabei für ein konventionelles diplomatisches Vorgehen, das ansonsten wenig zum Charakter der Partei passte. Die END-Fraktion handelte mehr im Einklang mit dem Habitus der Friedensbewegung: spontan und ohne Angst vor diplomatischen Empfindlichkeiten. Nach einem Gespräch mit den Machhabern packten diese Aktivisten draußen seelenruhig ihre kritischen Transparente aus. Der Einfluss der beiden Fraktionen auf die Parteipolitik schwankte. Bis Ende 1983 erhielten die öffentlichen Solidaritätsbekundungen der END-Fraktion die Unterstützung der Parteimehrheit. Mit ihren demonstrativen Auftritten in Ost-Berlin und Moskau versetzte sie den osteuropäischen Regimen einen Schlag beim Versuch, sich den westlichen Friedensaktivismus intellektuell zu eigen zu machen. Zudem machte sie der Opposition Mut und nahm Gespräche mit Honecker auf. Innerhalb der Partei läuteten diese Aktionen jedoch ihre Niederlage ein. Die Krefelder-Fraktion sah in den radikalen Aktionen die Ursache dafür, dass die offiziellen Kontakte Ende 1983 abkühlten. Kontakte zur Opposition und eine kritische Haltung wurden offiziellen Gesprächen über Frieden und Versöhnung untergeordnet. Das hielt die END-Fraktion jedoch nicht davon ab, ihre Kontakte auf eigene Faust fortzusetzen. Erst im Kielwasser der Reformen in Osteuropa gewann sie am Ende des Jahrzehnts wieder an Einfluss in der Partei.

⁹⁷ Elisabeth Weber, Bericht über eine kurze Polen-Reise im Dezember 1988 anlässlich der Gründung einer Grünen Partei in Polen, Köln, 27.12.1988, AGG, B.II.1, Sign. 1645; Zygmunt Fura, Lieber Helmut, Kraków, 3.8.1989, AGG, B.II.3, Sign. 1071; Der Osten wird grün? Interview mit Dr. Zygmunt Fura, AGG, B.II.3, Sign. 1071.

Dank der END-Fraktion verfügten die Grünen über mehr Kontakte zur osteuropäischen Opposition als andere westdeutsche Parteien. Das zeigt: Solidarität mit der Opposition war nicht nur, wie es vor allem bei rechten Parteien der Fall war, eine Frage der Ideologie und Rhetorik, sondern vor allem auch des Habitus und der Bereitschaft und der Möglichkeit, Risiken einzugehen. Dieses Lob haben die Grünen jedoch nur einem kleinen Teil der Partei zu verdanken, darunter Weber, Horáček und Kelly. Der END-Fraktion war es aufgrund des einseitigen Interesses der Parteimehrheit möglich, eine in Wirklichkeit höchst umstrittene Politik zu verfolgen. Die heftigen Auseinandersetzungen über den Umgang mit der DDR verdeutlichen, dass das mangelnde Interesse beim Rest der Partei und die Eigenwilligkeit der END-Fraktion die Schlüsselfaktoren für diesen Aktivismus darstellten.

Übersetzung aus dem Niederländischen Christine Kausch

2 Das historische Dokument

Die Bundesarbeitsgemeinschaften «Frieden und Gewaltfreiheit» und «Waldsterben»

Dokument 1¹

Bonn, den 19. Juni 1980

«Arbeitsgemeinschaft Frieden» der Grünen gegründet

Am 17. Juni 1980 wurde in Mainz die Arbeitsgemeinschaft «FRIEDEN UND GEWALT-FREIHEIT» der GRÜNEN gegründet. Es handelt sich dabei um eine für alle Mitglieder der Partei offene Arbeitsgemeinschaft. Nichtmitglieder können mitarbeiten, haben aber bei Entscheidungen über Resolutionen, die auf die Willensbildung der Partei einwirken und bei Personalentscheidungen kein Stimmrecht.

Die Gründungsmitglieder der Arbeitsgemeinschaft haben sämtlich an der Konferenz «AKTIONEN GEGEN RÜSTUNG UND ATOM» teilgenommen, zu der BBU und DFG/VK, die beiden mitgliederstärksten Verbände aus Ökologie und Friedensbewegung, die Initiative ergriffen hatten.

Wie einer der Sprecher der neuen Arbeitsgemeinschaft, Roland Vogt, mitteilte, kennzeichnet die Gründung der Arbeitsgemeinschaft im Zusammenhang mit dem Kongress der Ökologie-² und Friedensbewegung den politischen Stil der Arbeitsgemeinschaft:

In enger Anlehnung an die ausserparlamentarischen Initiativen und Verbände³ zu arbeiten.

Die Arbeitsgemeinschaft fordert dementsprechend alle Mitglieder der GRÜNEN zur aktiven Teilnahme an der großen Herbsdemonstration gegen Rüstung und Atom auf, zu der der Aktionskongress in Mainz aufgerufen hat.

Zu gleichberechtigten Sprechern wurden neben dem Juristen und Dipl.-Politologen Roland Vogt aus Bad Dürkheim⁴ die Lehrerin Irmgard Kohlhepp aus Berlin und der Bauingenieur und Kriegsdienstverweigerer Günter Weber aus München gewählt.

1 Quelle: Archiv Grünes Gedächtnis, B.I.1 – Die Grünen (1980-1993), Sign. 292, Presseerklärungen, Bd. 4.

2 Im Original ohne Bindestrich.

3 Im Original «Verbänden».

4 Komma nach Bad Dürkheim weggelassen.

Ein erster Arbeitsauftrag der Arbeitsgemeinschaft an ihre Sprecher lautet, auf dem Dortmunder Kongress der GRÜNEN am Wochenende eine friedenspolitische Wahlplattform einzubringen, die den Charakter der GRÜNEN als Friedenspartei⁵ deutlich macht.

gez. Roland Vogt
[...]⁶

Dokument 2⁷

DIE GRÜNEN
Bundes-AG «Waldsterben»
Wilhelm Knabe⁸

433 Mülheim an der Ruhr
27.9.83⁹

An die Interessenten der Bundes AG Waldsterben
Landesvorstände und Fraktionen in Landesparlamenten

Liebe Freunde !

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Hannover wurde eine Bundes AG «Waldsterben» gegründet, um diesem zur Zeit wichtigsten ökologischen Problem besser Rechnung tragen zu können. Diese Bundes AG ist bisher nicht zusammengetreten, sondern hat in der Art einer Bürgerinitiative nach dem in Hagen beschlossenen oder doch vorgetragenen Konzept durch viele dezentrale Aktionen das Problembewußtsein der Bevölkerung geschärft. Die GRÜNEN haben so ein Stück der Bewegung in die Parteiarbeit mit hineingetragen.

Die Arbeit wurde unterstützt oder überhaupt erst ermöglicht durch den Einsatz der Freunde in Hagen, die die Koordinationsstelle «Waldsterben» aufgebaut und zunächst ohne oder mit knappestem Mitteln durchgehalten haben. Ihnen gebührt wirklich großer Dank !

Das Konzept der Arbeit, die bisher erstellten Materialien wurden dem BHA in Bremen ganz kurz, in Bonn ausführlicher vorgetragen. An der Wichtigkeit zweifelt keiner, aber das Interesse in den höheren Parteigremien ist doch sehr unterschiedlich entwickelt. Viele haben den Ernst der Lage und die Herausforderung an die GRÜNEN überhaupt noch nicht kapiert. Wenn Zimmermann oder Späth von der CDU oder die SPD in Hessen immer wieder als Waldschützer in die Medien vorpreschen, müssen die GRÜNEN durch inhaltlich fundierte Aussagen und Kritik nachweisen, daß sie zur

5 Aus «Fridenspartei» verbessert.

6 Kontaktadressen weggelassen.

7 Quelle: Archiv Grünes Gedächtnis, B.I.1, vorl. Sign. 72.

8 Nachfolgende rechtsbündige Anschrift weggelassen.

9 Datum handschriftlich

Lösung des Problems unentbehrlich sind. Wenn wir nicht durch eigene Beiträge überzeugend demonstrieren, daß wir selbst das Problem ganz wichtig nehmen, nimmt uns der normale Umweltschützer ohne politische Tradition gar nicht mehr ernst.

Daher möchte ich die an der Bundes AG Interessierten¹⁰ einladen, am Montag, den 17.10. 83, 10.00 in die Bundesgeschäftsstelle zu kommen, um folgende Dinge zu beraten.

1. Freudenstädter Aktionstage 1./2.10.¹¹ – Nachlese + Berichte anderer Aktionen¹²
2. Vorbereitung der DDR-Reise zum Thema Waldsterben 18.-21.10.
3. Anträge an Bundespartei und Ökofonds zu Finanzen und Zeit für Arbeitsgruppen auf der nächsten Delegiertenversammlung.
4. Künftige Struktur der AG, Arbeitskreise ? Regionalisierung ? Evtl. neuer Name.¹³
5. Wahl von Obleuten der AG
6. Ermittlung des Bedarfs von weiterem Info-Material u. seiner Herstellung.

Der 17.10. wurde trotz Montag gewählt, weil am Nachmittag Sitzung des AK Ökologie der Bundesgrünen im Hochhaus am Tulpenfeld ist, zu dem Wolfgang Ehmke eingeladen hat und zu dem viele Parlamentarier kommen werden. Ich muß so auch einen Urlaubstag¹⁴ opfern. Wir fahren dann in der Nacht zu 3 oder 4 in die DDR. –

Bitte Bescheid an Frieder Dosch¹⁵, wer kann und nicht kommen kann, aber Interesse an der AG «Waldsterben» hat.

Herzlichen Gruß
Wilhelm Knabe¹⁶

Kommentar: Christoph Becker-Schaum

Als im Frühjahr 2013 zuerst der Journalist Christian Füller in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* und danach alle wichtigen Tages- und Wochenzeitungen die pädosexuellen Irrungen der frühen Grünen aufdeckten und die Partei nachdrücklich zur Aufarbeitung dieses Kapitels ihrer Gründungsgeschichte anhielten, ging es meistens um drei Themenkomplexe: Erstens, um die Aufnahme der Entkriminalisierungsforderungen pädosexueller Gruppen in Parteiprogramme und die Frage, welche Forderungen das waren und wie diese durchgesetzt werden konnten. Zweitens, um den Einfluss und das Wirken der Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule, Päderasten und Transsexuelle, kurz: BAG SchwuP, sowie die Rolle des Tagungszentrums Dachsberg in Kamp Lintfort. Und schließlich drittens darum, jenseits von der

¹⁰ Im Original kleingeschrieben.

¹¹ Im Original «1./2.10»

¹² «+ Berichte anderer Aktionen» handschriftlich ergänzt.

¹³ «Evtl neuer Name.» handschriftlich ergänzt.

¹⁴ «Urlaubstag» über Korrekturstelle handschriftlich eingefügt.

¹⁵ Nachfolgende Anschrift weggelassen.

¹⁶ «Herzlichen Gruß Wilhelm Knabe» handschriftlich.

Parteiprogrammatik den Blick auf die Opfer sexuellen Missbrauchs zu lenken und der Frage nachzugehen, wie weit Missbrauchstatbestände mit grünen Orten und mit grünen Politikern verbunden waren. Die Ergebnisse der diesbezüglichen Studie, mit der die Partei das Göttinger Institut für Demokratieforschung beauftragt hat, sind 2015 unter dem Titel «Die Grünen und die Pädosexualität» erschienen.¹⁷ Die Journalistinnen und Journalisten fanden schnell heraus, dass die Akteure der BAG SchwuP in der Bundesfrauen-AG einen überlegenen Gegner hatten, längst bevor die Bundesarbeitsgemeinschaft Schwulenpolitik reformiert werden konnte und der nötige Trennungstrich zur BAG SchwuP gezogen war. Wegen der entschiedenen Kontra-Haltung der grünen Frauen in Partei und Bundestagsfraktion hat sich die Bundestagsfraktion zu keinem Zeitpunkt für die pädosexuellen Forderungen geöffnet. Genau das war aber zu Beginn der Aufdeckung des Pädophilieskandals wiederholt behauptet worden.

«Der Bundestagsabgeordnete Volker Beck wird nicht müde zu betonen, dass Päderasten nie eine formelle Arbeitsgemeinschaft der Grünen geworden seien. Das stimmt. Die Grünen taten sich als Partei zwar schwer, die Befürworter von – wie die es nannten – «Sex mit Kindern» abzuwehren, aber es gelang ihnen schließlich. Dennoch war der Einfluss der Bundesarbeitsgemeinschaft «Schwule, Päderasten und Transsexuelle» viel größer, als Beck behauptet. Denn sie arbeiteten jahrelang direkt der Bundestagsfraktion der Grünen zu – und wurden auch von ihr finanziert. Die Schwulen und Päderasten, parteiintern gern mit dem Kosewort SchwuPs verniedlicht, saßen mit an den Schalthebeln. Das geht aus Unterlagen aus dem Parteiarchiv Grünes Gedächtnis [her]vor, die der *taz* vorliegen.»¹⁸ Füller argumentiert hier rein vom Status der BAG SchwuP als Bundesarbeitsgemeinschaft her und setzt den Einfluss der BAG SchwuP implizit mit dem anderer Bundesarbeitsgemeinschaften gleich, etwa dem der BAG Frieden oder dem der Bundesfrauen-AG. In der Praxis bestand zwischen diesen BAGs jedoch ein Riesenunterschied.

Die nähere Beschäftigung mit der Frage nach dem Einfluss der Bundesarbeitsgemeinschaften führte zu der Erkenntnis, dass um das Jahr 1983 eine interessante Dialektik von Parlamentarisierung und Basisdemokratie beobachtet werden kann. Je stärker die Parlamentarisierung voranschritt, umso wichtiger wurde es, auch die basisdemokratischen Mitwirkungsrechte zu stärken. Parlamentarisierung und Basisdemokratie, statt wie gemeinhin als gegenläufige Tendenzen gesehen, waren tatsächlich zwei gleichlaufende Aspekte der innerparteilichen Strukturierung.

Bundesarbeitsgemeinschaften bzw. Bundesarbeitsgruppen, wie der Begriff in den Gründungsjahren meistens lautete, waren in den Anfangsjahren, als die Parteistrukturen noch viel weniger entwickelt waren, überwiegend auf Initiative von Bundesvorstandsmitgliedern gegründet und einberufen worden. Dafür gibt es in den Protokollen aus dieser Zeit zahlreiche Belege, nicht nur die beiden hier abgedruckten Dokumente. Der Einzug der Grünen in den Bundestag im März 1983 war ein Meilenstein auf dem Weg zur Verankerung von Arbeitsgemeinschaften im Gefüge der Partei, aber gleichsam nur ein Höhepunkt in dem kumulativen Prozess, der von den Ländern ausging. In

¹⁷ Vgl. die Besprechung in diesem Heft auf S. 114 ff.

¹⁸ Christian Füller, Im Zentrum der Macht, in: *taz*, 13.05.2013.

Hessen beispielsweise, wo die Grünen 1982 in den Landtag eingezogen waren, hatte dies eine Gründungswelle von Landesarbeitsgemeinschaften zur Folge, die in der Regel von der Landtagsgruppe koordiniert wurden. Die allerersten AG-Gründungen konnten dagegen noch keinen föderalen Unterbau haben, weil die Parteiorganisation in den Bundesländern viel schwächer war, solange es noch keine Landtagsfraktionen gab. Charakteristisch ist deshalb, dass die Initiative zur Gründung von Bundesarbeitsgemeinschaften in der Regel von einem Bundesvorstandsmitglied ausging.

Am 22. Juni 1980 startete Petra Kelly, zu diesem Zeitpunkt eine der drei gleichberechtigten Parteivorsitzenden, einen Aufruf zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft «Alternative Produktion», mit dem Begriff ist Rüstungskonversion gemeint, gleichzeitig wurde eine Vorbereitungsgruppe für einen Alternativen Produktionskongress gegründet, der im Zusammenhang mit der Wahlkampagne zur Bundestagswahl 1980 geplant war.¹⁹

In ähnlicher Weise lancierte Rolf Stolz im Herbst 1981 als Mitglied des damaligen Bundesvorstands die Gründung einer Bundesarbeitsgruppe «Internationale ökologische Fragen»²⁰.

Die Gründung der BAG Frieden und Gewaltfreiheit, hier Dokument 1, geht auf Roland Vogt zurück, der sich in den Jahren vor der Gründung der Grünen als Mitglied des BBU-Vorstands für eine Zusammenarbeit von Ökologie- und Friedensbewegung engagiert hatte und entsprechende gemeinsame Tagungen von BBU und dem Kriegsdienstverweigerer-Verband DFG/VK initiiert und organisiert hatte. Die Gründung der heutigen BAG Frieden und Internationales geht auf einem ebensolchen gemeinsamen Kongress von BBU und DFG/VK zurück. Der Arbeitsauftrag, der sich anfänglich auf den in Dortmund verabschiedeten Wahlaufzuruf zur Bundestagswahl 1980 bezogen hatte, war bald durch die Vorbereitung des Friedensmanifestes der Grünen definiert und das Ganze bekam den Charakter einer Parteikommission, ehe sich schließlich die BAG Frieden und Internationales heraus entwickeln konnte.

Die Initiative zur Gründung der BAG Waldsterben auf der Bundesversammlung der Grünen in Hannover 1983 ging von Wilhelm Knabe aus. Institutionell war die Gründung mit der Koordinationsstelle Waldsterben verbunden, sie beruhte insofern nicht auf vorhergehenden Gründungen von entsprechenden Landesarbeitsgemeinschaften der Grünen. Wilhelm Knabe war vielmehr einer der drei Bundesvorstandssprecher, also Parteivorsitzender im allgemeinen Sprachgebrauch. Im hier abgedruckten Brief von Wilhelm Knabe ist aber bereits die Notwendigkeit gesehen, die inzwischen entwickelten Regeln, nach denen Bundesarbeitsgemeinschaften gegründet und anerkannt arbeiten sollten, zu berücksichtigen. Der Brief ist insofern ein Dokument des Übergangs, der bei der Wiederbelebung der Bundesfrauen-AG exemplarisch vollzogen worden war.

19 Archiv Grünes Gedächtnis, Petra Kelly Archiv, Sign. 967 – Kongress «Alternative Produktion» vom 12.-14.09.1980 in Essen – Vorbereitung.

20 Archiv Grünes Gedächtnis, Petra Kelly Archiv, Sign. 2303 - Bundesvorstand Die Grünen; Gründungsversammlung in Karlsruhe bis Bundesversammlung Offenbach.

Die Neugründung der Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen

Dokument 3¹

Statut der BundesfrauenAG der Grünen
beschlossen am 29.10.1983

1. Aufgabe der AG

Die Bundesfrauen-AG soll ein arbeitendes Gremium sein, das in kontinuierlicher Zusammenarbeit inhaltlich-programmatisch diskutiert, die Positionsfindung grüner Frauen voranbringt und Initiativen zur parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeit ergreift. Die AG tagt öffentlich. Stimmrecht haben die Delegiertinnen. Die Bundesfrauen-AG initiiert und koordiniert AGs, die allen Frauen offenstehen.

Im Rahmen dieser Aufgabenbestimmung legt die Bundesfrauen-AG ihre Arbeit selbst fest.

Sobald wie möglich soll die AG den grünen Frauen-Rundbrief wieder ins Leben rufen.

2. Delegation in die AG

Die Delegation erfolgt durch die jeweiligen Landesfrauen-AGs oder Landesfrauenversammlungen. Die Entscheidung über den Wahlmodus liegt bei den Frauen der einzelnen Landesverbände.

Aus jedem Landesverband werden zwei Frauen delegiert. Die Alternativen Listen in Hamburg und Berlin können ebenfalls jeweils zwei Delegierte schicken.

Die Delegierten sollen für die Dauer eines Jahres gewählt werden. Sie müssen nicht Mitglieder der Grünen sein.

3. Stellung und Kompetenzen der AG innerhalb der Grünen

Die Bundesfrauen-AG ist Bundesarbeitsgemeinschaft innerhalb der Grünen. Sie ist dem Bundeshauptausschuss zugeordnet.

Ihr Tätigkeitsbereich erstreckt sich über sämtliche inhaltliche Bereiche grüner Politik.

4. Verhältnis zur Bonner Fraktion

Mindestens eine Vertreterin des AK Frauen in der Fraktion soll regelmäßig an den Sitzungen teilnehmen. Es besteht zwischen den Grünen im Bundestag und

¹ Original, AGG, Bestand B.I.1 - Die Grünen (1980-1993), Sign. 362.

der AG eine gegenseitige Informationspflicht; für die Grünen im Bundestag auch die Pflicht, die AG rechtzeitig zu wichtigen frauenpolitischen Vorhaben zu konsultieren.

5. Verhältnis zu anderen Bundes-AGs und anderen bundesweiten Gremien

Die Zusammenarbeit mit anderen Bundes-AGs soll gesucht und entwickelt werden. Auch hier besteht gegenseitige Informationspflicht. Die Zusammenarbeit kann durch gegenseitige Einladungen, gemeinsame Sitzungen etc. bewerkstelligt werden. Die Bundesfrauen-AG nimmt für sich bezüglich frauenpolitischer Entscheidungen ein Veto-Recht in Anspruch, d.h. sofern andere bundesweite Gremien Beschlüsse treffen, die denen der Bundesfrauen-AG zuwiderlaufen, muß die Diskussion erneut aufgenommen werden.

Kommentar: Anne Vechtel

Der hier mitgeteilte Beschluss der Bundesfrauen-AG vom 29./30.10.1983 in Hagen-Breckerfeld ist als Anlage zum Protokoll der Sitzung überliefert. Dieses Statut der Bundesfrauenarbeitsgemeinschaft der Grünen (BAG Frauen) entspricht dem Strukturpapier, das der Bundeshauptausschuss der Partei (BHA) den Bundesarbeitsgemeinschaften für seine Sitzung Ende Oktober 1983 als Voraussetzung einer Anerkennung durch die Partei abverlangte.

Der Beschluss dazu wurde auf der BHA-Sitzung am 17./18.9.1983 getroffen und in der Sitzung vom 29./30.10.1983 noch einmal bekräftigt. Im Protokoll der BHA-Sitzung vom 29./30.10.1983 wird die BAG Frauen bereits als anerkannte BAG aufgelistet, obwohl die Sitzung der BAG Frauen, auf der das Strukturpapier beschlossen wurde, gleichzeitig stattfand. Die Zusammenarbeit zwischen der BAG Frauen und dem BHA funktionierte offensichtlich, so dass die Beteiligten über laufende Prozesse gut informiert waren. In der Regel verschickte die Bundesgeschäftsstelle unmittelbar vor einer BHA-Sitzung die zuletzt eingegangenen Papiere an die Mitglieder.²

In ihrem Strukturpapier legt die BAG Frauen ihre Aufgaben fest. Sie beschließt das Delegationsprinzip als Wahlmodus, definiert ihre Stellung und Kompetenzen innerhalb der Grünen, ihr Verhältnis zur Bonner Fraktion, zu anderen Bundesarbeitsgemeinschaften und Gremien. Als Besonderheit fordert die BAG Frauen für sich ein Vetorecht gegenüber anderen Bundesarbeitsgemeinschaften und Parteigremien. Diese Arbeitsstruktur ist Ergebnis eines längeren und kontroversen Diskussionsprozesses in einem Kreis von politischen Akteurinnen aus Frauenbewegung und Partei. Sie macht deutlich, in welchem politisch-inhaltlichen und organisatorischen Netz die beteiligten Frauen sich bewegten, in welchem sie die BAG Frauen verortet wissen wollten und welche Position Partei und Bundestagsfraktion einnahmen.

Die junge grüne Partei verstand sich als Stimme der Bewegungen im Parlament und als Agentin für die Veränderung von parlamentarischer Politik. Sie bewegte sich

² Vgl. AGG, Bestand B.I.1 – Die Grünen (1980-1993), Sign. 213, 215; B.II.1 – Die Grünen im Bundestag (1983-1990), Sign. 4036.

somit in der Grauzone zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene.³

Im Zusammenhang mit der Neugründung der BAG Frauen ist die autonome Frauenbewegung von Bedeutung, aus der sich Aktivistinnen bei den Grünen engagierten, unabhängig davon, ob sie Parteimitglied waren oder nicht, und die das Agenda-Setting in der grünen Partei mitbestimmen wollte. Auch Grünen-Politikerinnen hatten ein großes Interesse daran, den frauenpolitischen Willensbildungsprozess von der Parteibasis aus gründlich aufzubauen und gleichzeitig mit der autonomen Frauenbewegung im Austausch stehen zu können.

Anlass für die Diskussion um eine Wiederbelebung frauenpolitischer Aktivitäten auf Bundesebene war der Einzug der Grünen in den Bundestag und der daraus resultierende Druck aus der Frauenbewegung und von feministischen und frauenbewegten Frauen in der Partei und im Bundestag, das Instrument Parlament auch wie versprochen zu nutzen. Schon vorher waren im Zusammenhang mit der Formulierung frauenpolitischer Programme in einigen Bundesländern frauenpolitische Landesarbeitsgemeinschaften entstanden.

Um auf Bundesebene Erfolge aufweisen zu können, musste der politische Willensbildungsprozess so strukturiert werden, dass politische Interessen eine Chance hatten, in der Partei als legitimierte programmatische Forderungen wahrgenommen und in parlamentarische Initiativen umgesetzt zu werden.

Bundesarbeitsgemeinschaften waren dabei ein Instrument, um die Basisanbindung der Partei zu organisieren und zu sichern. Die Basis umfasst hier die Mitglieder der Grünen wie die Aktiven außerhalb der Partei in Initiativen und Bewegungen. Die Bundesdelegiertenkonferenz in Sindelfingen beschäftigte sich im Januar 1983 dezidiert mit dieser Anbindung und verabschiedete die bekannten Regelungen zur Rotation, zu Diäten, aber auch die Einrichtung von Bundesarbeitsgemeinschaften zur inhaltlichen Basisanbindung von Abgeordneten. Sie versuchte damit, die Kontrolle bzw. den Kontrollanspruch der Partei über ihre Parlamentsfraktionen festzuschreiben.⁴ Im Anschluss an die Sindelfinger Beschlüsse wurden zahlreiche Bundesarbeitsgemeinschaften teils wiederbelebt, teils neugegründet. Diese Dynamik ergriff auch die frauenpolitischen Aktivitäten bei den Grünen.

Schon 1980 gab es ein bundesweites frauenpolitisches Netzwerk, das eng an die damalige Bundesvorsitzende Petra Kelly gebunden war. Dieser frauenpolitische Kreis bemühte sich, Fraueninteressen aus den Landesverbänden heraus zu erfragen, gemeinsame Aktivitäten zu organisieren und in die Bundespartei einzubringen. Hauptaktivitäten waren die Vorbereitung eines bundesweiten Frauentreffens, das am 22./23. November 1980 in Karlsruhe stattfand und schwerpunktmäßig zu Frauen und Ökologie, Friedenspolitik, Konsumverhalten und der für den Bundestagswahlkampf geplanten autonomen Frauenbroschüre arbeitete. Dieser Kreis gab zwischen

3 Vgl. Eva Kolinsky, *The West German Greens – A Women’s Party?*, in: *Parliamentary Affairs*, Oxford, January 1988, S. 138-139.

4 16.1.1983 Beschlüsse der Bundesdelegiertenversammlung in Sindelfingen, in: *Die Grünen im Bundestag. Sitzungsprotokolle 1983-1986*, bearbeitet von Josef Boyer/Helge Heidemeyer, Dokumente I, Düsseldorf 2008, S. 5-6.

April 1980 und Januar 1981 achtmal einen grünen Frauenrundbrief heraus.⁵ Seine Aktivitäten flauten aber ab. Erst mit den Wahlerfolgen in einigen Bundesländern und dann dem Einzug in den Bundestag gab es einen neuen politischen Schub und den Wunsch, das bundesweite frauenpolitische Netzwerk wiederzubeleben. Nun wurde es so strukturiert, dass es nachhaltige feministische und frauenpolitische Politiken entwerfen und Wirkung entfalten konnte. Dabei knüpfte die neugegründete BAG Frauen an einige Aktivitäten des ersten frauenpolitischen Kreises an. So sollte z.B. der Frauenrundbrief wieder aufgelegt werden.

Im Vorfeld der Neugründung der BAG Frauen standen sich zwei Konzeptionen gegenüber: eine BAG Frauen als offenes Gremium mit Stimmrecht für alle Anwesenden oder eine BAG als Instrument grüner Frauen mit Kontinuität und Verbindlichkeit.⁶ Das hier vorliegende Strukturpapier belegt, dass sich die an der Ausarbeitung beteiligten Landesverbände mehrheitlich für eine BAG Frauen als Parteigremium mit Delegiertenschlüssel und Zuordnung zum BHA entschieden und gegen ein offenes Gremium ohne Delegiertinnen. Es macht deutlich, dass das Bedürfnis, innerparteiliches Durchsetzungsvermögen durch ein basisdemokratisch gewähltes Gremium aufbauen zu können, sehr stark war und sich gegen die Vorstellung einer BAG Frauen als lockerer Diskussionskreis durchsetzen konnte. Nichtparteimitglieder behielten dabei die Möglichkeit, sich als Delegierte zu beteiligen. Die BAG Frauen tagte öffentlich.

Die unterlegene Alternative zu dieser Konzeption wird im folgenden Zitat von Waltraud Schoppe deutlich: «In die Parlamente reinzugehen ist ja eine Strategie, die sich zunächst mal Grüne Frauen überlegt haben. Die anderen Frauen sind da sozusagen reingerutscht auf Grund anderer Verhältnisse, anderer Biografien, anderer politischer Vorstellungen auch. Und ich denke, solange diese Strategie nicht eine organisierte Strategie ist, d.h. organisiert nicht nur von den Grünen Frauen, sondern auch von der autonomen Frauenbewegung, solange sind unsere Handlungsmöglichkeiten hier beschränkt, weil die Zusammenarbeit nicht klappt.»⁷

Das Ende Oktober 1983 verabschiedete Strukturpapier macht eindrucksvoll deutlich, dass die neugegründete BAG Frauen der Grünen den Spagat wagte, den Anforderungen aus Partei und autonomer Frauenbewegung nach einem parlamentarischen Spielbein bei gleichzeitiger starker basisdemokratischer Verankerung gerecht zu werden.

5 Frauenrundbrief 1-8, in: AGG, Bestand B.I.1 - Die Grünen (1980-1993), Sign. 359, 360.

6 Vgl. AGG, Bestand B.II.1 - Die Grünen im Bundestag (1983-1990), Sign. 4306.

7 Barbara Böttger, Anne Lütkes, Carola Möller: Grüne Parlamentarierinnen - Macht für Frauen?, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, 13/1985, S.140.

3 Archivbestand

Der Aktenbestand «Bundesfrauenreferat der Grünen»

Von der Gründung bis zur Assoziation mit Bündnis 90 (1980-1993)

Bereits im Gründungsjahr der Grünen 1980 kam es zu einem ersten bundesweiten Treffen von Frauen, um über ihre Vorstellungen von grüner Frauenpolitik und feministischer Politik bei den Grünen zu diskutieren und gemeinsame inhaltliche und strategische Konzepte zu entwickeln. Petra Kelly, von 1980-1981 im Bundesvorstand, war wichtige Initiatorin und Netzwerkerin in der Frühphase grüner Frauenpolitik. In den 1980er Jahren, der inhaltlichen und organisatorischen Aufbauphase der Partei, waren die Entwicklung und Profilierung von Frauenpolitik und feministischer Politik in ständigem Fluss. Die Inhalte waren sowohl unter den Frauen wie in der Gesamtpartei umstritten und die organisatorische Unterfütterung wurde kontrovers diskutiert. Dabei durchliefen Frauenpolitik und Feminismus bei den Grünen konjunkturelle Höhen und Tiefen. In den Jahren nach der Parteigründung fällt auf, dass der frauenpolitische und feministische Findungsprozess langsam an Fahrt aufnahm und in der Mitte der 1980er Jahre einen Höhepunkt erlebte, und zwar nicht nur innerparteilich, sondern ganz besonders auch in der Wahrnehmung durch die politische Öffentlichkeit. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre erstritten Politikerinnen in der Partei dann den organisatorisch-strukturellen Rahmen, in dem sie sich bis heute im Großen und Ganzen bewegen und der es grünen Frauen ermöglicht, in weitgehend autonomen Arbeitsstrukturen Politik zu entwickeln und Frauenförderung zu betreiben. Wichtige Gremien und Instrumente sind die Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen, in die die Landesarbeitsgemeinschaften Mitglieder delegieren, die Frauenreferentinnen, die Bundesfrauenkonferenzen, die Frauenquote, das Frauenstatut und die Parteisatzung.

Das Bundesfrauenreferat wurde 1985 eingerichtet und war maßgeblich für den zunehmenden feministisch-frauenpolitischen Einfluss bei den Grünen. Das Frauenreferat sollte die innerparteilichen Aktivitäten mit der Arbeit im Arbeitskreis Frauenpolitik der Bundestagsfraktion, mit der Frauenbewegung und weiteren gesellschaftlichen Akteurinnen koordinieren und vernetzen. Darüber hinaus sollte es auch inhaltlich-konzeptionell arbeiten. Die erste Bundesfrauenreferentin wurde Rita Werkmeister, die zuvor in der grünen Frauengruppe Marburg politisch aktiv gewesen war. Ab Mitte der 1980er Jahre waren in den Frauengremien der Partei und im Arbeitskreis Frauenpolitik der Fraktion ausgewiesene Feministinnen tätig, sowohl als Mitarbeiterinnen als auch Politikerinnen. Gemeinsam erarbeiteten sie feministische

und frauenpolitische Konzepte und brachten sie in die Partei und den Bundestag ein. Besonders wichtig waren Regina Michalik vom Bundesvorstand, Waltraud Schoppe, Verena Krieger, Marie-Therese Knäpper, Regula Bott, Christa Nickels, Jutta Oesterle-Schwerin, Marieluise Beck und Sieglinde Frieß als Abgeordnete, Christiane Tillner, Birgit Arkenstette, Birgit Laubach und Claudia Pinl als Mitarbeiterinnen.

Das Herzstück feministischer und frauenpolitischer Arbeit bei den Grünen ist die Mitarbeit in den Frauenarbeitsgemeinschaften auf Länder- und Bundesebene. Dort setzte auch die archivische Bearbeitung der Akten des Bundesfrauenreferates an. Die Dokumente, die zugleich den institutionellen Beratungskontext der BAG Frauen erschließen, können nun genutzt werden. Ebenfalls erschlossen sind die Bundesfrauenkongresse und die feministischen Ratschläge, deren Vorbereitung und Durchführung eine der Hauptaufgaben der Frauenreferentin war. Hinzu kommen die Unterlagen zu den LAG Frauen aus den Landesverbänden und zu einzelnen herausragenden Themen als Sachakten der Referentin.

Die Dokumente im Einzelnen:

Die Sitzungen der BAG Frauen sind von Juni 1983 bis 1993 überliefert. Diese Sitzungsunterlagen enthalten Einladungen, Protokolle, Konzepte, offene Briefe, Kampagnenunterlagen und Informationsmaterial. Nachvollziehbar werden z.B. die langwierigen und kontroversen Diskussionen um die Forderung nach Streichung des Strafrechtsparagrafen 218. Die Erarbeitung des Antidiskriminierungsgesetzes, das ein breites Programm zur Gleichstellung von Frauen vorstellte und als Gesetzentwurf von den Grünen im Bundestag eingebracht wurde, ist ebenfalls gut überliefert. Aus der Arbeit der UAG Mütter der BAG Frauen aus den Jahren 1986/87 sind Unterlagen im Bestand, die die Vor- und Nachbereitung des Mütterkongresses und die Konstituierung der UAG Mütter dokumentieren. Sie zeugen von der erbittert geführten Debatte um das Müttermanifest und die Mütterinitiative, die auf dem Parteitag in Duisburg 1987 zur Spaltung von grünen Frauen in radikale Feministinnen und Mütter führte und auch ein außergewöhnlich großes mediales Echo fand.

Die inhaltlich-konzeptionelle Arbeit grüner Politikerinnen zu Frauenerwerbsarbeit und Arbeitszeitpolitik, zu Gewalt und Vergewaltigung, Prostitution, Quotierung und die Erarbeitung des Frauenstatuts sind ebenso überliefert wie die frauenpolitische Arbeit beim Zusammenschluss von Bündnis 90 und den Grünen. Diese Arbeiten gingen in den meisten Fällen mit weniger Aufsehen und Konflikten vonstatten, dennoch sind hier grundlegende feministische und frauenpolitische Vorstellungen für die politische Gestaltung erarbeitet worden.

Die Sitzungsunterlagen zu den LAG Frauen umfassen ebenfalls den gesamten Zeitraum von 1983-1993. Sitzungsunterlagen gibt es aus Bayern, Berlin, Niedersachsen, NRW, Rheinland-Pfalz, Hamburg, Hessen, Schleswig-Holstein, Thüringen, Baden-Württemberg und von den Frauen in den Grün-Alternativen in den Räten. Diese Sitzungsunterlagen geben Einblick in das Zusammenspiel von Landes- und Bundesebene. Die Landesarbeitsgruppen delegierten Frauen in die BAG Frauen, d.h.

GORLEBEN OSTERN 1980

GORLEBEN
SOLL
LEBEN



5.4. IN DEN ORTEN UM GORLEBEN:
Erfahrungsausschuss, Musik, Theater
AUF DEM 'PLATZ': Ostersfeuer

6.4. Hornfahrt zum PLATZ
Großes Zusammen-
treffen um 17.00
Für KINDER
Puppentheater
für Oster
200
00

KONTAKTADRESSEN: ROSE Fencelau
3136 Biske Tel. 058 46 1 361
LILO Wolomy, 3136 Biske,
Tel. 058 46 1402 RE-
BECCA Harma, Tel.
058 61 / 7274

SPENDENKONTO NR. 3002
102 der Kreis
sparkasse
Bartow

INTERNATIONALES FRAUEN KÄMPFEN FÜR DAS LEBEN FRAUENTREFFEN

die Arbeit war und ist über das Delegationsprinzip von unten nach oben organisiert und legitimiert.

Aus der Arbeit der BAG Lesbenpolitik, die 1989 eingerichtet wurde, sind Sitzungsunterlagen bis 1993 überliefert. Sie dokumentieren die Arbeit zur Gleichstellung von Homosexuellen in der gesamtdeutschen Verfassung und am Antidiskriminierungsgesetz für Homosexuelle.

Die Bundesfrauenkonferenzen und feministischen Ratschläge der Grünen hatten und haben beratende Funktion, dennoch sind sie wichtige Gremien, in denen inhaltlich-programmatisch und über das politische Alltagsgeschäft hinausblickend relevante Themen mit einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert werden. Die Gesamtdokumentation von den vorbereitenden Sitzungen bis hin zu den Pressespiegeln ist im Bestand des Frauenreferates zu finden. So sind der 1. Bundesfrauenkongress, der 1985 in Köln stattfand, der Kongress «Lebensmodelle für Frauen» von 1987, der Kongress «Los und Ledig» aus dem Jahr 1990 und der 1992er Kongress «Jetzt oder nie» überliefert. Wurde auf dem ersten Kongress noch das gesamte Spektrum grüner Frauenpolitik diskutiert – § 218, Gen- und Reproduktionstechnologie, Gesundheits- und Familienpolitik, Frauenerwerbsarbeit und Partizipation von Frauen bei den Grünen – so beschäftigten sich grüne Frauen 1987 schwerpunktmäßig mit Mütterpolitik, Patriarchat und Feminismus, dem § 218 und mit Kommunalpolitik. 1990 standen Frauenerwerbsarbeit, Heterozentrismus und eheliches und nichteheliches Zusammenleben auf der Agenda. 1992 wurde vor allem über Wege aus patriarchaler Sozialisation und Bildung, über Ökologie aus feministischer Sicht, sexuelle Gewalt und rechte Gewalt diskutiert.

Die drei feministischen Ratschläge, die zwischen 1989 und 1991 stattfanden, sind ebenfalls gut dokumentiert. Diskutiert wurden Quotierung, Feminismus und die Zukunft von Frauenpolitik und Feminismus bei den Grünen.

Zusätzlich zu diesen Gremienunterlagen sind eine Reihe von Sachakten zum Antidiskriminierungsgesetz, zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zu den §§ 218 und 177 (Vergewaltigung in der Ehe) im Bestand und stehen zur Nutzung zur Verfügung.

4 Archivprojekt

Beständeübersicht des Archiv Grünes Gedächtnis im Archivportal Europa

Im Archiv Grünes Gedächtnis (AGG) befinden sich derzeit knapp 500 Bestände. Die Diversität dieser Bestände ist nicht auf den ersten Blick sichtbar. Umfangreiche Aktenbestände wie die der Bundestagsfraktion und des Bundesverbandes zählen ebenso dazu wie Bestände von Initiativen aus sozialen Bewegungen oder zahlreiche kleinere und größere Depositarbestände grüner Politiker/innen, die sehr unterschiedlich zusammengesetzt sind und sich auch inhaltlich allesamt sehr unterscheiden. Zu manchen Beständen gehören relevante Mengen an Sammlungsgut wie Plakate, Fotos, Ton- und Filmaufnahmen oder Internetseiten. Die audiovisuellen Sammlungen haben sich in den letzten Jahren technisch stark weiterentwickelt und werden vor allem in digitaler Form von Nutzer/innen vermehrt nachgefragt. Internetseiten von Partei, Stiftung und grünen Politiker/innen werden seit zehn Jahren systematisch gespeichert. In Wahlzeiten werden zum Beispiel die Homepages von Spitzenkandidat/innen und Kreisverbänden gespeichert, so dass neuerdings bei personenbezogenen Beständen und denen von Kreisverbänden Bestände entstehen, die ausschließlich archivierte Internetseiten enthalten.

Auf der Homepage des AGG wird auf die Präsenzbibliothek und die audiovisuellen Sammlungen des Archivs hingewiesen. Detailliertere Angaben zu den einzelnen Aktenbeständen findet man allerdings nicht. Bis vor einigen Jahren gab es auf den Internetseiten des AGG eine aus vielen kleinen Dateien bestehende Bestandsliste, die zwar Angaben zu Laufzeit und Umfang der Bestände machte, aber die die Aktengeber/innen oder die sehr unterschiedlichen Inhalte der Bestände nicht weiter beschrieb. Es galt also ein Bestandsverzeichnis zu entwickeln, das wesentliche Inhalte der Bestände nennt und diese so bei archivübergreifenden Recherchen auffindbar macht.

Das Archiv will seinen Nutzer/innen das Recherchieren unabhängig vom Archivbesuch unkompliziert ermöglichen. Es stellt daher für die unterschiedlichen Archivbereiche lokale, regionale und überregionale Online-Kataloge zur Verfügung. Sowohl für die Präsenzbibliothek als auch für die audiovisuellen Sammlungen gibt es lokale Online-Kataloge, die von zu Hause oder unterwegs durchsuchbar sind. Die Bibliotheksbestände sind darüber hinaus über die regionalen und überregionalen Verbunddatenbanken KOBV und KVK durchsuchbar. Ein Großteil der Nutzer/innen durchsucht Archiv- und Bibliotheksbestände heute mit mobilen Endgeräten.

Ein lokaler OPAC für die klassischen Archivbestände ist aus datenbanktechnischen Gründen schwieriger zu verwirklichen. Zudem sind Online-Kataloge, die nur über die eigene Homepage zu finden sind und nicht über eine gemeinsame Suche mit anderen Einrichtungen verbunden sind, technisch veraltet.

Das Archivportal Europa

Die neueste Rechercheplattform für archivische Erschließungsinformationen ist das Archivportal Europa. Die erste Aufbauphase des Projektes lief von 2009 bis 2012, die finanzielle Förderung des Nachfolgeprojektes APEX (Archive Portal Europe network of excellence) bis Februar 2015. Seitdem wird das Archivportal durch die eigens dafür gegründete Stiftung Archivportal Europa gepflegt, ausgebaut und weiterentwickelt. Durch die Gründung der Stiftung und die Teilnahme europaweiter Bundes- und Nationalarchive ist der Fortbestand des Archivportals für die nächsten Jahre gesichert. Im Herbst 2014 ging außerdem das deutsche Archivportal-D online. Wir haben uns mit der Teilnahme am Archivportal Europa jedoch bewusst für die europäische Lösung entschieden, denn sowohl unsere Nutzer/innen als auch die Bestände des AGG sind international.

Das Archivportal Europa stellt allgemeine Informationen zu den teilnehmenden europäischen Archiven zur Verfügung und bietet eine archiv- und länderübergreifende Suche zu den Beständen an. Die Archive legen eine Informationsseite zur eigenen Institution an und können daraufhin Erschließungsinformationen wie Bestandsverzeichnisse und Findbücher einzelner Bestände hochladen. Die Strukturen und Standards dafür sind vom Archivportal vorgegeben.

Mit der Teilnahme am Archivportal Europa verfolgen wir das Ziel, die Sichtbarkeit der Bestände zu erhöhen und ihre Vielfältigkeit darstellen zu können. Im Archivportal können die Nutzer/innen archivübergreifend nach grünen Beständen suchen, ohne vorher wissen zu müssen, in welchen Archiven relevante Dokumente zu finden sein könnten. Bei einer Volltextrecherche nach Petra Kelly erhält man aktuell Treffer aus acht unterschiedlichen Archiven. In allen Archiven befinden sich Dokumente, die mit Petra Kelly zu tun haben, in denen ihr Name als Personenschlagwort oder im Volltext verwendet wurde. Neben Treffern aus sieben staatlichen Archiven in Deutschland wird auch das Petra-Kelly-Archiv im AGG angezeigt. Grüne Bestände lassen sich also auch in anderen Archiven finden. Das AGG darf in so einer Trefferliste allerdings nicht fehlen.

Die Einträge des Archivportals Europa sind mit allen gängigen Suchmaschinen auffindbar. Die Daten sind direkt im Archivportal hinterlegt, so dass Suchmaschinen auf sie zugreifen können. So können künftig nicht nur die Beschreibungen der Bestände und Personen oder Institutionen durchsucht werden, sondern mit den Findbüchern auch die detaillierten Beschreibungen der einzelnen Akten. Dies ist ein großer Vorteil gegenüber einem Bestandsverzeichnis, das zum Beispiel über eine lokale Datenbank auf der eigenen Homepage verfügbar gemacht wird. Die Ergebnisse, die der über unsere Archivsoftware Faust zu Verfügung gestellte Online-Katalog auswirft, werden erst durch die Suchanfrage der Nutzer/innen generiert. Deswegen

The screenshot shows the search interface of the Archivportal Europa. At the top left, there are filters for document type and date range, both currently set to 'Keine Auswahl'. A search box contains the term 'petra kelly'. Below the search box, there are checkboxes for 'Ergebnisse in der Strukturansicht anzeigen', 'eines dieser Wörter', and 'nur Material mit Digitalisaten'. The search results section shows 'Weitere Suchbegriffe: petri kelly (1) peter kelly (90) petit kelly (6) petty kelly (3)' and 'Treffer:'. Below this, there are tabs for 'Listenansicht' and 'Strukturansicht', with 'Treffer: 1 - 10 / 23' and 'Anzahl Treffer pro Seite: 10'. The 'AKTIVE AUSWAHL:' section lists selected items under 'ARCHIV:' and 'THEMA:'. The 'SUCHRESULTATE SORTIEREN:' section shows 'Übereinstimmung' selected. The main result displayed is 'A - Kelly, Petra K.' with details: 'Zur Person: Petra Karin Kelly (geb. 29. November 1947 in Günzburg, gest. 1. Oktober 19...)', 'Titel: Beständeübersicht', and 'Bestandsnummer: Tek-1 Deutschland - Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.'. Below this, another result is partially visible: 'Bild "Schwerter zu Pflugscharen" - Geschenk von Petra Kelly a... 31. Okt. 1983 Kelly, Petra'.

Trefferliste bei archivübergreifender Suche im Archivportal Europa mit dem Suchwort Petra Kelly

können die Inhalte unserer Bibliotheks- und Sammlungs-OPACs nicht durch Suchmaschinen erfasst werden.

Im Herbst 2014 haben wir damit begonnen, das Bestandsverzeichnis, das bisher für Nutzer/innen nur in der lokalen Datenbank Faust vom Lesesaal aus einsehbar war, schrittweise in das Archivportal Europa zu übertragen. Für jeden Bestand wird eine kurze, zusammenfassende Beschreibung der zum Archivbestand gehörenden Dokumente verfasst. Hinzu kommt eine Beschreibung der jeweiligen Person oder Institution, zu der der Bestand gehört. Diese biografischen Angaben oder Beschreibungen der Institution gehen zum Teil weit über die Informationen hinaus, die wir früher auf unserer Homepage anbieten konnten. Ergänzt werden die Einträge im Archivportal Europa durch Angaben zu Bestandsumfang, Laufzeit, Zugänglichkeit und ggf. weiterführender Literatur oder ergänzenden Beständen in anderen Archiven.

Das Archivportal Europa bietet die Möglichkeit, die Archivbestände in ihrer hierarchischen Struktur anzuzeigen. Statt einer reinen Auflistung ist also die genauere Struktur erkennbar. Dies ist besonders bei größeren Beständen ein Vorteil. Der Bestand von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag 1990-1994 umfasst über 1000 Akteneinheiten. Diese Menge mit einem einzigen Eintrag zu beschreiben, würde den unterschiedlichen Inhalten des Bestandes nicht gerecht. Durch die Anzeigemöglichkeiten im Archivportal können Untergliederungen des Bestandes – wie der Fraktionsvorstand oder die parlamentarische Geschäftsführung – einzeln angezeigt und beschrieben werden. Perspektivisch sollen auch Findbücher zu einzelnen Beständen hochgeladen werden, so dass von zu Hause aus nicht nur das Bestandsverzeichnis

eingesehen werden kann, sondern auch die detaillierten Beschreibungen der einzelnen Akteneinheiten.

Derzeit beteiligen sich Institutionen aus 30 europäischen Ländern am Archivportal Europa. Die meisten eingetragenen Archive stammen momentan aus Deutschland, Italien und den Niederlanden. Dabei werden sowohl Archive im Portal angezeigt, die bereits Erschließungsinformationen präsentieren, als auch Archive, die bisher nur die Informationsseite mit Öffnungszeiten und Kontaktdaten ausfüllen konnten. Das AGG ist das erste im Portal nachgewiesene Archiv einer politischen Stiftung. Die Bestandsverzeichnisse der Archive der übrigen politischen Stiftungen sind auf ihren jeweiligen Websites einsehbar und vom Archivportal-D aus verlinkt. Wir haben uns dafür entschieden, unser Bestandsverzeichnis direkt in das Archivportal Europa einzupflegen. Nur so können die archivübergreifenden Recherchemöglichkeiten vollständig genutzt werden.

Das Archivportal Europa baut nicht nur sein eigenes Portal aus, es arbeitet auch mit Europeana zusammen. Während Europeana sich als europäische virtuelle Bibliothek versteht, in der man direkten Zugang zu digitalisierten Objekten, die zum großen Teil aus audiovisuellen Sammlungen von Bibliotheken, Museen und Archiven stammen, erhalten soll, werden im Archivportal Europa archivische Erschließungsinformationen zu Beständen zur Verfügung gestellt. Beides soll künftig in Europeana gemeinsam durchsuchbar gemacht werden. Für das AGG wäre es eine Möglichkeit, die audiovisuellen Sammlungen, die bisher im lokalen Online-Katalog nur auf der eigenen Homepage zu finden sind, künftig über Europeana mit Standardsuchmaschinen recherchierbar zu machen.

5 Rezensionen

Ökologische Erinnerungsorte



Tschernobyl, die Serengeti oder der Assuan-Hochdamm sind Orte, die in jedem von uns Assoziationen hervorrufen. In dem Band «Ökologische Erinnerungsorte», herausgegeben im Jahr 2014 von Frank Uekötter, widmen sich die Autor/innen der Frage, wie sich eine Geschichte der Ökologiebewegung anhand von schlaglichtartigen Ereignissen erzählen lässt. Welche Orte, Debatten und ökologische Ereignisse haben für heutige Umweltthemen eine erinnerungskulturelle Bedeutung? Eignen sich ökologische Themen überhaupt als Erinnerungsorte?

Das Konzept der Gedächtnis- oder Erinnerungsorte entstand zu Beginn der 1980er Jahre und geht auf den französischen Historiker Pierre Nora zurück. Im Rahmen seiner Forschungen zur französischen Geschichte beschäftigte er sich auch mit kollektivem

Gedächtnis und kollektiver Identität. Das in Zusammenarbeit mit anderen französischen Historiker/innen entstandene Werk «Les Lieux de Mémoire», das Erinnerungsorte der französischen Nation vorstellt, erschien seit 1984 in sieben Bänden und stellt den Beginn der internationalen Auseinandersetzung mit Erinnerungsorten dar. Aus der sich seitdem entwickelnden Forschungstradition sind in den letzten Jahren viele Publikationen hervorgegangen. Nachdem bereits Werke zu (trans-)nationalen, europäischen, sozialdemokratischen, christlichen oder antiken Erinnerungsorten entstanden sind, gibt es nun also auch die ökologischen Erinnerungsorte. Das Buch ging aus dem von der Volkswagen Stiftung und dem Rachel Carson Center for Environment and Society in München unterstützten Projekt «Umwelt und Erinnerung» hervor.

In der Einleitung beschreibt Frank Uekötter, dass auch Umweltthemen nach Jahrzehnten voller Debatten und Auseinandersetzungen inzwischen als Teil einer Erinnerungskultur gesehen werden können. Hierbei seien die besonderen Wechselwirkungen zwischen Mensch und Natur, die häufig über den das eigentliche Ereignis betreffenden Zeitraum hinaus bis in die Gegenwart hineinwirken und als identitätsstiftend für bestimmte gesellschaftliche Kollektive gesehen werden können, von besonderer Bedeutung. So gebe es mittlerweile auch zu vielen ökologischen Themen einen historisch gewachsenen «Vorrat an Assoziationen und Erinnerungen», der jedoch nicht ausreichend aufgearbeitet sei. Der deutschen Umweltszene würde

bisher ein Sinn für Geschichte fehlen. Der Begriff Erinnerungsort ist seiner Definition nach eher im übertragenen Sinne zu verstehen, denn im Buch werden neben rein geografischen Orten auch Ereignisse wie die Atomkatastrophe von Tschernobyl, das Reichsnaturschutzgesetz von 1933 oder Personen wie Sebastian Kneipp beschrieben, denen für die jeweilige Thematik eine symbolische, identitätsstiftende Bedeutung zugeschrieben wird.

Das Buch richtet sich ausdrücklich nicht nur an ein reines Fachpublikum, sondern an eine breite, umwelthistorisch interessierte Öffentlichkeit. Dies wird durch das Themenspektrum der Beiträge deutlich, mit dem in jedem Fall eine Leserschaft jenseits des Fachpublikums erreicht werden kann.

Der Band besteht aus elf Beiträgen, die in drei Teile gegliedert sind: Beschrieben werden deutsche, grenzüberschreitende und globale ökologische Erinnerungsorte. Der Abschnitt über die ökologischen Erinnerungsorte Deutschlands beginnt mit einem überzeugenden Beitrag von Katharina Wöbse über den Knechtsand im östlichen niedersächsischen Wattenmeer. Das Gebiet, in dem sich mehrere große Sandbänke befinden, wurde ab 1952 von der britischen Royal Air Force als Übungsgelände für Bombenabwürfe genutzt. Da der Knechtsand ein wichtiger Rast- und Mauserplatz für Brandgänse ist, deren Bestand durch die Bombenabwürfe gefährdet wurde, kam es relativ schnell zu Protesten und einem wachsenden Umweltbewusstsein der Anwohner/innen. 1957 wurde der Knechtsand das bis dahin größte Naturschutzgebiet Deutschlands, das seit 1986 zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer gehört. Der Artikel stellt die Ambivalenz des Knechtsandes als Erinnerungsort sehr gelungen dar. Zwar konnte der Naturschutz an dieser Stelle auch schon in der jungen Bundesrepublik Erfolge feiern, der Erfolg führte aber auch zu Zerwürfnissen unter den Aktivist/innen. Für die Einen stand der Naturschutz uneingeschränkt an höchster Stelle. Andere, darunter Vogelschützer, die zu Beobachtungszwecken selbst viel Zeit in den betroffenen Gebieten verbracht hatten, fühlten sich durch die strengen Regeln des Naturschutzgebietes nach und nach vollständig aus ihrem persönlichen Erinnerungsort vertrieben. Heute ist dieser Konflikt außerhalb der Umweltszene nur den wenigsten ein Begriff. Insgesamt ist die Auswahl der deutschen Erinnerungsorte thematisch sehr vielfältig. Neben dem Beitrag zum Knechtsand finden sich Artikel zum «Größten Anzunehmenden Unfall», zum Wintersport im deutschsprachigen Europa, zum Reichsnaturschutzgesetz und zu Sebastian Kneipp.

In den folgenden Kapiteln werden Erinnerungsorte vorgestellt, die sich nicht ausschließlich auf die deutsche Umweltgeschichte beziehen. Franziska Torma schreibt über den Tierarzt und Verhaltensforscher Bernhard Grzimek, der mit seinem Dokumentarfilm «Serengeti darf nicht sterben» internationale Bekanntheit erreichte und das Afrikabild im Deutschland der 1960er und 70er Jahre entscheidend prägte. Sie begründet sehr genau, warum Grzimeks Filme zu einem ökologischen Erinnerungsort geworden seien. Dazu zählt sie den Fakt, dass Grzimek sich vehement in den Medien präsentiert hat, ebenso wie die Tatsache, dass die europäische und nordamerikanische Vorstellung einer menschenleeren Wildnis und die Ablehnung der Großwildjagd eine Art postkoloniale Nostalgie in der Bundesrepublik erzeugten. Sie weist allerdings im Zusammenhang mit Grzimeks Bild von der Serengeti auch auf den Unterschied

zwischen nationaler und internationaler Erinnerung hin und stellt die Frage, welche Zukunft die Serengeti als Erinnerungsort überhaupt hat, besonders in Anbetracht der Tatsache, dass die Person Grzimeks in Deutschland eine immer geringere Rolle spielt.

In einem weiteren Beitrag wird der Reaktorunfall von Tschernobyl als nationaler und transnationaler Erinnerungsort beschrieben. Hier wird erneut deutlich, dass sich die Einordnung und Bedeutung eines Erinnerungsortes je nach Perspektive und Umfeld des Betrachters sehr unterscheiden können. Am Beispiel Tschernobyl beschreibt Karena Kalmbach, inwiefern die Reaktionen auf dasselbe Ereignis in der Gesellschaft und den Medien Deutschlands und Frankreichs völlig unterschiedlich aussahen. Weitere Artikel zu grenzüberschreitenden und globalen Erinnerungsorten stellen die deutsch-russische Energiepartnerschaft, das Groundnut-Scheme und den Assuan-Hochdamm vor.

Es ist also stets eine Mischung aus persönlicher und kollektiver Erinnerung, die einen Erinnerungsort ausmacht. Dies führt auch dazu, dass in einzelnen Beiträgen die nachwirkende gesellschaftliche Bedeutung, die eine Einstufung als lebendigen ökologischen Erinnerungsort rechtfertigen würde, für den Leser weniger deutlich wird als in anderen. Einige der beschriebenen Erinnerungsorte sind sicherlich in großen Teilen der heutigen Generation kaum bekannt. Darauf weisen der Herausgeber und die Autoren selbst hin: Die ökologischen Erinnerungsorte seien auch als Experiment und Zwischenbericht zu sehen, mit dem man ausprobieren wolle, wie viel Potenzial ökologische Themen als Erinnerungsorte böten. Dies erklärt auch die thematisch breite Auswahl der Beiträge für das Buch. Auf der Webseite zum Projekt wird eine sehr viel größere Zahl an potenziellen Erinnerungsorten vorgestellt. Dennoch sei auch hier das Ziel keinesfalls Vollständigkeit gewesen und die Auswahl der Erinnerungsorte für das Buch sei exemplarisch zu sehen. Es wurden unterschiedliche Beiträge ausgewählt, um ein möglichst breites Spektrum abzubilden. Darüber hinaus werden in erster Linie aktuelle Orte vorgestellt – fast alle Beiträge behandeln Erinnerungsorte aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Frank Uekötter (Hg.), Ökologische Erinnerungsorte, Göttingen 2014.

Greenpeace. Von der Hippiebewegung zum Ökokonzern



Wie konnte es dazu kommen, dass eine kleine Gruppe von Männern aus der Protestkultur und dem Aktivistenumfeld im kanadischen Vancouver einen klapprigen alten Fischkutter bestieg und sich mit der stärksten Militärmacht der Welt, den USA, in einer der entlegensten und einsamsten Ecken des Planeten anlegte und damit den Gründungsimpuls für eine Organisation gab, die durch ihre spektakulären und medienwirksamen Aktionen zu einer der weltweit bekanntesten Umweltschutzgruppen wurde?

Frank Zelko, Professor für Umweltgeschichte an der Universität von Vermont/Burlington, zeichnet die Entwicklung dieser Organisation mit dem genialen Namen Greenpeace, ihrer wichtigsten Protagonisten, Themen, Aktionsformen und ihrer Organisationsstruktur nach. Die deutschsprachige Ausgabe ist um ein Kapitel ergänzt, das sich mit den Anfängen von Greenpeace Deutschland beschäftigt. Der Titel der englischsprachigen Ausgabe von 2013, «Make it a Green Peace! The Rise of Countercultural Environmentalism», trifft allerdings das, was Zelko tatsächlich erforscht hat, weit besser als der deutsche Titel. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt nämlich auf den ersten zehn Jahren der Entwicklung von Greenpeace in Nordamerika, den 1970er Jahren. Die 1980er Jahre, in denen Greenpeace sich zu einer international operierenden, hierarchisch strukturierten Organisation entwickelte, stehen an Tiefe und Intensität der Beschreibung den Anfangsjahren nach.

Zelkos Kapitel über die Anfänge von Greenpeace Deutschland beginnt 1980 und endet 2013. Hier versucht er einen weit größeren Zeitraum abzudecken, was notwendiger Weise interessante bundesrepublikanische Besonderheiten nur andeuten kann und Fragen unbeantwortet lässt.

Zelko hat die erste historische Untersuchung der Geschichte von Greenpeace vorgelegt, deren Quellenbasis vor allem persönliche Unterlagen und Interviews mit führenden Männern der Gründergeneration sind.

Die Anfänge im kanadischen Vancouver in den 1960er und 1970er Jahren

Hier kamen Männer, es waren offensichtlich überwiegend Männer, aus der Friedensbewegung, der Neuen Linken und der Gegenkultur zusammen, die sich in ihrem Protest gegen die westliche Mainstreamgesellschaft einig waren und ihren gemeinsamen Nenner im Glauben an die herausragende Bedeutung von Ökologie fanden. Ihr Motto «Make it a Green Peace» bildet diese Traditionen perfekt ab. Sie formten schnell ein lockeres, informelles Netzwerk von Aktivisten, Journalisten und Wissenschaftlern, deren Ideale, Motive und strategischen Vorstellungen oft weit auseinanderlagen und zu erheblichen Auseinandersetzungen geführt haben. Zunächst war der Schwerpunkt der Proteste gegen die amerikanischen unterirdischen Atomwaffentests im Nordpazifik gerichtet. Später weiteten sie ihre Proteste auf die oberirdischen Atomwaffentests Frankreichs im Südpazifik aus. Neue Kampagnenthemen kamen auf, als die tierschutzrechtlich orientierte Fraktion stärker wurde, die Kampagnen gegen Walfang und Robbenjagd. Hier differenzierten sich die sogenannten Mechaniker von den Mystikern, Aktivist/innen, die die Umwelt nicht nur reparieren und schützen wollten, von denen, die sich prinzipiell einer anderen Umweltethik verpflichtet fühlten, einer Ethik, die das hierarchische Verhältnis zwischen Mensch und Natur in Frage stellt und dem Menschen das Recht auf Ausbeutung der Umwelt abspricht.

Kampagnen mit spektakulären Bildern

Bilder von direkten Aktionen am Ort des Geschehens unter lebensgefährlichen Bedingungen für die beteiligten Aktivist/innen sind zum Markenzeichen aller Greenpeace-Aktionen geworden. Hier kommen noch einmal, wie bereits in der Namensgebung deutlich wurde, die beiden Greenpeace-Traditionen zusammen. An den Ort des Geschehens gehen und Zeugnis ablegen, steht in der Tradition der Quäker, die direkte gewaltfreie Aktion in der Tradition Gandhis. Die Inszenierung des Protestes und der Einsatz von Massenkommunikationsmitteln brachte ein neues, besonders von der gegenkulturellen Fraktion bei Greenpeace protegiertes Instrument in das Protestrepertoire. Orientiert an den Erkenntnissen des Kommunikationswissenschaftlers Marshall McLuhan wurde Protest möglichst so inszeniert, dass er klare, einfache und hoch emotionalisierende Botschaften produzierte, die mittels moderner Kommunikationsmittel um die Welt geschickt werden konnten. Sie sollten wie Gedankenbomben (Bob Hunter) auf die Massen wirken und einer globalen Umweltbewegung auf die Sprünge helfen. Hier hat Greenpeace sicherlich seine größte Wirkung entfaltet. Bilder im Stile von David gegen Goliath (kleines Greenpeace-Schlauchboot gegen Walfangschiff) oder Fotos mit Stars wie Brigitte Bardot (Brigitte Bardot mit weißem Sattelrobbebaby im Arm) sind aus unserem Bilderkanon nicht mehr wegzudenken. Weniger öffentlichkeitswirksam, dafür aber nicht unbedeutender für die Kampagnen waren das Lobbying bei nationalen und internationalen Regierungseinrichtungen und die wissenschaftliche Unterfütterung bzw. die Gegenexpertise, die Greenpeace allen seinen ökologischen Themen angedeihen ließ.

Netzwerk und/oder Konzern

Greenpeace startete als basisdemokratisches, lockeres und informelles Netzwerk ohne gesicherte organisatorische, personelle und finanzielle Basis mit sympathisierenden, lose kooperierenden Gruppen weltweit. Dieses funktionierte so lange, wie die Aktionen und der Erfolg nicht zu groß waren. Mit der thematischen Ausweitung der Kampagnen und dem zunehmenden Erfolg wurde eine Strukturierung immer wichtiger. Wollte Greenpeace eine dauerhafte Wirkung erzielen, musste es sich anders organisieren. Anfang der 1980er Jahre spielten sich erbitterte Kämpfe zwischen der basisdemokratischen und der am Unternehmensmanagement orientierten Fraktion von Greenpeace ab. Die Managementfraktion setzte sich letztendlich durch. In Vancouver wurde das erste Greenpeace-Büro mit angestelltem Personal eingerichtet, eine Finanzierungsstruktur erarbeitet und last but not least eine hierarchisch strukturierte Organisation mit Filialen weltweit aufgebaut. Das besondere Merkmal von Greenpeace wurde seine arbeitsteilige Struktur. Ein kleiner Aktivist/innenkader steht nicht aktiven, dafür aber zahlenden Mitgliedern gegenüber.

In nur zehn Jahren wurde Greenpeace Nordamerika von einem Hippienetzwerk zu einem internationalen Ökokonzern umgebaut.

Greenpeace Deutschland

Schon in den 1970er Jahren gab es eine mit Greenpeace sympathisierende Gruppe in Bielefeld, die in die bundesdeutsche Bürgerinitiativen-Szene eingebunden war. Anfang der 1980er Jahre wurde diese Gruppe über Nacht und für die dortigen Aktivist/innen vollkommen unerwartet auf Veranlassung von Greenpeace Europa nach Hamburg verlegt, wo sich seither der Hauptsitz von Greenpeace Deutschland befindet. Harald Zindler und Monika Griefahn, beide aus der Umweltschutzszenen in Norddeutschland stammend, wurden angeworben und mit dem systematischen Aufbau von Greenpeace Deutschland nach nordamerikanischem Modell betraut. Greenpeace Deutschland beteiligte sich an den Antiatomprotesten und den Kampagnen gegen die ungehemmte Luft- und Wasserverschmutzung durch die chemische Industrie. Letztere wurden zum Markenzeichen von Greenpeace Deutschland.

Und Greenpeace Deutschland vervollständigte den aus Nordamerika bekannten Bilderkanon um Fotos, die Aktivisten in Schutzkleidung und mit Gasmasken ausgestattet zeigen, wie sie an Schornsteinen von Chemiefabriken hochklettern, Protestbanner aufhängen und sich dort für längere Zeit einrichten. Dabei ist Greenpeace auch in Deutschland darum bemüht gewesen, seine Aktionen wissenschaftlich zu unterfüttern. Den staatlichen Kontrollbehörden wurde immer wieder mangelnde Kontrolle der Chemieindustrie vorgeworfen, so dass Greenpeace sich mit einem eigenen Forschungsschiff unabhängig machte, das regelmäßig die norddeutschen Gewässer auf ihre Verschmutzung hin kontrollierte.

Das politische Setting in Deutschland Anfang 1980 ist besonders interessant, weil es nicht nur das Jahr der Etablierung von Greenpeace Deutschland, sondern auch das der Gründung der Partei Die Grünen ist. Die Parlamentarisierung als strategische

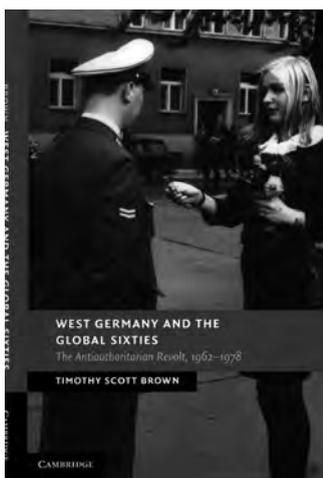
Option der Umweltbewegung wurde heftig und kontrovers diskutiert. Die Gründung einer international gesteuerten, hierarchisch und an Managementmaßstäben ausgerichteten Umweltschutzorganisation war in dieser Szene ebenfalls umstritten, denn die basisdemokratische Tradition war hier besonders stark verankert. Es bleibt erstaunlich, dass der Auf- und Ausbau von Greenpeace Deutschland so schnell und erfolgreich gelingen konnte. Greenpeace Deutschland wurde zur finanz- und mitgliederstärksten Greenpeace-Filiale überhaupt. Greenpeace war in Deutschland sogar so erfolgreich, dass es mit dem Aufbau von Greenpeace Sowjetunion bzw. Russland betraut wurde.

Zelko arbeitet in erster Linie biografisch. Er beschreibt die führenden beteiligten Männer, und im Fall von Deutschland der führenden Frau, er beschreibt und analysiert ihre sozialen, beruflichen und ideellen Hintergründe und Entwicklungen. Sein zweites methodisches Standbein ist die tendenziell anekdotenhafte Beschreibung der spektakulären Aktionen. Dabei geraten die einordnenden, analysierenden und bewertenden Betrachtungen der Geschichte von Greenpeace in den Hintergrund. Auf der einen Seite macht seine Methode das Buch anschaulich, menschlich und spannend zu lesen. Auf der anderen Seite bleiben viele Fragen wenn nicht unbeantwortet, so doch zumindest nicht abschließend beantwortet. Ein genauerer Blick auf das politische Setting von Greenpeace in der Umwelt- und Naturschutzszene Nordamerikas und Deutschlands wäre sehr fruchtbar gewesen. Unterschiedliche politische Strategien und auch Funktionalisierungen hätten noch deutlicher herausgearbeitet werden können. Auch das zumindest für Deutschland außergewöhnliche Finanzierungsmodell und die Mitgliederstruktur hätten deutlicher in den Blick genommen werden können. So bleibt nach der Lektüre dieser Organisationsgeschichte die Frage nicht ganz zufriedenstellend beantwortet, wie diese Aktivist/innen eigentlich so erfolgreich sein konnten und worin ihr Erfolg genau liegt.

Frank Zelko, Greenpeace. Von der Hippiebewegung zum Ökokonzern, Göttingen 2014.

CHRISTOPH BECKER-SCHAUM

West Germany and the Global Sixties. The Antiauthoritarian Revolt, 1962-1978



Timothy Brown hat eine fulminante Geschichte der antiautoritären Revolte von 1962 bis 1978 geschrieben. Der Titel des Buches, «West Germany and the Global Sixties», und die acht Kapitelüberschriften «Space», «Time», «Word», «Sound», «Vision», «Power», «Sex» und «Death» signalisieren den Leser/innen sogleich die Herangehensweise des Autors. Die Akzente seiner Darstellung der antiautoritären Bewegung liegen auf den transnationalen Bezügen der westdeutschen Entwicklungen und auf einer kulturellen Differenzierung des Politischen. Das ist nicht nur an sich interessant, sondern auch im Kontext der Historisierung der Entstehung der Grünen. Brown schildert den Wandel der Kultur der Politik in den anderthalb Jahrzehnten, die der Gründung der Grünen vorausgehen, ohne welche die Geschichten der nachfolgenden grünen und autonomen Bewegungen nicht verstanden werden können.

Diese Geschichte der Kultur des Politischen ist eine wichtige Ergänzung der politischen Ideengeschichte der Gründergeneration der Grünen, wie sie zuletzt Silke Mende («Nicht rechts, nicht links, sondern vorn»: Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München: Oldenbourg 2011) vorgelegt hat. Dabei hat der Autor ein Faible für die anarchistischen Strömungen der Revolte. Auch insofern ergänzt er Silke Mendes Ideengeschichte. Zugleich wird die doppelte Funktion der antiautoritären Bewegung im Verhältnis zu den nachfolgenden deutlich. Der vorausgehende Wandel der Protestkultur war einerseits eine Voraussetzung für die Entstehung einer Bewegung wie die Grünen, aber auch eine notwendig zu überwindende Bewegung. Ludger Volmer hat dieses doppelte Verhältnis mit der Figur des 78ers als Gegenentwurf zu den 68ern ausgedrückt (Die Grünen. Von der Protestbewegung zur etablierten Partei – Eine Bilanz, München: C. Bertelsmann 2009). Auch bei Silke Mende konnte man lesen, wie viele von den Vorgängerbewegungen zur Zeit der Gründung der Grünen erschöpft waren und untergegangen sind. Unter dem Gesichtspunkt, wie wichtig und interessant die

Protestgeschichte der Bundesrepublik als Vorgeschichte der Grünen sein kann, ist Browns Buch unbedingt lesenswert.

Statt alle Kapitel etwas anzureißen, möchte ich auf eines seiner zentralen Kapitel ausführlicher eingehen, das Kapitel «Word». Die Darstellung beginnt mit der Gegenbuchmesse im September 1968. Zu diesem Zeitpunkt hatten die etablierten Verlags-häuser wie Rowohlt, Suhrkamp und Kiepenheuer & Witsch ihr Sortiment für den neuentstandenen Bedarf an Titeln zur revolutionären Theorie und Geschichte um die entsprechenden Buch- und Taschenbuchreihen erweitert. Auf der Gegenbuchmesse präsentierten sich ca. 70 Aussteller aus den Reihen der Alternativ- und Untergrundpresse. Sie waren sich in der generellen Ablehnung bürgerlicher Verlage als Vehikel der Verbreitung revolutionärer Literatur einig. Gleichzeitig führte der Frankfurter SDS Aktionen auf der Buchmesse und an der Paulskirche gegen die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an den senegalesischen Präsidenten Senghor durch. Ihm wurde zum einen seine Doktrin der Négritude, eine Politik der engen Anlehnung an die frühere Kolonialmacht Frankreich vorgeworfen, zum anderen die brutale Verfolgung der Studentenbewegung an der Universität in Dakar, die vom Pariser Mai inspiriert war. Die Aktionen der Frankfurter Studenten wurden durch die Polizei unterdrückt, was zu Spannungen bei den Verlagen auf der Buchmesse führte, so dass es insgesamt zu einer bis dahin unbekanntem Politisierung der Buchmesse kam.

Weitere Abschnitte des Kapitels sind der Untergrundpresse gewidmet, zum Beispiel der Praxis der Raubdrucke. Grundsätzlicher ist, was Brown über den transnationalen Charakter der Untergrundpresse schreibt. Rolf Dieter Brinkmann und Jörg Schröder beispielsweise waren als Verlagsgründer, Publizisten und Übersetzer aktiv. Sie besaßen beste Verbindungen zu den Undergroundszenen in den USA und England/London und wurden durch ihre publizistische Arbeit entscheidende Vermittler zwischen diesen Szenen und der bundesrepublikanischen. Außerdem waren ihre und andere Untergrundverlage das wesentliche Organ der Selbstreflexion des politischen und subkulturellen Protestes. Der folgende Abschnitt zum Widerhall der revolutionären literarischen Subkultur behandelt u.a. Hans Magnus Enzensberger, Uwe Johnson, Peter Weiss und Peter Handke, um nur einige zu nennen.

Das Kapitel wird abgeschlossen durch einen Abschnitt über alternative Verlage, wobei die neuen Verleger nicht selten Mitarbeiter der traditionellen Verlagshäuser gewesen waren, exemplarisch hier die Gründung des Verlags der Autoren. Mit den neuen Verlagen kamen aber auch neue Vertriebswege. Brown geht hier u.a. auf Josef Wintjes' Ulcus Molle Infodienst ein.

In ähnlicher Weise schildert Brown im Kapitel «Sound» die Essener Songtage von 1968 und die Anfänge von Ton, Stein, Scherben und im Kapitel «Vision» die Happeningkunst von Joseph Beuys. Das Kapitel «Power» behandelt nicht nur facettenreich die Konfrontationen von antiautoritärer Bewegung und Staatsgewalt, sondern auch die internen Spaltungen innerhalb der Protestbewegung einschließlich des Anti-Antiautoritarismus der K-Gruppen. Selbstverständlich ist die RAF ein Thema und vieles andere, auf das hier auch nicht eingegangen werden kann. Wichtiger ist die Anerkennung, dass die Darstellung politische Aktionen und Theorie sowie Kunst

und Literatur ausgewogen berücksichtigt, auch ihre Selbstreflexion von Theorien und Aktionen nicht außen vor bleibt und bei all dem der transnationale Charakter herausgearbeitet wird. «From the influence of English and American countercultural drug-treatment models on the formation of Release to the inspiration of revolutionary events such as the Paris May and models such as the Italian group Lotta Continua – each heavily stamped by the presence of activists from abroad – the antiauthoritarian revolt in West Germany was a product of transnational exchanges and global vision.» (S. 284)

Timothy Scott Brown, West Germany and the Global Sixties. The Antiauthoritarian Revolt, 1962-1978, Cambridge: Cambridge University Press 2013.

Die Grünen und die Pädosexualität. Eine bundesdeutsche Geschichte



Bei dem hier zu besprechenden Band handelt es sich um die vom Bundesvorstand der Grünen beauftragte Studie zu «Umfang, Kontext und Auswirkungen pädophiler Forderungen in den Milieus der Neuen Sozialen Bewegungen sowie bei den Grünen», so der Titel des Forschungsprojekts auf der Homepage des von Franz Walter geleiteten Göttinger Instituts für Demokratieforschung. Dort stehen auch die Namen der elf Projektmitarbeiter/innen. Das «Gutachten», wie es oft apostrophiert wird, ist also ein Kollektivwerk des Göttinger Instituts, und obwohl es auf den ersten Blick wie ein wissenschaftlicher Sammelband aufgemacht ist, ist es dennoch eine einheitlich durchstrukturierte Sammlung von Beiträgen, die als Ganzes das beauftragte

Gutachten bilden. Die allererste Frage, noch vor der, was die Göttinger denn nun herausgefunden haben, ist deshalb die, wie sie sich dem Gegenstand genähert haben.

In der Einleitung (S. 15) unterscheiden die Mitherausgeber Stephan Klecha und Alexander Hensel zwischen der institutionell gefassten Politik und der im Hintergrund der Politik geführten Debatte darüber, welche Gegenstände dem Bereich der Politik zugerechnet werden und welche nicht. Das heißt im konkreten Fall Aufstieg und Politisierung der Debatte über Pädophilie, aber auch schließlich ihre Marginalisierung. Die Studie enthüllt dementsprechend nicht nur, wie die Grünen ein Ort wurden, an dem über die Forderung nach Straffreiheit pädosexueller Vergehen debattiert wurde, sondern analysiert genauso spannend, wie sich in der Frauenbewegung und bei den Grünen, aber nicht zuletzt auch in der Schwulenbewegung die Gegenkräfte formiert haben und wie beide Tendenzen mit der Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik in den 1980er Jahren zusammenhängen. Am weitesten holt die Studie aus, wo sie die unterschiedlichen Diskurse der 1970er Jahre analysiert, die die unmittelbaren Voraussetzungen der manifesten Debatte bei den Grünen in den 1980er Jahren bilden.

Auf einen ideengeschichtlichen Überblick folgen Darstellungen der Entwicklung der Sexualwissenschaft, der Anti-Pädagogik, der Reform des Sexualstrafrechts und der Entstehung der westdeutschen Pädophilen-Bewegung, die alle die gesellschaftliche und politische Situation bis zur Entstehung der Grünen am Ende der 1970er Jahre

beschreiben. Dann folgt der zentrale Beitrag von Stephan Klecha: «Niemand sollte ausgegrenzt werden: Die Kontroverse um Pädosexualität bei den frühen Grünen». Der anschließende Beitrag behandelt die Gegendiskurse, was mehr ist als nur die «Verdrängung der Pädophilie-Debatte», so der Untertitel des Beitrags von Johanna Klatt, Alexander Hensel und Oliver D'Antonio (S. 228). Abgeschlossen wird das Ganze durch einen Kommentar von Franz Walter, der einzelne Aspekte in Richtung auf weitergehende Fragen pointiert. Das hier auf den letzten Seiten enthaltene 41 Zeilen lange Zitat aus den Ausführungen von Sándor Ferenczi beim XII. Internationalen Psychoanalytischen Kongress von 1932 zu den Traumata von Erwachsenen, die als Kind sexuelle Übergriffe erlittenen haben, hätte ich gern früher gelesen.

Einen «tour d'horizon durch die Ideengeschichte des Pädosexualitätsdiskurses» nennt Danny Michelsen seinen Beitrag «Pädosexualität im Spiegel der Ideengeschichte». Dabei fokussiert er auf das Nachdenken über Legitimität und Legalität sexueller Kontakte zwischen Erwachsenen und Kindern bzw. Jugendlichen auf diejenigen Argumentationen, die in den Kontroversen um die Liberalisierung des Sexualstrafrechts in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren wiederkehren sollten.

Michelsen führt aus, warum sich Protagonisten der Liberalisierung entgegen der verbreiteten Ansicht nicht einfach auf die Antike berufen können. Pädosexuelle Praktiken seien vielmehr nie unumstritten und speziell in Rom niemals öffentlich anerkannt gewesen. Aristoteles, der für die nächsten 1500 Jahre ausschlaggebende Philosoph hat sie als krankhaft verurteilt. Das Ideal der Pädophilie bei Platon, im Symposium, ist das einer rein geistigen Pädophilie, während Pausanias, einer der Diskussionsteilnehmer im Symposium, das gesetzliche Verbot fordert. Diese Verurteilungen, Verbote und Sublimierungen sind natürlich zuverlässige Indizien einer verbreiteten Praxis im antiken Griechenland. Im christlichen Mittelalter ist die Ambivalenz anders gelagert. Moralthologisch ist Päderastie so abwegig, dass sie in den Verbotskatalogen, etwa bei Thomas von Aquin, gar nicht aufgeführt werden muss. Andererseits gibt es keine Vorstellung von Kindheit, die eine besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern impliziert, so dass Kinder «ständig der Gefahr sexueller Übergriffe ausgesetzt» waren (S. 32; Zitat im Anschluss an David Hunt, *Parents and Children in History*). Mit Renaissance und Humanismus, danach mit der klassizistischen Überhöhung der griechischen Antike seit J. J. Winckelmann im 18. Jahrhundert kommt die päderastiefreundliche Verirrung führender Intellektueller der Weimarer Klassik und des 19. Jahrhunderts, hier namentlich bei Nietzsche und Schopenhauer. Auch die Entstehung der durchaus kritischen Sexualwissenschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die Pädophilie erstmals als eigenständige psychosexuale Perversion von anderen krankhaften Verhaltensabweichungen unterscheidet, hält die erotisch-literarische Behandlung der Pädophilie bei Thomas Mann und Lewis Carroll nicht auf. Eine weitere Renaissance erlebt die Pädophilie in Teilen der Reformpädagogik und der Landerziehungsheimbewegung, obwohl mit Gustav Wyneken einer ihrer Protagonisten einschlägig verurteilt wird. Schließlich artikulieren sich die Protagonisten der Liberalisierung der Pädosexualität im Kontext der sexuellen Revolution seit den 1960er Jahren.

Die folgenden vier Beiträge sind dem näheren historischen Vorfeld der grünen Pädophilie-Debatte seit den 1960er Jahren gewidmet. Die Göttinger haben sich für vier Stränge entschieden: die Debatte um die Befreiung der Sexualität, das Kindheitskonzept in der Reform- und Anti-Pädagogik, die Reform des Sexualstrafrechts und die Entstehung der Pädophilenbewegung. «Sexualität und Herrschaft». Zur Politisierung des Orgasmus» ist der Beitrag von Tobias Neef und Daniel Albrecht überschrieben, nicht ganz passend meines Erachtens. Die Autoren beginnen mit den beiden Kinsey-Reports von 1948 und 1953, die auf der Basis von einigen Tausend Interviews das sexuelle Verhalten von Männern und Frauen in ihrer empirischen Vielfalt darstellen wollten und dabei mit zahlreichen Tabus brachen, z.B. über die Verbreitung von Homosexualität, indem sie beispielsweise eine Siebener-Skala für die Erfassung der sexuellen Orientierung von Heterosexualität über Bi-Sexualität bis Homosexualität benutzten. Für die Studien wurden übrigens auch Pädophile befragt. Die erste Reaktion in Deutschland, insbesondere in wissenschaftlichen Kreisen, bestand im Bemühen um eine Verteidigung der konservativen Sexualmoral. Auch der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung (DGfS) galt Homosexualität noch als «Inbegriff der Abnormität» (S. 63). Der Vorsitzende Hans Giese, selbst ein Homosexueller, suchte eine «bürgerliche und sozial verträgliche Homosexualität» (S. 64) zu definieren, formulierte auch bereits 1950 einen Aufruf zur Streichung des § 175, aber bis zur Reform des Paragrafen 1969 und solange die Justiz auch ganz real Strafverfahren einleitete, waren die Bemühungen um Anerkennung der Homosexualität mit Selbstverleugnung verbunden. Die Politisierung der Sexualität ist vor allem mit den Namen von zwei Emigranten verbunden, mit Herbert Marcuse und dem 1957 verstorbenen Wilhelm Reich. Ihre Rezeption in der Studentenbewegung der 1960er Jahre enthüllte, dass die sexuelle Befreiung die notwendige Voraussetzung für eine befreite Gesellschaft sei. Das hatte umfassende Folgerungen für die Sexualpädagogik, die bereits 1960 Gegenstand eines Kongresses der DGfS war, aber am Ende des Jahrzehnts mit Günter Amendts Sex-Front einen Bestseller hervorbrachte. Nach der erwachsenen Homosexualität war damit die kindliche und jugendliche Sexualität in den Vordergrund gerückt. Die Unterdrückung der kindlichen Sexualität war schon bei Herbert Marcuse ein zentrales Thema. In den 1970er Jahren rückte die Pädophilie in die Aufmerksamkeit der herrschaftskritischen Psychologie und Sexualwissenschaft. Erst die Erweiterung des Sexualitätsbegriffes um eine eigenständige kindliche Sexualität ermöglichte, dass man sexuelle Akte zwischen Erwachsenen und Kindern und Jugendlichen anders als sexuellen Missbrauch denken konnte.

«Stück für Stück holen wir uns unsere Kindheit zurück!» Unter dieser Parole als Überschrift diskutieren Katharina Trittel und Jöran Klatt eine Reihe von Debatten, die in den 1970er Jahren den pädagogischen Mainstream herausfordern sollten. Das Modell der an der Summerhill School von Alexander S. Neill praktizierten antiautoritären Erziehung war Vorbild für Pädagog/innen, die die Erziehungsbedürftigkeit von Kindern überhaupt in Frage stellten. Erziehung und Sozialisation bedeuten, dass Erwachsene Kinder zur Mündigkeit führen müssen. Darauf beruht die Legitimität der staatlichen Erziehung, gegen die die Antipädagogik rebellierte, weil sie in den Erziehungsinstitutionen einen repressiven Apparat zur Anpassung der Individuen sah.

Das schließt die Kritik an der Unterdrückung der kindlichen Sexualität ein. Im Kampf gegen die autoritäre Erziehung, gegen das Unrecht, das Kindern im Namen der Erziehung zugefügt wird, werden die antipädagogischen Lehrer/innen zu Freund/innen der ihnen anvertrauten Kinder, ohne dass die fortbestehenden Machtverhältnisse zwischen Schüler/innen und Lehrer/innen-Freund/innen aufgearbeitet würden, eine Art «Quadratur des pädagogischen Teufelskreises» (S. 88). Dem antirepressiven Ansatz entsprechend formiert sich im Kontext der Antipädagogik eine Kinderrechtsbewegung, für deren Anliegen sich die Grünen in Gründung, aber auch der Deutsche Kinderschutzbund (DKSB) offen zeigen. Es gibt vor allem auch personelle Überschneidungen zu den Grünen. Der Beitrag nennt beispielsweise die Nürnberger Indianerkommune, Kinderbefreiungsfronten und Kinderfrühlänge und geht ausführlich auf den Verein Freundschaft mit Kindern ein, der bundesweit über Ableger verfügte. In Bezug auf die Forderungen der entstehenden Pädophilenbewegung vertreten diese Gruppen sehr unterschiedliche, sogar «gegenläufige» (S. 96) Positionen. So wirft der Verein Freundschaft mit Kindern der Nürnberger Indianerkommune vor, dass diese nicht die Interessen der Kinder und Jugendlichen, sondern die pädophiler Erwachsener vertrete (S. 98).

Im Mittelpunkt des Beitrags von Franz Walter, «In dubio pro libertate», steht die dreitägige Anhörung des Deutschen Bundestags zum Vierten Strafrechts-Änderungsgesetz am 23.-25. November 1970 und hier insbesondere das Auftreten einer Gruppe liberaler Strafrechtsprofessoren. 1962 hatte die Bundesregierung den Regierungsentwurf zur Strafrechtsreform veröffentlicht, zu dem eine Gruppe von Strafrechtsprofessoren in den Jahren von 1965 bis 1967 einen Alternativentwurf erarbeitete, welchen die FDP, seit 1966 in der Opposition, komplett übernahm und in den Bundestag einbrachte. Das nach dem Zweiten Weltkrieg gültige Strafrecht hatte im Abschnitt zum Sexualstrafrecht der bundesrepublikanischen Gesellschaft eine verbindliche moralische Ordnung auferlegt, doch war der damit verbundene staatliche Anspruch Ende der 1960er Jahre längst obsolet. Also lieferte die «moralische Ordnung» auch keine Begründung für die Strafwürdigkeit anstößigen Verhaltens mehr, stattdessen musste nun auf die Schäden durch das inkriminierte Handeln rekurriert werden. In diesem Sinne insistierte Theodor W. Adorno darauf, dass «Sex von Erwachsenen mit Nicht-Erwachsenen» nur dann bestraft werden könnte, «wenn hinreichend empirische Studien» Schäden durch «dergleichen Handlungen» nachwiesen. «An solchen Untersuchungen aber fehlte es», schreibt Walter (S. 113). Insbesondere gab es keine Langzeituntersuchungen. Die Koryphäen der Wissenschaft mussten deshalb passen. Walter zitiert den Ausruf der Soziologin Helge Pross: «Ich weiß es nicht, ich weiß es wirklich nicht» (S. 119), was aber dem selbstbewussten Auftreten der Professorenriege keinen Abbruch tat. Anders ausgedrückt, wenn später gesagt worden ist, dass sich die Grünen in der Pädophiliedebatte in Übereinstimmung mit dem damaligen Wissensstand der Sexualwissenschaft befunden hätten, dann ist das nicht ganz richtig. Die Professoren in der Anhörung des Bundestags sahen sich, von Ausnahmen abgesehen, außerstande, die Schadensfolgen pädosexueller Handlungen nachzuweisen. Es ist etwas ganz anderes, positiv zu behaupten, dass es die Schäden nicht geben würde. Dergleichen hat nur Helmut Kentler behauptet: «Erotische Elemente

in Erziehungsprozessen sind sicher höchst wertvoll.» (S. 122) Er plädierte konsequent für völlige Straffreiheit. Es hat also weder in die eine Richtung noch in die andere belastbare Forschungen gegeben. Auch die asymmetrischen Machtverhältnisse in sexuellen Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern und Jugendlichen wurden 1970 nicht thematisiert. Eine kritische Stimme aus der Anhörung sei noch zitiert, die von Rudolf Affemann, der so etwas wie ein Störenfried in der Reformeuphorie war. Er führte aus psychoanalytischer Sicht aus, dass die Folgen pädosexueller Handlungen erst nach sehr langer Zeit manifest werden könnten. «Prägungen der Sexualität von außen können demnach über lange Zeiträume im Unbewussten verharren, hier bearbeitet oder durch Abwehr unten gehalten werden, bis sie schließlich, wenn sie entsprechend stark und die Normen und Kräfte der Abwehr anders oder schwächer geworden sind, darauf in das Bewusstsein durchbrechen und nunmehr das bewusste Sexualverhalten lenken.» (S. 120)

Von «Knabenliebhabern» und «Power-Pädos» ist der Beitrag von Alexander Hensel, Tobias Neef und Robert Pausch überschrieben, der der kurzlebigen westdeutschen Pädophilenbewegung gewidmet ist. «Eine erfolgreiche pädophile Selbstorganisation fand erst nach der Mitte der 1970er Jahre statt», schreiben die Autoren (S. 136), und zehn Jahre später befand sich diese bereits wieder im Prozess der Marginalisierung. Es ist auch nicht so, dass sie die Massen mobilisiert hätte, es handelte sich um eine «übersichtliche politische Bewegung» (S. 137). Vielleicht sollte man unter diesen Umständen mit der Verwendung des Begriffs zurückhaltend sein.

Bis Ende der 1960er Jahre bildeten Pädophile eine Nische innerhalb der Homophilen und empfanden sich als diskriminierte Minderheit innerhalb einer Minderheit. Obwohl sie wie keine andere Gruppe mit dem Makel der Unzucht behaftet war, sah sie sich selbst als Avantgarde, die in besonderer Weise zur Wahrung der abendländischen Kultur befähigt sei (S. 139). In diesen reaktionären Kreisen wirkte beispielsweise der Arzt Willhard S. Schlegel, der 1939 bei Verschuer promoviert hatte und die Ansicht vertrat, dass 50 Prozent der heranwachsenden Jungen einer «straffen Führung auf homosexueller Grundlage» bedürfe, um «ihren Charakter zu formen» (S. 139).

Die Autoren der Strafrechtsreform von 1969 gingen davon aus, dass Homosexualität durch homosexuelle Erfahrungen im Kindes- und Jugendalter entstehe. Sie sahen sich deshalb, sozusagen aus Jugendschutzgründen, zur Einführung einer Schutzaltersgrenze von 21 Jahren verpflichtet. Die Aufhebung bzw. Senkung dieser Altersgrenze auf 14 Jahre wurde zum Anliegen der ersten nach 1969 gegründeten Pädophilenorganisationen, zuerst DAB 175, später DAP, aber diese Organisationen kamen 1974 «zum Erliegen» (S. 142). Und obwohl diese Forderung faktisch der Abschaffung des § 175 entsprochen hätte, grenzte sich die Mehrheit der Homosexuellen von den Pädophilen ab.

1976 wurde Peter Schult, ein Mitarbeiter des linken Münchener Szenemagazins *Blatt*, der auch bei der Roten Hilfe und in anderen linken Zusammenhängen aktiv war, wegen Unzucht mit Minderjährigen zu einer Haftstrafe verurteilt, übrigens gleich zweimal, denn er wurde zwei Jahre später rückfällig und umgehend wieder verurteilt. Der Fall Schult wurde in der linken Presse über einen längeren Zeitraum und zwar vor allem als Schlag gegen einen Genossen aufgegriffen, und Schult selbst inszenierte

sich als Kämpfer gegen die bürgerliche Sexualmoral (S.145), aber diese Sicht wurde vom linken Feminismus nicht geteilt. Alice Schwarzer schrieb: «Ich halte Pädophile nicht für eine zu befreiende verkannte Minderheit, sondern für das willkommene Sprachrohr einer Männergesellschaft, die es schon immer gut verstanden hat, ungleiche Beziehungen als «gleich» zu propagieren.» (Das Zitat steht nicht hier, sondern bei Sven Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Frankfurt/Main: Suhrkamp (stw) 2014, S. 771.)

Im Herbst 1978 kam es zur Gründung der Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie (DSAP). Die DSAP war ins Vereinsregister eingetragen und anerkannt gemeinnützig, sie verfügte über eine Reihe von Regionalgruppen und war gut vernetzt, von der Humanistischen Union und den Deutschen Jungdemokraten über Aktivisten der Kinderrechtsbewegung und die wichtigsten Homosexuellen-Organisationen bis zum Kommunistischen Bund und zur *taz*, seit ihrer Gründung 1980 auch zu den Grünen. Die DSAP besaß ein wissenschaftliches Kuratorium, dem u.a. Katharina Rutschky und Helmut Kentler angehörten (S. 147-149). Derart im politischen und öffentlichen Raum vernetzt, versuchte die DSAP ihre Forderungen im Bundestagswahlkampf 1980 zu präsentieren und erreichte, dass sie bei der bundesweiten Veranstaltung «Parteien auf dem Prüfstand» im Juli 1980 einen Platz auf dem Podium bekam (S. 149). Die Veranstaltung wurde übrigens wegen Störaktionen der Nürnberger Indianerkommune und anderer Gruppen abgebrochen. Die verschiedenen Gruppen innerhalb der DSAP gelangten jedoch zu keinem Konsens über ihre Forderungen. Stattdessen kam es zu «grotesken Beschuldigungen, Drohungen und Erpressungen» und darüber im Mai 1983 zur Auflösung der Organisation (S. 150). Von den DSAP-Aktiven tauchen einige in der dann gegründeten BAG SchwuP der Grünen auf, z.B. das DSAP-Vorstandsmitglied Dieter Ullmann.

Stephan Klecha ist der Autor des zentralen Beitrags über die Aufnahme pädosexueller Forderungen durch die Grünen: «Niemand sollte ausgegrenzt werden: Die Kontroverse um Pädosexualität bei den frühen Grünen». Das erste Bestreben von Klecha geht darauf, die Phasen, Kontexte und Handlungsabläufe der einzelnen Programmaussagen detailliert nachzuzeichnen. Außerdem liefert er einen phasenübergreifenden Erklärungsansatz. Die einzelnen Phasen sind: die Verabschiedung des im Grundsatzprogramm von 1980 enthaltenen Kompromisses zur bedingten Straffreiheit pädosexueller Taten; die nachfolgende Übernahme des Saarbrücker Kompromisses in Landesprogramme und Wahlplattformen; die Formulierung von Programmaussagen zur Kinder- und Jugendpolitik, die in Saarbrücken offen geblieben waren; die Aktivitäten der 1983 gegründeten Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule, Transsexuelle und Päderasten (BAG SchwuP) bis 1985; die Wiederaufnahme der innerparteilichen Kontroverse 1984/85, insbesondere im Zusammenhang mit der Verabschiedung des nordrhein-westfälischen Wahlprogramms 1985; die Verschiebung der innerparteilichen Debatte bei den Grünen, insbesondere im Zusammenhang mit der Kontroverse um das Strafmaß bei Vergewaltigung; die Verschiebung der Prioritäten innerhalb der Schwulenbewegung im Zusammenhang mit dem Auftreten von AIDS und der damit einhergehenden Gründung neuer Organisationen, namentlich der Deutschen AIDS-Stiftung und des Bundesverbands Homosexualität; schließlich

die Neuformierung der Homosexuellen bei den Grünen mit der Neugründung der Bundesarbeitsgemeinschaft Schwulenpolitik nach dem Desaster der NRW-Landtagswahl von 1985, wobei zuerst die Beratungen zum Wahlprogramm für die Bundestagswahl im Januar 1987 gezeigt haben, wie sehr die Bereitschaft der Grünen – auch der Homosexuellen bei den Grünen – gesunken war, Forderungen der Pädophilen zu unterstützen. In der Kinder- und Jugendpolitik der Grünen, in der die Nürnberger Indianerkommune ebenfalls versucht hatte, ihre Forderungen durchzubringen, wurde stattdessen zunehmend die Arbeit der Opferverbände thematisiert. Damit waren allerdings nicht sofort und überall alle Nachwirkungen der Kontroverse beseitigt. Bis in die erste Hälfte der 1990er Jahre tauchen vereinzelt pädophile Forderungen auf, am längsten im Landesverband Berlin, was nach Ansicht von Klecha damit zusammenhängt, dass die Grünen ihre Homosexuellengruppen nicht spalten wollten.

Klecha liefert neben der detaillierten Darstellung der Phasen, in denen es zur Aufnahme pädosexueller Forderungen durch die Grünen gekommen war, einen Interpretationsvorschlag, warum pädosexuelle Forderungen bei den Grünen verfangen konnten. Er nennt vier Faktoren: die ideologische Aufladung des Sexualitätsthemas, ein Erbe der Studentenbewegung und ihrer Wilhelm-Reich-Lektüre; der politische Ansatz der Grünen, sich Forderungen von Minderheiten zu eigen zu machen, nicht zuletzt, um durch die Bündelung die 5-Prozent-Hürde zu meistern; die verbreitete Gleichsetzung von «Staat und Repression», aus der eine Spannung zwischen dem Prinzip der Gewaltfreiheit, wie es im Gründungskompromiss der Partei formuliert war, und der Kritik am staatlichen Gewaltmonopol resultierte – das schützte die Pädophilen, die sich als Repressionsopfer darstellten; und viertens bezogen sich die Grünen gern auf wissenschaftliche Erkenntnisse, auch wenn sie nicht der herrschenden Meinung entsprachen. Das war beim Atomthema «essentiell» (S. 165), schützte aber auch die Behauptungen der Pädophilen. Durch Verschiebungen in der politischen bzw. gesellschaftlichen Lage wie bei der Prioritätensetzung bei den Grünen und in der Homosexuellenbewegung haben die vier genannten Faktoren an Einfluss verloren und so zum Beiseiteschieben der pädosexuellen Forderungen geführt. Von mitentscheidender Relevanz war, dass das in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre entstandene Bündnis von Homosexuellenbewegung mit den Pädophilen in der Mitte der 1980er Jahre wieder zerbrach und dadurch den Grünen die Neuorganisation ihrer schwulenpolitischen Arbeitsgemeinschaften erleichterte, während die Pädophilen politisch marginalisiert wurden.

Johanna Klatt, Alexander Hensel und Oliver D'Antonio haben diesen Prozess im Anschluss differenziert beschrieben: «Andere Perspektiven, neue Fronten. Die Verdrängung der Pädophilie-Debatte ab den 1980er Jahren». Die Autor/innen untersuchen zuerst die Auswirkungen der neokonservativen Wende mit ihrem roll back der «linksliberalen Reform- und Emanzipationsforderungen» (S. 250). Die Bedeutung der neokonservativen Wende oder ob sich hinter dem Begriff nicht doch ein Weiter-so verbirgt, mag dahingestellt bleiben. Von zentraler Bedeutung ist dagegen der zweite Abschnitt, der die Entwicklungen innerhalb der Frauenbewegung thematisiert. Die Feministinnen haben sich in den 1980er Jahren mit der ganzen Bandbreite von Gewalt gegen Frauen auseinandergesetzt und diese Themen in die Öffentlichkeit gebracht, ja,

die Öffentlichkeit dafür häufig überhaupt erst sensibilisiert, wie die berühmt gewordene Bundestagsrede von Waltraud Schoppe exemplarisch gezeigt hat. Das reicht von der Belästigung am Arbeitsplatz bis zur Vergewaltigung in der Ehe und schließt den sexuellen Missbrauch an Mädchen ein. Gleichzeitig wurden Selbsthilfeeinrichtungen gegründet, von Frauenhäusern über Frauentaxis und Notruftelefonen bis zur Förderung nach Anerkennung von frauenspezifischen Verfolgungsgründen als Asylgrund. Schließlich entwickelten die Feministinnen auf der Basis der seit den 1970er Jahren vorangebrachten Frauenforschung wissenschaftliche «Gegenexpertise», sodass in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre eine verbesserte «empirische Datenlage zum sexuellen Missbrauch» (S. 235) vorlag. Die Einrichtung von Informations- und Hilfsangeboten für Mädchen und Jungen, die sexuell missbraucht worden waren, war ein weiterer Schritt, der wie alle genannten mit der Gründung von Frauengruppen verbunden war, die sich hier engagierten. Alle diese Aktivitäten und Themen wurden von der Bundesarbeitsgemeinschaft Frauenpolitik und dem Arbeitskreis Frauenpolitik reflektiert und vielfach in eigene Initiativen umgesetzt. Gegen diese geballte Frauenpower hatte die BAG SchwuP keine Chance.

Noch mal zurück zu Franz Walter und seinem erwähnten langen Ferenczi-Zitat im Schlusskapitel. In dem Zitat ist vieles ausgesprochen, was auch Gegenstand der Bundestagsanhörung von 1970 war, nämlich dass Kinder «viel öfter, als man es zu ahnen wagt, wirklichen Vergewaltigungen zum Opfer» fallen ... In dieser Situation fühlen sich Kinder «körperlich und moralisch hilflos, ihre Persönlichkeit ist noch zu wenig konsolidiert, um auch nur in Gedanken protestieren zu können, die überwältigende Kraft und Autorität des Erwachsenen macht sie stumm, ja beraubt sie oft der Sinne. Doch dieselbe Angst, wenn sie einen Höhepunkt erreicht, zwingt sie automatisch, sich dem Willen des Angreifers unterzuordnen, jede seiner Wunschregungen zu erraten und zu befolgen.» (Zitiert nach S. 259-260.) Hier wie an vielen anderen Stellen des Buches wird klar, dass die Geschichte an keiner Stelle alternativlos ist. An allen Weichenstellungen gab es Personen mit expliziten Gegenmeinungen. Aber wie viele reale Möglichkeiten gab es zu intervenieren, die ungenutzt blieben? Die Frage, warum diese Interventionen ausblieben, verlangt noch weitere Untersuchung.

Eine Schlussbemerkung: Da viele der hier ausgewerteten Quellen im Archiv Grünes Gedächtnis liegen, ist eine Bewertung der Forschung an den Quellen in diesem Heft etwas unangemessen, aber eine kurze Bemerkung sei erlaubt. Die vorgelegte historische Betrachtung der Pädophiliedebatte bei den Grünen ordnet sie in einen Gesamtzusammenhang ein, aber sie räumt sie nicht weg. Sie macht sie verständlich, zugänglich, lehrreich, ohne sie sozusagen abzuhaken. Dafür mag ich das Buch.

Franz Walter, Stephan Klecha, Alexander Hensel (Hg.), Die Grünen und die Pädosexualität. Eine bundesdeutsche Geschichte, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2015.

Bündnis 90/Die Grünen Hessen: Entstehung und Entwicklung bis zur Landtagswahl 2009



Vor dreißig Jahren, als die vergleichende Parteienforschung nach den Ursachen forschte, warum sich einige grüne Parteien leichter im parlamentarischen System behaupteten als andere, diente die Lebenszyklentheorie von Mogens Pedersen als gern benutztes Erklärungsmodell (z.B. bei Ferdinand Müller-Rommel, Grüne Parteien in Europa). Vor zehn Jahren hat der belgische Politikwissenschaftler Kris Deschouwer dieses Modell so weiterentwickelt, dass es besser auf Phasen der Regierungsbeteiligung angewendet werden kann. Die hessischen Grünen waren von 1985 bis 1987 und von 1991 bis 1999 an der hessischen Landesregierung beteiligt und sind es seit 2014 wieder. Tatsächlich

waren sie, seit sie nach der Landtagswahl 1983 ihre grundsätzliche Antiparteienhaltung überwunden hatten und in Tolerierungsverhandlungen mit der SPD eingetreten waren, immer eine potenzielle oder reale Regierungspartei. Von daher lag es nahe, Deschouwvers Ansatz einer Forschungsarbeit über die hessischen Grünen zugrunde-zulegen. Diesen Weg hat Zoë Felder in ihrer Marburger Dissertation beschritten. Sie besaß mit diesem Ansatz ein Analyseraster für die Auswahl und Einordnung der wichtigen Ereignisse in der Geschichte des hessischen Landesverbandes, das sie erfolgreich nutzen konnte, auch wenn sie am Ende deutliche und berechtigte Vorbehalte bezüglich der Brauchbarkeit des Modells formuliert hat.

Komplizierter war die Anwendung eines Erklärungsmodells, das auf national-staatliche Parteien in einem nationalen Parteiensystem konzipiert worden ist, auf eine Landespartei in einer föderalen Struktur. Zoë Felder hat weit überwiegend die hessischen Führungsstrukturen der Grünen sowie die führenden Personen auf der Landesebene verfolgt, die Bundeseinflüsse und die kommunale Ebene dagegen weit weniger. Keine Landespartei kann sich jedoch von den Bundeseinflüssen wirklich frei machen, und erfolgreiche Kommunalpolitiker/innen waren wiederholt entscheidend, wie man bei Zoë Felder lernen kann, wenn es um die Überwindung landespolitischer Sackgas-sen ging.

Zoë Felder hat Zeitzeugeninterviews mit fünf wichtigen hessischen Grünen geführt, mit Karl Kerschgens, der in der unmittelbaren Gründungsphase dem Bundesvorstand angehört hat, dabei aber mehr als jeder andere auch wie ein Landesvorsitzender agiert hat. Von ihm stammen die entscheidenden Initiativen, die zur Einleitung der Tolerierungsverhandlungen mit der SPD geführt haben. In der ersten rot-grünen Koalition war er Staatssekretär im Umweltministerium. Seine einschlägigen Unterlagen aus dieser Zeit, die Karl Kerschgens dem Grünen Gedächtnis übergeben hat, hat Zoë Felder sehr gründlich ausgewertet, m.E. gründlicher als jeder/jede andere vor ihr. Ihr Interview mit ihm klärt Fakten, bringt Interpretationen, enthält aber auch so etwas wie einen Kommentar zu seinem früheren politischen Wirken, auch ein Abrücken von früheren Positionen, so dass m.E. eine sorgfältige Quellenkritik angebracht wäre, die jedoch fehlt. Dasselbe gilt grundsätzlich auch für die anderen Interviews mit Jan Kuhnert, Hubert Kleinert, Elmar Diez und Tarek Al-Wazir. Es sind auch nicht so sehr Zeitzeugeninterviews, sondern eher Interviews mit wesentlichen Protagonisten, als solche natürlich eine interessante Quelle.

Die Auseinandersetzung zwischen dem radikalökologischen Flügel um Jutta Dittfurth und dem realpolitischen Flügel um Joschka Fischer ist schon oft beschrieben worden. Ihr folgte die vierzehnmonatige rot-grüne Koalition von Dezember 1985 bis Februar 1987 und, als diese zerbrach, die vorgezogene Neuwahl des Landtags, aus der Wallmann (CDU) als neuer Ministerpräsident hervorging. Das wichtige nachfolgende Kapitel ist «Politische Altlastenentsorgung» überschrieben und behandelt die Oppositionszeit von 1987 bis 1991. In dieser Zeit haben die Realos, wie Zoë Felder zeigt, den Landesverband zu einer ökologischen Reformpartei umgebaut. Zoë Felder hat die einzelnen Schritte auf diesem Weg beschrieben, von der Stärkung strukturschwacher Kreisverbände über die erfolgreiche Kommunalwahl 1989, die Änderung der Parteistrukturen, die Gründung eines Jugendverbandes, einer politischen Stiftung und einer neuen Parteizeitung, die Ersetzung des basisdemokratischen Landeshauptausschusses durch einen Parteirat, in dem die seit der Kommunalwahl ins Amt gekommenen grünen Verwaltungsspitzen vertreten waren, und schließlich 1990 die Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms. Strategisch war dieser Umbauprozess auf die Rückkehr in die Regierung im Rahmen einer rotgrünen Koalition ausgerichtet, die 1991 erfolgreich ins Werk gesetzt werden konnte. Das alles unter Fischers Führung.

Die 1991 gebildete rot-grüne Koalition hat acht Jahre gehalten. Ihr Konstrukteur Joschka Fischer ist jedoch 1994 wieder auf die Bundesebene gewechselt. Jetzt wurde die Kehrseite der Bedeutung seiner Person für den Landesverband und für die Regierungsfähigkeit der Grünen erst richtig deutlich, denn es gab diesen Nachfolger bzw. diese Nachfolgerin nicht. Besser gesagt, es gab viele und sie sind alle binnen kurzer Zeit gescheitert. Erst 2007 wurde die Suche mit der Wahl von Tarek Al-Wazir beendet. Zu der katastrophalen Niederlage der Grünen bei der Landtagswahl 1999 kamen nicht weniger heftige Niederlagen der SPD, so dass an eine Neuauflage der rot-grünen Koalition vorerst nicht zu denken war. Es ging deshalb auch nicht nur um die personelle Erneuerung an der Spitze, sondern zugleich um eine inhaltliche, programmatische Erneuerung. Diese wurde bereits von den kurzzeitigen Landesvorsitzenden Hartmut Bäumer, Tom Koenigs und Hubert Kleinert eingeleitet, so dass die Frage

des Koalitionspartners hinter dem vorrangigen Kriterium, ob die Inhalte stimmen, zurücktreten konnte. Auf dieser Basis kam es 2013 zur Bildung der schwarz-grünen Koalition. Die ist zwar nicht mehr Gegenstand der Darstellung von Zoë Felder, aber verfolgt man ihre Argumentation, ist die schwarz-grüne Regierungskoalition so etwas wie der inhaltliche Fluchtpunkt ihrer Analyse, das Ziel einer dargestellten Bewegung, das außerhalb des Bildes liegt. Die Bedeutung der inhaltlichen und programmatischen Erneuerung in der Opposition wird, so das abschließende Urteil von Zoë Felder, von Deschouwers Analysemodell nicht ausreichend berücksichtigt.

Zoë Felder, Bündnis 90/Die Grünen Hessen: Entstehung und Entwicklung bis zur Landtagswahl 2009, Wiesbaden: Historische Kommission für Nassau 2014.

DIE AUTORINNEN UND AUTOREN

Christoph Becker-Schaum ist Historiker und leitet das Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung.

Anne-Laure Briatte-Peters ist Hochschullehrerin für Geschichte und Kultur Deutschlands an der Universität Paris-Sorbonne. 2013 ist ihre Dissertation «Citoyennes sous tutelle. Le mouvement féministe «radical» dans l'Allemagne wilhelmienne [Bevormundete Staatsbürgerinnen. Die «radikale» Frauenbewegung im Wilhelminischen Deutschland]» erschienen. Sie ist als Autorin und Redakteurin für Fachzeitschriften tätig, u.a. zusammen mit Kerstin Wolff «Über die Grenzen – wie Frauen(bewegungen) mit Grenzen umgehen», in: *Ariadne – Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte*, 2010, Heft 57, und zusammen mit François Danckaert «Les Femmes dans la vie politique allemande depuis 1945», in: *Allemagne d'aujourd'hui*, 2014, Nr. 207.

Christie Miedema ist Historikerin und promovierte 2015 an der Universität Amsterdam zum Thema «Frieden oder Freiheit? Dilemmata, Dialog und Missverständnisse zwischen niederländischen und westdeutschen linken Organisationen und der polnischen Opposition in den 1980er Jahren». Ihre Doktorarbeit ist auf Niederländisch bei Amsterdam University Press erschienen. Zurzeit arbeitet sie an einem Forschungsprojekt über Amnesty International und Polen, das vom Arbeitskreis Menschenrechte im 20. Jahrhundert der Fritz Thyssen Stiftung finanziert wird.

Eva Sander ist Bibliothekarin im Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung.

Stefanie Schultz studiert Informationswissenschaften mit dem Schwerpunkt Archiv an der Fachhochschule Potsdam. Sie absolvierte ihr Praxissemester im Archiv Grünes Gedächtnis und erschloss den Bestand des Bundesfrauenreferats der Grünen von 1980-1993.

Anne Vechtel ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet als Archivarin im Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung.

1 Beiträge zur Zeitgeschichte **Interview mit Wilhelm Knabe** «Eine Hälfte des Lebens für andere einsetzen» **Interview mit Sibylle Plogstedt** «Die Frauenpolitik bei den Grünen war nicht viel besser als bei der SPD» **Anne-Laure Briatte-Peters** Die Grünen auf die Probe gestellt: Die Geschlechterparität zwischen Anspruch und Praxiswirklichkeit **Christie Miedema** «Hätten wir doch mehr auf die polnischen Ratschläge gehört» Die Grünen und die polnische Opposition in den 1980er Jahren **2 Das historische Dokument** Die Bundesarbeitsgemeinschaften «Frieden und Gewaltfreiheit» und «Waldsterben» **Kommentar: Christoph Becker-Schaum** Die Neugründung der Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen **Kommentar: Anne Vechtel** **3 Archivbestand Stefanie Schultz und Anne Vechtel** Der Aktenbestand Bundesfrauenreferat der Grünen von der Gründung bis zur Assoziation mit Bündnis 90 (1980-1993) **4 Archivprojekt Eva Sander** Beständeübersicht des AGG im Archivportal Europa **5 Rezensionen** **Eva Sander** Ökologische Erinnerungsorte **Anne Vechtel** Greenpeace. Von der Hippiebewegung zum Ökokonzern **Christoph Becker-Schaum** West Germany in the Global Sixties **Christoph Becker-Schaum** Die Grünen und die Pädosexualität **Christoph Becker-Schaum** Bündnis 90/Die Grünen Hessen